



Geschäftsbericht 2019

1. Prolog der Regierungspräsidentin	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	32
6. Baudepartement	38
7. Sicherheits- und Justizdepartement	44
8. Gesundheitsdepartement	50
3. Aussenbeziehungen	56
4. Regierungscontrolling	60
5. Antrag	84

Prolog der Regierungspräsidentin

Liebe Leserinnen und Leser

«Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.» Genau das, was Antoine de Saint-Exupéry so treffend formuliert hat, wollen wir als Regierung gemeinsam mit der kantonalen Verwaltung anpacken. Wir wollen die Zukunft aktiv zugunsten der Menschen in unserem Kanton gestalten. Viele komplexe Herausforderungen stehen an, wie beispielsweise die digitale Transformation, schnelle, direkte Verkehrsanbindungen, Schutz vor Cyber-Kriminalität, eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung und die Pflege des psychischen Wohlbefindens unserer Bevölkerung.

Sprechen wir über psychische Krankheiten!

Jede zweite Person leidet im Laufe ihres Lebens mindestens einmal an einer psychischen Erkrankung und beinahe alle Menschen kennen in ihrem Umfeld Personen, die in einer psychischen Krise stecken. Für mein Präsidialjahr habe ich deshalb das Motto «Wie geht's dir?» gewählt. Es soll helfen, das immer noch währende Tabu aufzubrechen, mit dem psychische Erkrankungen belegt sind. Mit diesem Motto unterstützt der Kanton St. Gallen die Kampagne von Pro Mente Sana und möchte damit die Politik, die Verwaltung und die Bevölkerung für die Bedeutung der psychischen Gesundheit sensibilisieren. Dies zum Beispiel mit dem Erste-Hilfe-Kurs ENSA, der vergleichbar ist mit einem herkömmlichen Nothelferkurs, sich aber nicht auf körperliche Leiden bezieht, sondern auf psychische. In diesem Kurs wird aufgezeigt, wie man Menschen in psychischer Not wirksam unterstützen und wie die eigene psychische Gesundheit gepflegt werden kann. Denn nicht nur der Körper braucht Aufmerksamkeit, auch die Psyche braucht sie.

Die Regierung hat 2019 einen Botschaftsentwurf zur Weiterentwicklung der Spitalstrategie vorgelegt. Sie schlägt vier Mehrspartenspitäler vor und fünf Gesundheits- und Notfallzentren, in denen die Bevölkerung an 365 Tagen im Jahr während 24 Stunden medizinische Betreuung erhält. In diesen Gesundheits- und Notfallzentren sollen wenige stationäre Betten für Kurzaufenthalte zur Verfügung stehen. Die Vernehmlassungsfrist endete im Dezember 2019. Die Regierung hat die Eingaben ausgewertet, die Vorlage in einigen Themenfeldern massgeblich angepasst und sie Ende Februar 2020 dem Kantonsrat zugeleitet.

Im Bereich des Schutzes gegen Cyber-Kriminalität nimmt der Kanton St. Gallen eine Pionierrolle ein. Er ist der erste Kanton der Schweiz, der eine Cyber-Strategie ausarbeitet. Sie ist eingebettet in die nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken. Die kantonale Strategie definiert die strategischen Ziele und Grundsätze und klärt auf Ebene der Regierung die Rollen und Aufgaben im Umgang mit Cyber-Risiken. Wir wollen zudem die kantonale Organisation auf Cyber-Sicherheit überprüfen und den Handlungsbedarf aufzeigen, der sich aus der Umsetzung der Strategie ergibt. Somit wird geklärt, in welchen Bereichen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, die Gemeinden, die Kantonsverwaltung und



Heidi Hanselmann
Regierungspräsidentin

Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.

Antoine de Saint-Exupéry

die kritischen Infrastrukturen des Kantons St. Gallen Vorkehrungen zum Schutz vor Cyber-Risiken veranlasst werden müssen. Die Strategie ist zukunftsweisend und soll im ersten Quartal 2020 von der Regierung verabschiedet werden.

Der Kanton verzeichnete 2019 auch kulturelle Highlights. Im April konnten wir im Beisein von Bundespräsident Alain Berset den neuen Ausstellungssaal des Stiftsarchivs in der Stadt St. Gallen eröffnen. Einzigartig und einmalig ist, dass die älteste erhaltene Architekturzeichnung des christlichen Abendlandes hier bei uns im Original betrachtet werden kann. Damit erhält die breite Öffentlichkeit einen Zugang zum reichen Erbe des Stiftsbezirks St. Gallen. Für die Zukunft konnten wir einen Publikumsmagneten schaffen.

Ein Höhepunkt, der über die Kantonsgrenze wirkte, war die Teilnahme des Kantons St. Gallen an der Fête des Vignerons. Sie ist wie der Stiftsbezirk ein Unesco-Kulturerbe. Ausserdem findet sie nur alle 20 Jahre statt. Der Kanton hat unter dem Motto «On se connaît?» seine Kultur und die sankt-gallische Mentalität auf charmante Weise in die französische Schweiz getragen. Viele Gespräche haben zu Bekanntschaften geführt und motivieren künftig zu Besuchen aus der Westschweiz im Kanton St. Gallen.

Im Namen der St. Galler Regierung danke ich allen Mitarbeitenden des Kantons, dass sie professionell und engagiert mit uns an der Zukunft unseres Kantons mitbauen. Uns allen wünsche ich ein Jahr, in dem wir viele Projekte realisieren können. Ein Jahr, in dem der Kanton St. Gallen seine Zukunft innovativ, mutig und mit Leidenschaft gestaltet.

Heidi Hanselmann, Regierungspräsidentin



Das offizielle Regierungsfoto mit der Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann in der Mitte wurde von der Thurgauer Fotografin Ladina Bischof im Regierungszimmer geschossen.

1. Staatskanzlei



Staatssekretär Canisius Braun
Leiter Staatskanzlei

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Das Jahr 2019 war massgeblich geprägt durch vier Ständeratswahlgänge und die Gesamterneuerung des Nationalrates. Die Staatskanzlei und insbesondere der Dienst für politische Rechte haben hier gemeinsam mit den politischen Gemeinden sehr gute Arbeit geleistet, indem alle diese Wahlgänge ohne grosse Komplikationen über die Bühne gingen. Sowohl die Resultatermittlung wie auch die Überprüfung und die Kommunikation liefen Hand in Hand und wir kamen in der gewünschten Frist zu korrekten Resultaten.

Wie profitiert die Bevölkerung davon?

Die Bevölkerung profitiert insofern, als sie auf verlässliche und speditive Behörden vertrauen kann, welche die Wahlergebnisse im Zusammenspiel seriös erarbeiten und überprüfen. Vertrauen in Wahl- und Abstimmungsergebnisse ist ein zentrales Element des Funktionierens unserer Demokratie.

Wo konnte die Staatskanzlei sonst noch Akzente setzen?

Die Staatskanzlei steckt inmitten von Rollouts der neuen elektronischen Geschäftsverwaltung GEVER und parallel dazu inmitten der Einführung des neuen Ratsinformationssystems. Dieses wurde im Spätsommer aufgeschaltet und wird jetzt sukzessive auf die Bedürfnisse der Anspruchsgruppen (Parlament, Regierung und Generalsekretariate) getrimmt.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Ich hätte mir gewünscht, wir hätten die Pilotphase zum E-Voting mit dem neuen System der Post weiterführen können. Leider war das nicht möglich, weil das neue System der Post noch weiterentwickelt werden muss.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Nachdem es in der Staatskanzlei einen Führungswechsel geben wird, steht natürlich der Übergang in die neue Amtsdauer und zur neuen Leitung im Fokus. Ebenso zentral sind aber auch die Gesamterneuerungswahlen von Regierung und Parlament im Frühjahr – auch hier wollen wir mit den Gemeinden eine friktionslose Wahl ermöglichen und zeitgerecht korrekte und geprüfte Ergebnisse ermitteln.

Erfolgreicher Start in den Wahlmarathon

Gleich vier kantonale und nationale Wahlgänge hat die Staatskanzlei 2019 organisiert. Ihr Ziel hat sie dabei erreicht: Die Wahlen verliefen korrekt und ohne Zwischenfälle. Gleichzeitig haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei 2019 mit ihrem Fachwissen grosse Gesetzesvorhaben unterstützt, Festauftritte des Kantons St. Gallen mitorganisiert oder mit Grundlagenarbeit die Verwaltungsprozesse optimiert.

Der Kanton St. Gallen ist seit 2018 wieder mit einer Person im Bundesrat vertreten. Bundesrätin Karin Keller-Sutter war zuvor Ständerätin des Kantons St. Gallen. Deshalb musste die Bevölkerung 2019 ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger bestimmen. Die Ersatzwahl fand am 10. März 2019 statt. Sieben Personen kandidierten, doch keine erlangte das absolute Mehr. Deshalb fand am 19. Mai 2019 der zweite Wahlgang statt. Jetzt standen noch vier Kandidierende zur Verfügung, wobei am Ende CVP-Regierungsrat Benedikt Würth mit 50 669 Stimmen das Rennen machte.

Lange konnte er sich nicht ausruhen, denn bereits am 20. Oktober 2019 standen die eidgenössischen Erneuerungswahlen an. Die Bevölkerung befand über ihre Vertreterinnen und Vertreter im Nationalrat und erneut über jene im

Ständerat. Auch dieses Mal fiel die Entscheidung im Kampf um die Ständeratssitze erst im zweiten Wahlgang. Dieser fand am 17. November 2019 statt. Schliesslich siegten die Bisherigen Benedikt Würth und Paul Rechsteiner deutlich.

«Vier Wahlgänge für den Ständerat in einem Jahr und dazu noch Nationalratswahlen – das ist Rekord für die Staatskanzlei!»



Nach seiner Wahl zum Ständerat war Regierungsrat Benedikt Würth ein gefragter Mann bei den Medienschaffenden im Wahlzentrum.

Beliebtes Wahlzentrum im Pfalz Keller

Vier Wahlgänge für den Ständerat in einem Jahr und dazu noch Nationalratswahlen – das ist Rekord für die Staatskanzlei! Dank dem Einsatz vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelang dieser Kraftakt aber sehr gut. Allen voran gefordert war der Dienst für politische Rechte. Neben der Vorbereitung des umfangreichen Stimmmaterials, der Schulung von Helferinnen und Helfern der kommunalen Stimmbüros und der Planung des gesamten Wahlablaufs galt es auch, die Auszählung der Stimmen der Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer sicherzustellen. Im Zusammenspiel mit der Dienststelle Kommunikation und dem Dienst für Informatik und Infrastruktur organisierte sie zudem das Wahlzentrum im Pfalz Keller. Hier trafen die Kandidatinnen und Kandidaten auf Medienschaffende und die Bevölkerung. Diese erlebte Politik hautnah. Die hohen Besucherzahlen zeigen, dass das Wahlzentrum auch im digitalen Umfeld weiterhin attraktiv ist.

Der Wahlreigen bot der Staatskanzlei auch die Gelegenheit, verschiedene Neuerungen bei den Verfahren und Abläufen sowie bei der Ergebnispräsentation im Pfalz Keller zu testen. Insbesondere wollte die Staatskanzlei bei der Ergebnispräsentation die neuen digitalen Möglichkeiten besser nutzen. Schliesslich gelang es, für die Medienschaffenden und die Bevölkerung online auf wab.sg.ch und vor Ort auf mehreren Bildschirmen die Ergebnisse zeitnah und detailliert wiederzugeben. Durch die Bereitstellung der Infrastruktur zur demokratischen Teilnahme hat die Staatskanzlei zur Erfüllung des Schwerpunktzels «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration» beigetragen.

Die Sicherheit und die Vertrauenswürdigkeit von Wahlen und Abstimmungen standen 2019 nicht nur in Bezug auf E-Voting zur Diskussion. Die Regierung wurde über ein Postulat eingeladen, über die Risiken für die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit von Wahlen und Abstimmungen durch den Einsatz von elektronischen Services (E-Services) Bericht zu erstatten. Die Staatskanzlei wird diese Arbeiten nach Abschluss der kantonalen Erneuerungswahlen 2020 an die Hand nehmen.

Neue digitale Plattformen eingeführt

Die vielen Wahlgänge haben gezeigt, wie leistungsfähig die Staatskanzlei ist. Denn nebenbei galt es, den Politalltag fortzuführen. Die Staatskanzlei organisierte fünf Sessions des Kantonsrates. Etliche Dienststellen haben zum Gelingen beitragen: neben den Parlamentsdiensten, der Materialzentrale und der Kommunikation auch das Sekretariatsteam, das während der Sessions als Backoffice dient. Arbeit gab es genügend. So haben die Kantonsrätinnen und Kantonsräte im Vergleich zum Vorjahr nochmals etwas mehr Vorstösse eingereicht. Insgesamt waren es am Jahresende 228 Vorstösse. Mehr als die Hälfte davon waren Interpellationen, nämlich 118 an der Zahl. Mit drei Nachträgen

zum Geschäftsreglement des Kantonsrates und dem Bericht «Tätigkeit des Parlamentes 2014 bis 2018» stand 2019 für die Parlamentsdienste zudem stark im Zeichen der Ausarbeitung von Berichts- und Erlassentwürfen. Auch die Exekutive konnte sich auf die Staatskanzlei verlassen. Sie organisierte 37 ordentliche Regierungssitzungen. Dazu gehört, die Tagesordnung festzulegen, die Sitzungsunterlagen elektronisch bereitzustellen oder auch an Landsitzungen auf die technische Infrastruktur zurückgreifen zu können.

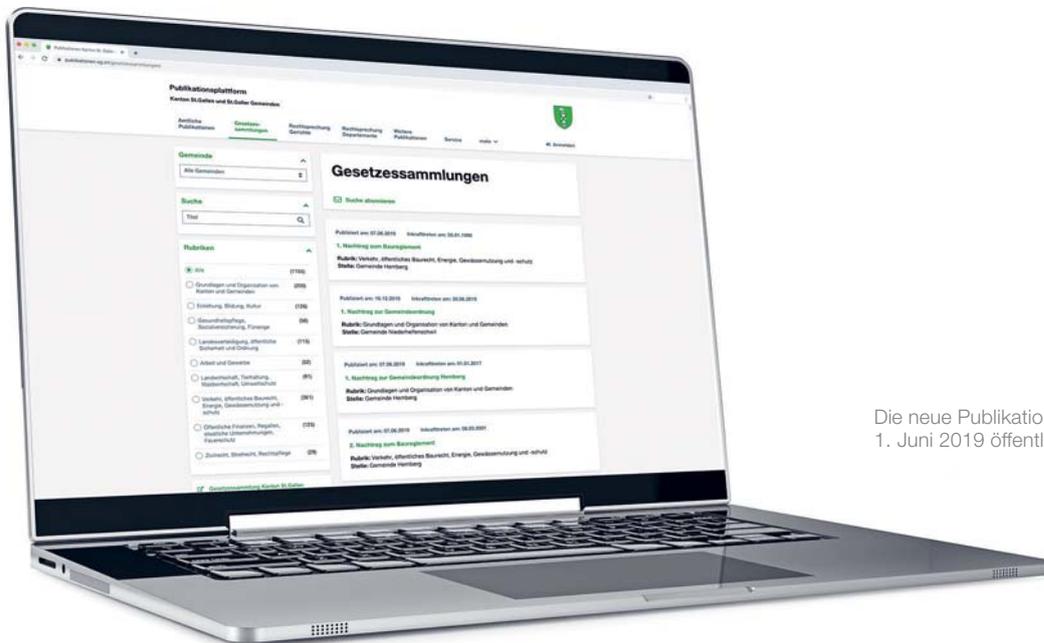
Seit diesem Sommer ist das neue Ratsinformationssystem (RIS) im produktiven Betrieb. Mit ihm können die Geschäfte von Kantonsrat und Regierung medienbruchfrei elektronisch abgewickelt werden. Auch kann die Sitzungsvorbereitung elektronisch erfolgen und für die Öffentlichkeit steht unter www.ratsinfo.sg.ch eine neue Plattform zur Verfügung, über die sie das politische Geschehen mitverfolgen kann.

«Seit dem 1. Juni 2019 veröffentlicht der Kanton das Amtsblatt und die Gesetzessammlung nicht mehr in gedruckter, sondern nur noch in elektronischer Form.»

Eine Zäsur ergab sich im Bereich der amtlichen Publikationen. Seit dem 1. Juni 2019 veröffentlicht der Kanton das Amtsblatt und die Gesetzessammlung nicht mehr in gedruckter, sondern nur noch in elektronischer Form. Dieser Primatwechsel stützt sich auf die neuen rechtlichen Grundlagen im Publikationsgesetz (sGS 140.3). Danach werden die amtlichen Publikationen im Internet veröffentlicht. Der Zugang ist unentgeltlich. Veröffentlicht wird das Amtsblatt auf der gemeinsamen Publikationsplattform von Kanton und Gemeinden. Auf dieser sind unter anderem auch kommunale Publikationen und Rechtssammlungen sowie die Rechtsprechung der kantonalen Gerichte zu finden. Mit den Erneuerungen der digitalen Plattformen hat die Staatskanzlei die Schwerpunkte «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» sowie «Zukunftsorientierte Reformen» anvisiert.

Dank Fachwissen Regierungsprojekte vorangebracht

Die Staatskanzlei war 2019 in die Erarbeitung mehrerer Sachvorlagen involviert. Besonders intensiv hat sich die Mitwirkung bei der Vorlage der Regierung zur «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» gestaltet. Die Dienststelle Recht und Legistik verfasste für dieses Projekt zwei Gutachten zu den rechtlichen Grundlagen im



Die neue Publikationsplattform ist seit dem 1. Juni 2019 öffentlich zugänglich.

Kanton und holte zudem zwei externe Gutachten bei Prof. Bernhard Rüttsche, Universität Luzern, ein. Diese betrafen die bundesrechtlichen Vorgaben vor allem in Bezug auf die Zulässigkeit ambulanter Angebote. Darauf basierend unterstützte die Staatskanzlei die Projektleitung bei der Erarbeitung der verschiedenen Erlassvorlagen an den Kantonsrat.

Die Dienststelle Kommunikation wiederum hat den Lenkungsausschuss respektive die Regierung in der Spitalfrage bei Medienbelangen unterstützt. Wo im Vorjahr noch die Bevölkerungsgespräche in allen acht Wahlkreisen im Fokus standen, war es 2019 vor allem die Kommunikation der Vernehmlassungsvorlage. Vier Regierungsmitglieder kommunizierten die kontroverse Vorlage gegenüber den Medien, dutzende Medienschaffende waren vor Ort, gar aus dem Tessin kamen sie angereist. Etliche informierten live von der Medienorientierung aus dem Hofkeller.

Ein weiteres Regierungsprojekt mit Unterstützung der beiden Dienststellen Recht und Legistik beziehungsweise Kommunikation ist die Revision des Gesetzes über die Universität St.Gallen. Beide Dienststellen bringen ihr Fachwissen im Projektlenkungsausschuss respektive im Projektteam ein.

Neues Konzept der Planungs- und Steuerungsinstrumente

Die Dienststelle Politische Planung und Controlling hat 2019 das Konzept der Planungs- und Steuerungsinstrumente (PSI-Konzept) aus dem Jahr 2016 unter Einbezug der Generalsekretärenkonferenz überarbeitet. Das Ziel ist, die Effizienz und Wirksamkeit der Planungs- und Steuerungsinstrumente von Regierung und Departementen zu erhöhen und das Instrumentarium besser auf die gegenwärtigen Anforderungen an die Planung und Steuerung der Staatstätigkeit auszurichten. Das überarbeitete Konzept wird eine wesentliche Grundlage für die anstehende Überarbeitung der Schwerpunktplanung in der neuen Amtsdauer bilden. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Departementen.

Gleichzeitig schärfte die Dienststelle das Regierungscontrolling, um der Regierung künftig weniger, dafür aussagekräftigere Indikatoren für die strategischen Ziele aufzulisten. Im Rahmen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe werden die Grundlagen für die Planung und Steuerung künftig laufend weiterentwickelt, die Ergebnisse des Regierungscontrollings vertieft analysiert und wo notwendig Handlungserfordernisse abgeleitet. Damit bedient die Staatskanzlei das Schwerpunktziel «Zukunftsorientierte Reformen».



Wie soll die Navigation der neuen Website aussehen? Das Kernteam mit Mitarbeitenden aus allen Departementen bespricht die Neugestaltung von www.sg.ch.

Zur Unterstützung eines professionellen Projektmanagements und zur Förderung einer gut funktionierenden Zusammenarbeit in Projekten wurde unter der Leitung der Dienststelle Politische Planung und Controlling zudem 2019 die interdepartementale Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Projektmanagements (WPM) wieder eingesetzt. Die Arbeitsgruppe setzt sich mit Aspekten des Projektmanagements auseinander, mit dem Ziel, die Grundlagen für das kantonale Projektmanagement weiterzuentwickeln und den Departementen sowie der Staatskanzlei hilfreiche Instrumente für die Projektarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Dienststelle plant auch 2020 einen Erfahrungsaustausch, um die Vernetzung unter den kantonalen Projektleitenden zu fördern.

Neue Website des Kantons veröffentlicht

Auch die Staatskanzlei wird sich in diesen Erfahrungsaustausch einbringen. Ein Projekt, in dem die Staatskanzlei 2019 viele positive Erfahrungen sammeln konnte, war die Erneuerung der Website www.sg.ch. Das Projekt hatte zum Ziel, der Bevölkerung einen übersichtlichen und modernen Internetauftritt zu bieten. Das bedeutete zuerst einmal viel Arbeit für die Departemente und Ämter. Sie mussten unter der Leitung der Dienststelle Kommunikation der Staatskanzlei ihre Inhalte neu bewerten, strukturieren und schliesslich auch wieder erfassen. Gleichzeitig stellte die Staatskanzlei sicher, dass die Programmierung der neu hinzugefügten internen Suchfunktion voranging. Schliesslich gelang die termingerechte Veröffentlichung der neuen

Website am 25. April 2019. Damit hat die Staatskanzlei zur Erreichung des Schwerpunktziels «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» beigetragen.

Öffentlichkeitswirksam war auch der Auftritt des Kantons St. Gallen an der Fête des Vignerons in Vevey im Sommer 2019. Direkt am Ufer des Genfersees fand das Fest der Winzerinnen und Winzer statt, zum ersten Mal auch mit Kantonstagen. Der Kanton St. Gallen war der erste Deutschschweizer Kanton, der sich präsentieren durfte. Dank prächtigem Wetter und vielen mitgereisten Gästen war der Besuch unter dem Motto «On se connaît?» ein Erfolg. Die Dienststelle Kommunikation unterstützte die Projektleitung von Culinarium, indem sie in Zusammenarbeit mit den involvierten Partnern die Idee für den Auftritt sowie den dazugehörigen Imagefilm konzipierte. Der Auftritt hatte zum Ziel, das Kennenlernen der Gäste zu fördern und die Offenheit der St. Gallerinnen und St. Galler gegen aussen sichtbar zu machen.

«Dank prächtigem Wetter und vielen mitgereisten Gästen war der Besuch unter dem Motto «On se connaît?» an der Fête des Vignerons ein Erfolg.»



Angeführt von Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann zog die St. Galler Delegation an der Fête des Vignerons durch die Innenstadt von Vevey.

Neues Kommunikationskonzept für Regierung und Verwaltung

Die interne und externe Kommunikation war auch auf Regierungsebene ein Thema. So verabschiedete die Regierung Ende April 2019 das neue Konzept «Integrierte Kommunikation im Kanton St. Gallen», das die Dienststelle Kommunikation in Absprache mit den Generalsekretären erarbeitet hatte. Im Konzept wird erstmals die interne Kommunikation über alle Departemente hinweg geregelt. Damit soll die Kommunikation mit den Mitarbeitenden verbessert werden, wovon sich die Regierung weniger Reibungsverlust und eine höhere Effizienz bei personalrelevanten Themen verspricht.

Ausserdem erhielten die Departemente mit dem Konzept die Möglichkeit, Kommunikationsfachpersonen auch in den Departementen anzustellen. Dies deshalb, weil die Regierung die Projektkommunikation sowie die Kommunikation in politischen Krisen professioneller gestalten will. Um dies zu erreichen, ist erfahrungsgemäss eine Nähe zu den Themen und Personen wichtig. In der Umkehr hat die Regierung aber auch entschieden, dass übergreifende Dienstleistungen verstärkt durch die zentrale Kommunikation angeboten werden sollen. Dazu gehören Grafikleistungen. In der Folge hat ein Grafiker aus dem Baudepartement zur Staatskanzlei gewechselt.

Ausblick 2020

Staatssekretär Canisius Braun hat auf Ende Mai 2020 seinen Rücktritt bekannt gegeben. Seine Nachfolge wird Benedikt van Spyk antreten. Derweil erfolgen im März respektive Mai 2020 die Kantonsrats- und Regierungswahlen, die wieder durch die Staatskanzlei organisiert und durchgeführt werden. Schliesslich wird im März der erneuerte Pfalzbrief veröffentlicht – zum ersten Mal auch in einer digitalen Version. Damit wird die interne Kommunikation gestärkt.

Die Staatskanzlei in Zahlen

	2019
Anzahl begleitete vorberatende Kommissionen	21
Anzahl eingereichte Vorstösse	228
Anzahl Beglaubigungen	7015
Anzahl Anlässe in den Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes	416
Anzahl begleitete Regierungssitzungen	41
Anzahl Medienmitteilungen	418

2. Volkswirtschaftsdepartement



Regierungsrat Bruno Damann
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Die Bewerbung für den Innovationspark konnten wir zur Vorprüfung eingeben – ein Meilenstein für die wirtschaftliche Standortförderung. Das Aufrichtefest der Stadler Rail in St. Margrethen zeugt von einer guten Unterstützung der Verwaltung bei Arealentwicklungen. Diese dienen dem Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen. Stolz bin ich auch darauf, dass beim öV der Vollknoten St. Gallen im Ausbauschnitt 2035 erhalten werden konnte.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Mit solchen Projekten bleiben Arbeitsplätze erhalten oder es werden neue geschaffen. Die Standortvorteile des Kantons werden herausgestrichen, was der Wirtschaft zugutekommt. Beim öV profitiert die Bevölkerung von einer besseren Anbindung ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Einige Massnahmen der Biodiversitätsstrategie sind bereits umgesetzt worden. Zudem hat der neue Tourismusrat seine Arbeit aufgenommen.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Leider musste der Baubeginn des Doppelspurausbau im Linthgebiet wegen Einsprachen verschoben werden. Ich hätte mir gewünscht, dass die Weiterentwicklung des öV auch in der Region Obersee schneller erfolgen kann.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Ein aktuelles Thema ist die schwindende Vielfalt der Medien. Wir prüfen verschiedene Möglichkeiten der Medienförderung. Ich bin zuversichtlich, dass wir für den Innovationspark Ost 2020 das definitive Dossier einreichen können.

Standortattraktivität stärken und Lebensgrundlagen sichern

Der Klimawandel hat 2019 auch das Volkswirtschaftsdepartement beschäftigt, sei es mit geeigneten Massnahmen zum Erhalt der Biodiversität oder mit Testpflanzungen im Wald. Zudem wurde das Projekt «öV-Entwicklung bis 2040» aufgegleist und es wurden Möglichkeiten geprüft, die Medienvielfalt zu bewahren. Die positive Entwicklung der Wirtschaft sorgte für stabile Arbeitslosenzahlen.

Die Projekte des Volkswirtschaftsdepartementes leisten einen Beitrag zur Erreichung der Schwerpunkteziele der Regierung (insbesondere «Zukunftsfähige Infrastruktur», «Innovative Bildung und Forschung» und «Widerstandsfähige Ökosysteme»).

Gemeinsam mit dem Land Vorarlberg erarbeitete eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Vorarlberg und St. Gallen unter Leitung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt Bazl die Eckwerte für die Entwicklung des Flugplatzes St. Gallen Altenrhein. Sie stützte sich dabei auf die Ergebnisse der 2018 erarbeiteten Interessenanalyse und auf eine von der Flugplatzzeignerin vorgelegte Strategie 2030.

In einem nächsten Schritt sollen die Eckwerte näher abgestimmt und konkretisiert werden. Ziel ist eine Anpassung des Staatsvertrags und der Verwaltungsvereinbarung, gefolgt von der Anpassung des Betriebsreglements des Flugplatzes. Aufgrund der zahlreichen und teilweise komplexen Arbeitsschritte ist eine Abwicklung des Betriebs im Rahmen der vorgeschlagenen Änderungen erst in etwa sechs bis zehn Jahren möglich.

Olma baut Deckel über Stadtautobahn

Mit den Olma Messen St. Gallen konnte eine Vereinbarung zur Finanzierung der Autobahnüberdachung abgeschlossen werden. Vereinbart wurde die Auszahlung des vom Kantonsrat zugesagten Beitrags von höchstens 12 Millionen Franken.

Digitalisierung verändert Medienlandschaft

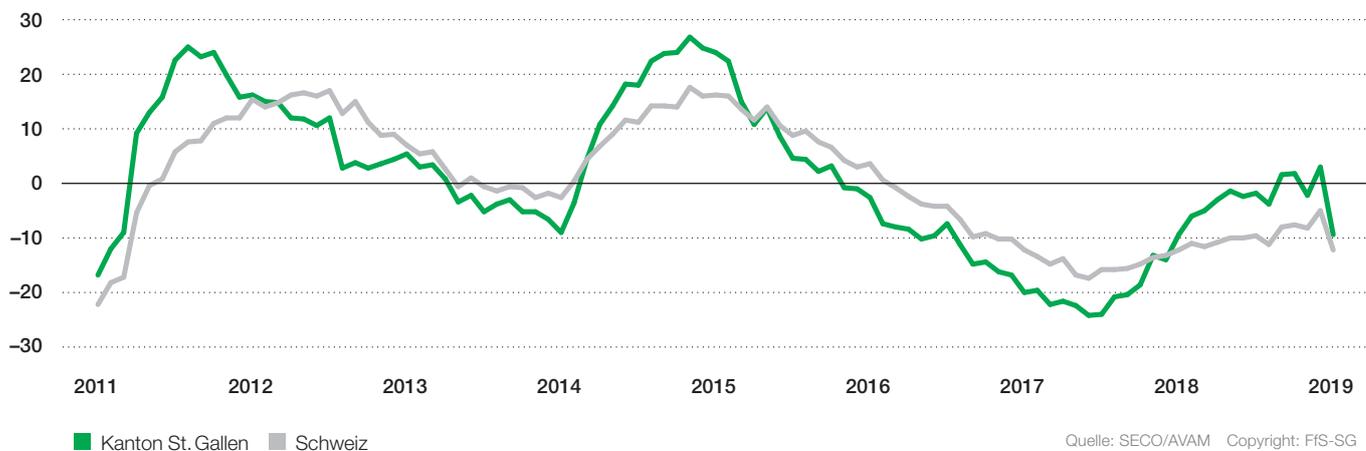
Die Auswirkungen der Digitalisierung verändern die Medienlandschaft rasant. Bisher etablierte Medienhäuser stehen unter grossem Anpassungsdruck. Die Medienvielfalt geht weiter zurück, die Qualität der Medien leidet wegen des wirtschaftlichen Drucks. Mit einem Gutachten der Universität St. Gallen sollen mögliche Massnahmen zugunsten der lokalen und regionalen Medien geklärt werden. Erste Ergebnisse liegen vor und sollen 2020 vertieft werden. Die Regierung hat die Motion 42.19.32 «Demokratie braucht Medienvielfalt» in diesem Sinn beantwortet.

«Die zunehmende Konzentration der Medien gefährdet die Medienvielfalt.»

Zahl der Stellensuchenden steigt leicht an

Die Zahl der Stellensuchenden ist 2019 um 1,5 Prozent auf 10 372 gestiegen. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote auf tiefem Niveau verharrt. Einem Rückgang im Dienstleistungssektor steht ein Anstieg in der Industrie gegenüber. Auch die Voranmeldungen zur Kurzarbeit haben im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Die Zahl der meldenden Betriebe lag Ende 2019 bei 20 im Vergleich zu 11 Betrieben im Dezember 2018. Die Zahl der betroffenen Mitarbeitenden ist auf über 1000 angestiegen im Vergleich zu 600 im Jahr 2018.

Prozentuale Veränderung der Stellensuchenden



Stellenmeldungen haben sich verdreifacht

Mit der Einführung der Stellenmeldepflicht auf den 1. Juli 2018 haben sich die entsprechenden Eingänge auf den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) im Berichtsjahr mehr als verdreifacht. Von den 16 000 gemeldeten Stellen fielen jedoch lediglich zwei Drittel tatsächlich unter die Meldepflicht. Auf den 1. Januar 2020 wird der Schwellenwert, ab welchem Unternehmen offene Stellen in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit den RAV melden müssen, von 8 auf 5 Prozent gesenkt. Die Zahl der Stellenmeldungen dürfte sich dadurch weiter erhöhen.

Zahl der Meldeverfahren gemäss Entsendegesetz steigt

Die Zahl der Meldungen von in die Schweiz entsandten Dienstleistungserbringenden und Selbstständigen aus dem EU-/EFTA-Raum ist 2019 um 2,1 Prozent auf 52 455 ge-

stiegen und hat somit einen neuen Rekordstand erreicht. Der entsprechende Wert hat sich in den letzten drei Jahren bei knapp über 50 000 Meldungen eingependelt und gilt allgemein als Indikator für die positive Entwicklung der Schweizer Konjunktur.

Vernetzung hilft, Arbeits- und Fachkräftemangel zu bekämpfen

Im Verbund mit den Nachbarkantonen konnte die kantonale Standortförderung bei drei Veranstaltungen über 500 erfahrene Fach- und Führungskräfte sowie Studienabgänger und Studienabgängerinnen mit regionalen Unternehmen vernetzen. Darüber hinaus wurde die digitale Plattform «Wilder Osten» in Betrieb genommen. Diese wirbt für die Qualitäten der Ostschweiz und bietet Unternehmen die Möglichkeit, sich den Arbeits- und Fachkräften zu präsentieren.



Die Stellenmeldepflicht sorgte trotz starker Konjunktur für grossen Mehraufwand auf den RAV.



Die Zahl der Personen aus dem EU-/EFTA-Raum, die im Kanton St. Gallen für bis zu 90 Tage Dienstleistungen erbringen, stieg an.



Veranstaltungen wie «ProOst» tragen dazu bei, Fach- und Führungskräfte und regionale Unternehmen miteinander ins Gespräch zu bringen.

S-Bahn St. Gallen: Überprüfung und Neukonzeption

Der Kantonsrat hat die Regierung beauftragt, die S-Bahn im Kanton St. Gallen einer Erfolgskontrolle zu unterziehen, eine Potenzialanalyse durchzuführen und eine Neukonzeption zu entwickeln. Die Arbeiten für die Erfolgskontrolle und die Potenzialanalyse sind gestartet und werden in der ersten Hälfte 2020 abgeschlossen. Darauf aufbauend wird die Neukonzeption entwickelt.

«Die S-Bahn St. Gallen wird überprüft und neu konzipiert.»

Bahnausbau schritt 2035

Das eidgenössische Parlament hat im Juni 2019 den Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2035 für die Eisenbahninfrastruktur verabschiedet. Mit dem darin bewilligten Brüttener Tunnel und dem Ausbau des Bahnhofes Stadelhofen bilden zwei Grossprojekte die Grundlage für die Verbesserung der Anbindung des Kantons St. Gallen an den Wirtschaftsraum Zürich. Auf Kantonsgebiet wurden Infrastrukturausbauten beschlossen, dank derer die Bahnknoten Wil und St. Gallen ausgebaut sowie die Anbindung des Rheintals verbessert werden.

Einsprache verzögert erste Etappe Stadtbahn Obersee

Der Aus- und Aufbau der Stadtbahn Obersee bringt dem öV-Nutzer verschiedene Vorteile. Die Verbindung zwischen St. Gallen und Rapperswil wird beschleunigt, die Haltestellen Benken und Blumenau können neu halbstündlich bedient werden, die Zahl der verfügbaren Sitzplätze wird erhöht und die Fahrplanstabilität kann deutlich verbessert werden.

Zur Realisierung dieser Angebotsverbesserungen ist der Bau einer Doppelspurstrecke zwischen Uznach und Schmerikon nötig. Gegen dieses Bauvorhaben ist eine Einsprache beim Bundesgericht hängig. Daher verzögert sich die Einführung.

Halbstundentakt Rheintalexpress wird ein Jahr früher eingeführt

Der Termin zur Einführung des Halbstundentakts beim Rheintalexpress war bisher auf den Dezember 2025 festgelegt. Dank intensiven Gesprächen zwischen dem Bundesamt für Verkehr, den SBB und dem Kanton kann der Termin nun auf Dezember 2024 vorgezogen werden. Um die Bauarbeiten qualitativ hochwertig ausführen zu können, wird eine mehrmonatige Totalsperre der Strecke zwischen Altstätten und Buchs nötig sein. Für den Zeitpunkt nach Inbetriebnahme erarbeitet das Amt für öffentlichen Verkehr Busfahrpläne, die auf den Bahnfahrplan abgestimmt sind.

Testpflanzungen ermitteln zukunftsfähige Baumarten

Aufgrund des Klimawandels wird erwartet, dass gegen Ende des 21. Jahrhunderts an vielen Waldstandorten andere Baumarten besser wachsen werden als die heutigen. Das Projekt «Testpflanzungen zukunftsfähiger Baumarten» der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) will klären, welche Baumarten bereits heute an diversen Standorten besser gedeihen können. Im Rahmen des Projekts wird ein Netzwerk von 57 koordinierten Testpflanzungen in der Schweiz eingerichtet. Vier Flächen davon befinden sich im Kanton St. Gallen, nämlich in den Gemeinden Gaiserwald, Quarten, Amden und Uznach. Über eine Beobachtungsdauer von dreissig Jahren sollen Fragestellungen zur Anpassung des Waldes an das zukünftige Klima untersucht, Beiträge zu Baumarten-



Das S-Bahn-Konzept St. Gallen wird überprüft.



Mutrux VD: Beispiel einer Testpflanzfläche
(Bild: WSL)



Kinder bepflanzen die Umgebung ihres Kindergartens in Sargans.
(Bild: Gemeinde Sargans, René Ruis)



Untersuchungen in der Thur: Ursachen für das Fischsterben bei Bütschwil konnten nicht gefunden werden.
(Bild: ANJF)

empfehlungen für die Praxis erarbeitet und eine langfristige Infrastruktur für die praxisnahe Forschung aufgebaut werden.

«Der Klimawandel verändert den Wald. Die Baumarten müssen angepasst werden.»

Biodiversität ist unter Druck

Um die Biodiversität steht es noch schlechter als gedacht. Das Verschwinden der Arten zeigt sich am auffälligsten bei Insekten und Vögeln, beim Verlust von Lebensräumen in Mooren und bei Magerwiesen. Die Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018 bis 2025 schafft die dringend notwendigen Instrumente, um das Verschwinden der Arten zu bremsen. Ein interdisziplinäres Team aus verschiedenen Departementen hat die Massnahmen der Strategie weiter konkretisiert und erste Arbeiten bereits umgesetzt. So wurden eine Artwertanalyse erstellt, Pflegekonzepte für Meliorationsgewässer erarbeitet, der Zustand der wichtigsten Biotope erhoben und erste Artenförderungsmassnahmen eingeleitet. Weiter wurden Weiterbildungen für Gemeindemitarbeitende und Behördenmitglieder organisiert sowie die Einhaltung von Naturschutzverträgen und Pufferstreifen kontrolliert.

«Die Massnahmen zur Erhaltung der Biodiversität werden umgesetzt.»

Fische sterben in der Thur

Ende August 2019 verendeten in der Thur bei Bütschwil flussabwärts wie in den vorangegangenen drei Jahren unzählige Bachforellen. Die Fische wiesen erneut Herzmuskelentzündungen und schwere Leberschäden auf. Kantonale Gewässerspezialisten, das Schweizerische Zentrum für Fisch- und Wildtiermedizin und internationale Fachspezialisten konnten trotz intensiver Suche keine Ursache finden. Sie schliessen jedoch bekannte Fischkrankheiten, Viren und Bakterien aus. Man vermutet einen toxischen Stoff, der die Organe der Bachforellen schädigt. Der Bachforellenbestand in der mittleren und unteren Thur ist vollständig zusammengebrochen, was nicht nur den Pächter, den Fischereiverein Thur, vor eine sehr schwierige Situation stellt.

Poollösung für den ökologischen Ausgleich gefunden

Bei Bauprojekten in intensiv genutzten Gebieten muss für einen ökologischen Ausgleich gesorgt werden. Ausgleichsflächen wie Hecken, Amphibienteiche oder Trockenwiesen ergänzen bestehende Naturschutzgebiete und tragen zu deren Vernetzung bei. Grundsätzlich sind ökologische Ausgleichsmassnahmen vor Ort umzusetzen. Es gibt jedoch Fälle, bei denen es sinnvoll ist, den Ausgleich ausserhalb des Projektperimeters zu leisten. Unter der Leitung des Amtes für Natur, Jagd und Fischerei haben mehrere Verbände und Organisationen eine innovative Poollösung erarbeitet, mit der Projektanten den ökologischen Ausgleich zeitlich und räumlich flexibel umsetzen können. Ein neu gegründeter Verein namens «ÖkoPool SG» wird die Poollösung 2020 aufbauen.



An der Eröffnung des Neubaus des LZSG.



Mit dem neuen Hauptgebäude am Landwirtschaftlichen Zentrum St. Gallen in Salez erhält die St. Galler Landwirtschaft eine zeitgemässe Infrastruktur für Bildung und Beratung.

Bericht zum Postulat «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft» weiter gefasst

Der Bericht zum im Februar 2018 gutgeheissenen Postulat «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft» wurde mit Antworten zur Motion «Bio-Offensive» (42.19.08) und zum Postulat «Landwirtschaft: Klima- und Artenschutz umfassend berücksichtigen» (43.19.16) ergänzt und erweitert, was in der Folge die Arbeiten am Bericht verzögerte. Gegenstand des Berichts ist neben der Beantwortung der konkreten Fragen eine Situationsanalyse, die Einschätzung künftiger Rahmenbedingungen, Entwicklungsziele und Massnahmen. Die Vorlage wird 2020 dem Kantonsrat überwiesen.

«Die Bio-Offensive sowie der Klima- und Artenschutz ergänzen neu den Landwirtschaftsbericht.»

Neubau Landwirtschaftliches Zentrum in Salez eröffnet

In einem symbolischen Akt durchschnitten am 17. Mai 2019 die Regierungsräte Bruno Damann, Stefan Kölliker und Marc Mächler ein Pflanzenband aus Ribelmaiskolben und eröffneten damit das neue Hauptgebäude am Landwirtschaftlichen Zentrum St. Gallen (LZSG) in Salez. An den Tagen der offenen Tür besichtigten rund 2000 Besucherinnen und Besucher die neuen Räume. Die Holzschntzelheizung versorgt nicht nur das LZSG mit Wärme, sondern über einen Wärmeverbund auch die kantonale Strafanstalt Saxerriet sowie das Oberstufen-

zentrum Türggenau der Gemeinde Sennwald. Mit dem nachhaltigen Holzbau in Salez verfügt der Kanton St. Gallen über eine zeitgemässe Infrastruktur für die Ausbildung, Weiterbildung und Beratung der Bäuerinnen und Bauern.

Pflanzenschutzwarndienste wurden erneuert

Die Wetterstationen der St. Galler Anbauregionen sind erneuert worden und liefern zusammen mit den wöchentlichen Feldkontrollen aktuelle Daten für die Pflanzenschutzwarndienste im Ackerbau sowie im Obst-, Gemüse- und Weinbau. Damit leistet der Kanton St. Gallen einen wichtigen Beitrag für einen gezielten und möglichst umweltschonenden Einsatz der Pflanzenschutzmittel.

Ausblick 2020

Die St. Galler Bewerbung als Standortträger im Netzwerk des Schweizer Innovationsparks wurde bei der Geschäftsstelle der Stiftung Switzerland Innovation zur Vorprüfung eingereicht. Der Prüfungs- und Aufnahmeprozess wird von der Stiftung definiert. Mit detaillierten Rückmeldungen wird im Frühjahr 2020 gerechnet. Diese werden im weiteren Verlauf des Bewerbungsprozesses ins definitive Dossier einfließen. Im öV soll die Fahrzeit St. Gallen–München auf zweieinhalb Stunden verringert werden und eine Verbesserung der grenzüberschreitenden S-Bahnen wird angestrebt. Weitere Massnahmen bezüglich Biodiversitätsstrategie werden geplant. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Natur werden vermehrt untersucht, zum Beispiel anhand von Testpflanzungen im Wald oder bei der fischereilichen Bewirtschaftung des Bodensees.

3. Departement des Innern



Regierungsrat Martin Klöti
Vorsteher Departement des Innern

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Die Eröffnung des neuen Ausstellungssaals des Stiftsarchivs. Mit modernsten Mitteln vermitteln wir damit die weltweite Bedeutung der Archivbestände und des berühmten Klosterplans. Auch die Eröffnungsfeierlichkeiten selbst sind auf grosse mediale Resonanz gestossen, unter anderem dank der Präsenz von Bundesrat Alain Berset.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Der neue Ausstellungssaal erhöht das Bewusstsein und das Wissen um den Wert des Stiftsbezirks. Wir leben in einer Gegend, die dank der aus dem Mittelalter überlieferten Dokumente eine weltweite Sonderstellung hat. Das soll unsere regionale Identität prägen und stärken. Mit besonderen Angeboten wird die Geschichte nun auch Kindern besser vermittelt. Aus all dem resultiert im Übrigen ein touristisch-wirtschaftlicher Nutzen.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Mit dem Ja zum Bau des Klanghauses Toggenburg ist ein wesentlicher Meilenstein erreicht. Mit der Erarbeitung der ersten kantonalen Kulturförderstrategie haben wir die verschiedenen Kulturprojekte zudem mit einer Langfristperspektive gekoppelt. Wichtig war auch die Erarbeitung von mehreren Verbesserungen im Sozialbereich. Dazu zählt etwa die Regelung, die es Beziehenden von Ergänzungsleistungen ermöglicht, Formen des betreuten Wohnens zu nutzen. Gemeinsam mit den Gemeinden und der Stiftung Opferhilfe haben wir einen Anlass für die Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen organisiert.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Wir haben gemeinsam mit Vertretern der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten ein Projekt skizziert, in dem der strategische Handlungsbedarf der Gemeinden eruiert worden wäre. Das Gros der Gemeinden hat aber schliesslich eine gemeinsame Erarbeitung mit Verweis auf die Gemeindeautonomie abgelehnt. Ein gemeinsames Nachdenken von Kanton und Gemeinden hätte hingegen aus meiner Sicht eine positive Dynamik erzeugt.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Es gibt eine Reihe von Kantonsratsvorlagen, die im ersten Halbjahr noch unter Dach und Fach gebracht werden müssen – etwa zur neuen finanziellen Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung. Wir starten zudem ein Projekt zum Controlling der steigenden EL-Ausgaben. Und organisatorisch werden wir das Departement mit der Zusammenführung des Amtes für Gemeinden mit dem Amt für Bürgerrecht und Zivilstand optimieren. Am 29. Mai 2020 kann ich dann guten Gewissens mein Büro räumen, meine Zeit als Regierungsrat wird zu Ende sein.

Erinnern und gestalten

Es sind Meilensteine, die das Jahr 2019 im Departement des Innern prägten. Mit der Eröffnung des Ausstellungssaals des Stiftsarchivs ist das Vermittlungsangebot im Stiftsbezirk St. Gallen deutlich erweitert worden. Das Ja der Stimmberechtigten zum Bau des Klanghauses ebnete den Weg für eine kulturelle Perle. Die vorgeschlagene bessere Förderung des betreuten Wohnens ist ein Gewinn für Betagte sowie für Menschen mit Behinderung. Sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll.

In verschiedenen Tätigkeitsfeldern wirkte das Departement des Innern 2019 an der zukunftsorientierten Gestaltung von sozial- und kulturpolitischen Rahmenbedingungen und von Dienstleistungen für Private, Institutionen und Firmen. Im Zentrum stand auch die Pflege einer kantonalen Erinnerungskultur, sei es mit der Sanierung des Grabmals von Kantonsgründer Karl Müller-Friedberg in Konstanz, mit einem Anlass zu den einstigen ungerechtfertigten fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen oder mit einem Angebotsausbau im Stiftsbezirk St. Gallen. Dieser gehört bereits seit 1983 zum Weltkulturerbe der Unesco. Hauptträger sind der Kanton, der katholische Konfessionsteil und die Stadt St. Gallen. Diese Akteure haben

grosse Anstrengungen in der Vermittlung des Kulturerbes unternommen. Als Höhepunkt wurde unter Federführung des Kantons die neue Dauerausstellung des Stiftsarchivs «Das Wunder der Überlieferung. Der St. Galler Klosterplan und Europa im frühen Mittelalter» realisiert.

Erstmals werden das Original des weltberühmten Klosterplans der Stiftsbibliothek sowie Urkunden und Handschriften aus dem Stiftsarchiv durch modernste Ausstellungstechnik vermittelt. Nur in St. Gallen ist es möglich, Lebenswelten und Schriftkultur des frühen Mittelalters so unmittelbar zu erfahren.



Der neue Ausstellungssaal sorgt im Stiftsbezirk für höhere Besucherzahlen.
(Bild: Urs Bucher, St. Galler Tagblatt)



Am Praxistag Behinderung erfährt Regierungsrat Martin Klöti von Barbara Gysi (2019 noch Stiftungsratspräsidentin der Heimstätten Wil), wie in ihrem Betrieb das Prinzip der Selbstbestimmung gelebt wird.

Bundesrat Alain Berset wird von Regierungspräsident Stefan Kölliker (links) und Regierungsrat Martin Klöti zum neuen Ausstellungssaal des Stiftsarchivs begleitet.

Die neue Ausstellung wurde im Beisein von Bundesrat Alain Berset am 12. April 2019 eröffnet. Sowohl der Festakt als auch die Ausstellung stiessen auf eine grosse mediale Resonanz. Ebenfalls ein grosser Erfolg war der anschliessende Tag der offenen Türen im Stiftsbezirk. Die hohen Erwartungen wurden erfüllt. Nicht zuletzt dank diesem neuen Gefäss verzeichneten die Ausstellungsangebote im Stiftsbezirk einen Anstieg bei den Besucherzahlen von rund 140 000 im Jahr 2018 auf bereits über 150 000 im Jahr 2019. Das neue Ausstellungsangebot trägt insbesondere zum Schwerpunktziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» bei, indem es einem breiten Publikum den Zugang zum kulturellen Erbe erleichtert.

Der Kanton soll denn auch, so die Kulturförderstrategie weiter, sein reichhaltiges kulturelles Erbe bewahren und überliefern. Bau- und archäologische Denkmäler von kantonaler und nationaler Bedeutung sind ebenso erlebbar und sichtbar zu machen wie bedeutende Kulturgüter, zum Beispiel alte Drucke, Archivalien und lebendige Traditionen. Die neue Fachstelle Kulturerbe im Amt für Kultur hat intensiv an der neuen Möglichkeit der Unterschutzstellung beweglicher Kulturgüter gearbeitet. Im Dezember hat die Regierung für den Gesamtbestand des Staatsarchivs eine erste Unterschutzstellung von beweglichem Kulturerbe von kantonaler Bedeutung vorgenommen.

Strategische Entwicklung der Kulturangebote

Ein vielfältiges Kulturschaffen und ein attraktives Kulturangebot in allen Regionen des Kantons, die Überlieferung des kantonal bedeutenden kulturellen Erbes sowie ein zeitgemässes Staatsarchiv und eine leistungsfähige neue Bibliothek – das sind kulturpolitische Ziele der Regierung für die Jahre 2020 bis 2027. Sie will, auch im Sinn des strategischen Ziels, den «Sozialen Frieden sichern» und erreichen, dass der Kanton St. Gallen über ein reichhaltiges Kulturschaffen und -angebot verfügt. Ziele sind zudem, dass ein reger kultureller Austausch innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus stattfindet und alle Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben und Erbe teilhaben. Dazu tragen auch Anlässe des Amts für Kultur selbst bei, seien es etwa die jährlichen Tage des Denkmals oder die Ausstellungen in der Reihe «Kulturraum S4», die zeitgenössische Kunst und kulturelles Erbe in einen Dialog bringen. Ein Beispiel dafür war im Sommer 2019 die Ausstellung «Unter Tag – Kulturgut der Zukunft» in einer Kaverne in Sargans.

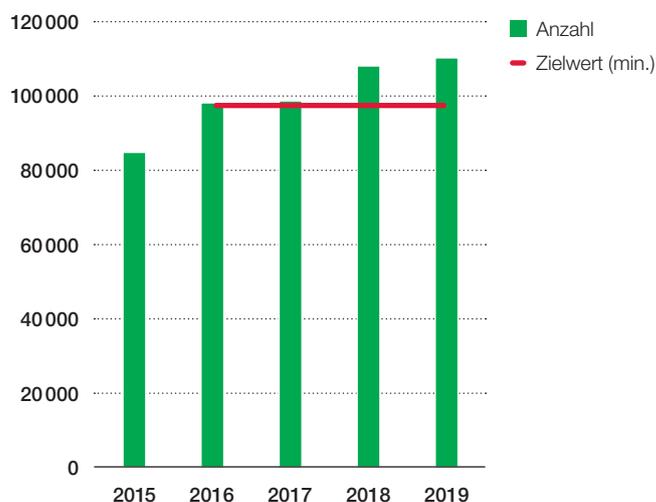


Zeitgenössische Kunst und kulturelles Erbe im Dialog: In der Ausstellungsreihe «Kulturraum S4» offenbart sich im Gonzen Kulturgut der Zukunft.

(Bild: Jiri Makovec)



Anzahl Besuche in der Bibliothek Hauptpost



Der Kantonsrat berät die Kulturförderstrategie in der Februarsession 2020. Teil der Strategie sind auch Bauprojekte. Weit fortgeschritten sind die Vorarbeiten für die Sanierung des Theaters St. Gallen, für das im Sommer 2020 ein Provisorium vor der Tonhalle erstellt wird. Zudem entsteht in den nächsten Jahren ein Neubau für die Kultur, ein seltenes Ereignis im Kanton: Die Stimmberechtigten haben dem Baukredit für das Klanghaus Toggenburg im Juli 2019 zugestimmt, sodass 2020 die Ausführungsarbeiten für diesen einzigartigen Ort für den Klang gestartet werden.

Noch in einem früheren Stadium sind die Planungen für die neue gemeinsame Bibliothek von Kanton und Stadt St. Gallen am Marktplatz und für einen Ersatzneubau für das Staatsarchiv.

Individuelle Bedürfnisse beachten

Die demografische Entwicklung ist als vielfältiges Phänomen ebenfalls Teil der Schwerpunktplanung der Regierung. Ein wichtiger Aspekt: Betagte und Menschen mit Behinderung haben vermehrt das Bedürfnis, selbstbestimmt wohnen zu können. Ein von der Regierung verabschiedeter und vom Amt für Soziales erarbeiteter Gesetzesentwurf sieht daher neu eine bessere Ausrichtung von Ergänzungsleistungen (EL) bei der Nutzung von Wohnangeboten mit Betreuung vor. So können Heimeintritte aus finanziellen Gründen vermieden werden, was auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist.

Ein neues Controlling-System der Staatsausgaben für EL, Pflege und Spitex soll finanzpolitisch interessante Zusammenhänge dieser Art besser fassbar machen und weitere solche Ansätze aufzeigen. Die demografische Entwicklung verstärkt auch den Fachkräftemangel. Ein Mittel dagegen ist die bes-

sere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu sieht ein Gesetzesentwurf neue Kantonsbeiträge zur Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung in der Höhe von 5 Millionen Franken vor. Dies trägt auch zur Erreichung des Schwerpunktziels der Regierung «Neue Arbeitswelt» bei.

Die Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt und Integration ist ein weiteres strategisches Ziel der Regierung. Nach Abschluss einer Vereinbarung zur Umsetzung der «Integrationsagenda Schweiz» mit dem Bund ist der Kanton nun berechtigt, über erhöhte Mittel bei der Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen zu verfügen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden kann damit die nachhaltige Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt noch effektiver gefördert werden.

Die Revision des Sozialhilfegesetzes wurde Anfang 2019 rechtsgültig. Mit ihr hat der Kanton neue Rahmenbedingungen bei der Unterbringung von Minderjährigen geschaffen. Damit herrscht mehr Klarheit in Bezug auf die Kostentragung. Der Kanton hat dazu angepasstes interkantonales Recht ratifiziert. Neben den rechtlichen Grundlagen kam es 2019 auch zu einer Veränderung beim Angebot für Kinder und Jugendliche in Not: Im gegenseitigen Einvernehmen mit dem Kanton entschied sich die Stiftung Ostschweizer Kinderspital, den Betrieb des «Schlupfhuus» einzustellen.

Auf Initiative des Kantons wird ein Nachfolgeangebot aufgebaut. Neu sollen zudem Notfallplätze für Säuglinge und Kleinkinder unter sechs Jahren bestehen. Damit wird eine Angebotslücke geschlossen und schutzbedürftige Kleinkinder erhalten die Möglichkeit einer kurzfristigen stationären

Betreuung. Die Kinderrechte wurden 2019 somit nicht nur anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens mit verschiedenen, vom Amt für Soziales koordinierten Anlässen gefeiert, es wurden auch in der Praxis gute und nachhaltige Lösungen aufgeleitet.

Unter Federführung des Generalsekretariats des Departementes wurde im Herbst mit Beteiligung mehrerer kantonaler Stellen, der Stiftung Opferhilfe und der St. Galler Gemeinden ein Gedenk Anlass für die Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen organisiert. Auf der Kreuzbleiche in St. Gallen wurde ein Brunnen als Zeichen der Erinnerung realisiert, der auch auf eine regelmässig aktualisierte Internetseite mit Informationen zu diesem dunklen Kapitel der Geschichte verweist.

«Der Kanton initiierte den Prozess zur Schaffung einer neuen Lösung für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche, die kurzfristige stationäre Betreuung brauchen.»

Wirkungsvoller Finanzausgleich

Das Amt für Gemeinden erstellte 2019 den Wirksamkeitsbericht 2020 zum Finanzausgleich, mit Beteiligung weiterer Departemente und der Gemeinden. Der Bericht attestiert dem Finanzausgleich einen guten Nutzen, ortet aber einzelne verbesserungswürdige Punkte beim Vollzug. Entsprechende Gesetzesanpassungen wurden 2019 in die Vernehmlassung gegeben.

Vereinigungen von politischen Gemeinden wurden 2019 keine realisiert. Jedoch haben die Stimmberechtigten der Gemeinden Hemberg, Neckertal und Oberhelfenschwil in der Grundsatzabstimmung die Prüfung eines Zusammenschlusses zur Einheitsgemeinde gutgeheissen, im Sinn des Schwerpunktziels «Funktionale Räume». Zudem wurden verschiedene Inkorporationen von Schulgemeinden und Korporationen beschlossen.

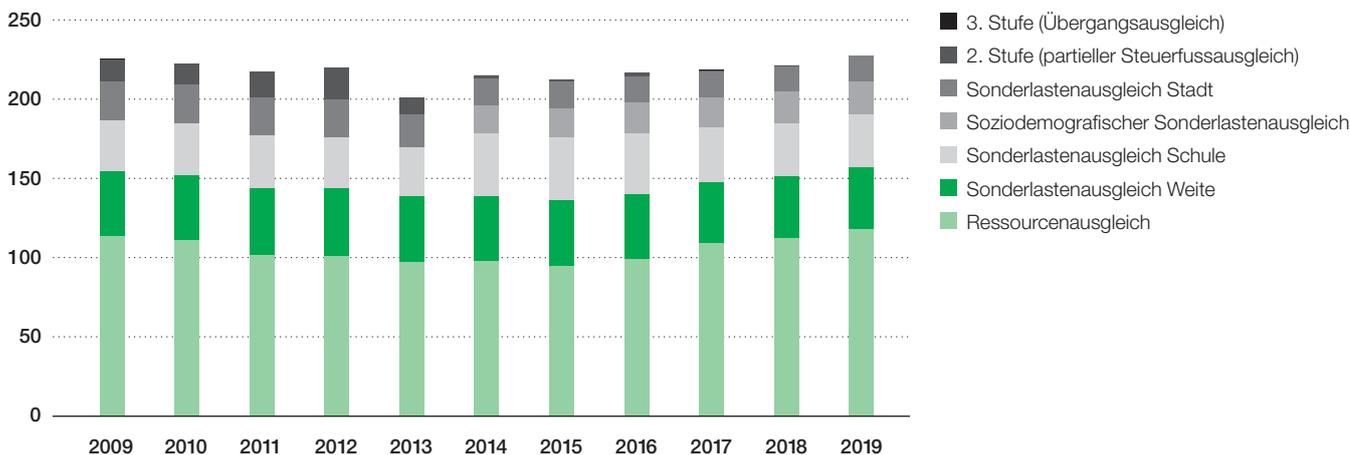
Im Rahmen des Projekts «Gemeindeprofile der Zukunft» war beabsichtigt, mit den politischen Gemeinden Grundüberlegungen zur strategischen Ausrichtung der Gemeinden zu erarbeiten. Das Projekt wird jedoch mangels Unterstützung der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten nicht weiterverfolgt. Die Gemeindeaufsicht befasste sich unter anderem mit der Finanzierung der Siedlungsabfallentsorgung. 14 Gemeinden wurden aufgefordert, dazu eine Spezialfinanzierung zu führen, was für den Nachweis einer verursachergerechten Finanzierung wichtig ist.

Hohe Pendenzenzahlen reduziert

Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand hatte im Berichtsjahr mit rund 2900 neu eingegangenen Auslandurkunden zu Zivilstandsereignissen erneut eine Zunahme zu verzeichnen. Dank vorübergehend ergriffenen Priorisierungsmassnahmen konnte aber die Pendenzenlast von rund 850 auf rund 300 Fälle reduziert werden. Daher werden neu eingegangene Fälle nun schneller bearbeitet. In den übrigen Bereichen des Amtes sind die Fallzahlen mehrheitlich stabil.

Das Konkursamt hat im vergangenen Jahr 763 Konkurse über Firmen, Privatpersonen sowie ausgeschlagene Erbschaften bearbeitet. Nach Anstiegen in den letzten Jahren und dem Höchststand im Jahr 2018 hat sich die Zahl im

Entwicklung der Ausgaben im Finanzausgleich (in Mio. Franken)





Der Brunnen auf der Kreuzbleiche in St. Gallen zum Gedenken an die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

vergangenen Jahr konsolidiert. In 55 Fällen wurden den Strafverfolgungsbehörden Sachverhalte zur Anzeige gebracht. Diese betreffen zur Hauptsache Firmenkonkurse.

Innovationen im Handelsregister

Mit der Wiederbesetzung von Stellen waren Ende 2019 auch die Wartezeiten beim Amt für Handelsregister und Notariate wieder rückläufig. Beim Handelsregister war 2019 eine leichte Zunahme der Eintragungen zu verzeichnen. Insgesamt waren es 12 511 Eintragungen bei 17 785 eingegangenen Geschäften im Vergleich zu 2018 mit 11 901 Eintragungen bei 17 811 Geschäften. Auch beim Amtsnotariat gab es eine leichte Zunahme der Geschäfte.

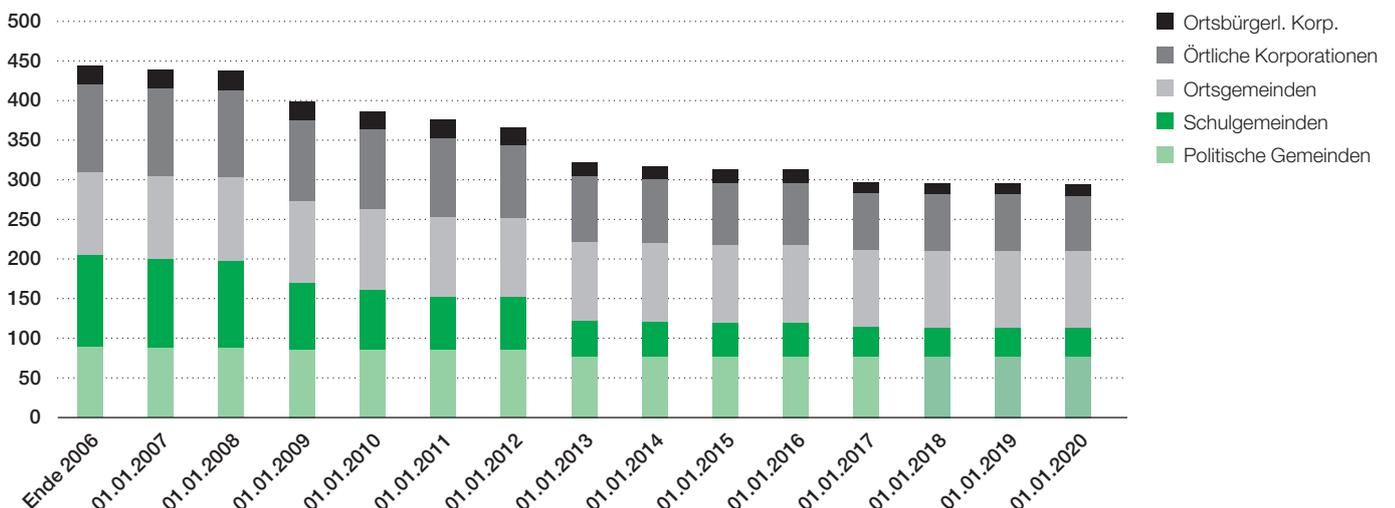
Die erste Etappe der Ablösung der Handelsregistersoftware «HR-Net» durch «CR-Business» konnte planmässig umgesetzt werden. Gemäss der 2019 erstellten Amtsinformatikstrategie sollen in den nächsten Jahren so viele Prozesse wie möglich digitalisiert und automatisiert werden. Das Amtsnotariat startet dafür 2020 ein Projekt zur digitalen Aktenführung. Das Handelsregister lanciert das Pilot-

projekt «Chat-Bot» für die effiziente digitale Beantwortung von Kundenanfragen.

Ausblick 2020

Das Jahr 2020 steht im Departement des Innern im Zeichen einer grossen strukturellen Veränderung. Per 1. Juni wird das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand mit dem Amt für Gemeinden zusammengeführt. Damit können mehrere Herausforderungen besser bewältigt werden: die hohen Fallzahlen bei knappen Ressourcen, Stellvertretungen bei Abwesenheiten und künftige Veränderungsvorhaben. Zum Gesetzesentwurf zur Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung wird aufgrund des obligatorischen Finanzreferendums voraussichtlich noch im Jahr 2020 eine Volksabstimmung stattfinden. Gestartet wird mit der Erstellung eines Grundlagenberichts zur Familienpolitik im Kanton St. Gallen und mit den Berichterstattungen zu den Strategien in der Kinder- und Jugendpolitik. Für die neue gemeinsame Bibliothek von Kanton und Stadt St. Gallen am Marktplatz wird im ersten Halbjahr 2020 ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben.

Entwicklung des Gemeindebestands seit 2006 (Anzahl Gemeinden)



4. Bildungsdepartement



Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Wir haben mit grossen Ja-Mehrheiten vier Volksabstimmungen zu Bildungsvorlagen gewonnen. Das ist nicht nur der Lohn für unsere Arbeit im Bildungsdepartement, sondern auch dem erfolgreichen Teamwork mit anderen Departementen und Kantonen, mit dem Parlament und mit selbstständigen Institutionen zu verdanken. Vernetzung und Zusammenarbeit sind Erfolgsfaktoren unserer Zeit.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Erstens erhalten die St. Gallerinnen und St. Galler – und ihre Nachbarn – eine neue Fachhochschule, welche die bestehenden Stärken der bisherigen Schulen bündelt und dadurch an Wirkungskraft zulegt. Zweitens werden unsere Schulbauten der Sekundarstufe II konsequent modernisiert, aktuell ist das Beispiel der Schulregionen St. Gallen und Toggenburg. Drittens bringt der Campus Platztor eine Win-win-Situation für die Universitätsangehörigen, für die Wirtschaft und Bevölkerung der Region St. Gallen.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Die IT-Bildungsoffensive kommt voran. Ihre Wirkung ist im Moment noch wenig sichtbar, weil in einem Grossprogramm wie diesem erst Strukturen aufgebaut und Prozesse in Gang gesetzt werden müssen, was in der Bildung Zeit braucht. Ab 2021 kommt die IT-Bildungsoffensive dann bei Lehrpersonen und Studierenden an.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Auch die Erneuerung der Kantonsschule Sargans ist aufgegleist. Leider verhindert ein langes Rechtsmittelverfahren, dass es hier vorwärtsgeht. Das hat die Region nicht verdient, aber uns sind im Moment die Hände gebunden.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Ein Leserbriefschreiber hat es auf den Punkt gebracht: «Es ist für die Schulkinder immer am besten, wenn sie beim Nach-vorne-Schauen in das Gesicht einer Lehrperson und nicht in einen Bildschirm blicken.» Das bestätigt mir: Wir müssen auch in der digitalen Transformation weiterhin die Lehrperson ins Zentrum der Schule stellen. Weiterbildung ist ein Schwerpunkt der IT-Bildungsoffensive und muss in der neuen Amtsdauer generell ein Schwerpunkt der Schulentwicklung sein.

Heute in die Bildung der Zukunft investieren

2019 war das Jahr der Bildungsabstimmungen. Die St. Galler Stimmbevölkerung sagte fünfmal Ja: zur IT-Bildungsoffensive, zum Campus Platztor, zum Campus Wattwil, zur Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen (GBS) und zur «OST – Ostschweizer Fachhochschule». Ihnen gemeinsam ist die Investition in eine zukunftsgerichtete Bildung, von der nicht nur Dozierende, Lehrpersonen, Studierende, Schülerinnen und Schüler profitieren, sondern letztlich der ganze Kanton.

Die IT-Bildungsoffensive (ITBO) hatte im Februar 2019 an der Urne eine grosse Zustimmung erfahren. Daraufhin legte die Regierung im Jahresverlauf mit dem Programmauftrag und mit einzelnen Projektaufträgen die Spielregeln für die Umsetzung fest. Unter Dach sind die Projektaufträge für die Volksschule und die Mittelschulen, für die Universität und für die Wirtschaftspraktika, ebenso derjenige für die Berufsbildung. In der ersten Jahreshälfte 2020 folgen noch die Projektaufträge für die Fachhochschule und im MINT-Bereich ein «Erfahrungsraum für Kreativität, Technologie und Zukunftskompetenzen». Ab 2021 stehen den Lehrpersonen aller Stufen ein Weiterbildungsprogramm und den Studierenden neue Studiengänge zur Verfügung. Mit der ITBO wird dem strategischen Ziel «Innovative Bildung und Forschung» der Schwerpunktplanung Rechnung getragen.

Bauen für die Bildung

Im Juni 2019 hat die Stimmbevölkerung grünes Licht für den Ausbau der Universität St. Gallen auf dem Areal Platztor gegeben. Der neue Universitätscampus soll sich durch ein zukunftsgerichtetes Angebot für Lehre und Forschung in einem urbanen Umfeld auszeichnen.

Der Universität St. Gallen fehlen für die Studierenden weiterhin Lern- und Arbeitsplätze. Hier soll das geplante «Learning Center» am Standort Rosenberg mit 500 bis 700 Lern- und Arbeitsplätzen Abhilfe schaffen. Das Zentrum wird vollständig über Donationen durch die HSG-Stiftung finanziert. Am 6. November 2019 fand der Spatenstich statt.



Gute Stimmung beim Spatenstich: Im «Learning Center» entstehen 500 bis 700 Lern- und Arbeitsplätze. (Bild: HSG)



Roger Trösch neuer Programmleiter IT-Bildungsoffensive

Roger Trösch leitet seit dem 1. April 2019 das Programm der IT-Bildungsoffensive. Sein Beschäftigungsgrad beträgt 50 Prozent. Roger Trösch hat nach der Lehre als Kaufmann EFZ die Weiterbildung zum eidg. dipl. Logistikleiter HF erfolgreich abgeschlossen und das berufsbegleitende Studium zum Executive MBA an der HTW Chur absolviert. Seit 2009 amtiert er zudem in einem 50-Prozent-Pensum als Schulratspräsident in St. Margrethen.



Stabwechsel an der Kantonsschule Sargans

Der Erziehungsrat hat 2019 Pascale Chenevard zur neuen Rektorin der Kantonsschule Sargans gewählt. Die Regierung hat die Wahl genehmigt. Pascale Chenevard ist heute Prorektorin an der Kantonsschule Frauenfeld. Sie tritt ihr Amt am 1. August 2020 an und übernimmt die Nachfolge von Stephan Wurster. Pascale Chenevard studierte an der Universität Zürich deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft und erwarb das Diplom für das Höhere Lehramt. Seit 1997 ist sie an der Kantonsschule Frauenfeld tätig, zuerst ausschliesslich als Lehrerin für Deutsch und Pädagogik/Psychologie. 2001 übernahm sie die Abteilungsleitung der Fachmittelschule, seit 2010 als Prorektorin.

Zudem erhält die Berufsfachschule in Wattwil einen gemeinsamen Campus mit dem Neubau der Kantonsschule Wattwil (Campus Wattwil). Das hat die Stimmbevölkerung am 17. November 2019 entschieden. Dieser örtliche Zusammenschluss der Schulen auf Sekundarstufe II stellt für den Kanton St. Gallen ein Novum dar. Gleichentags hatte die Stimmbevölkerung auch der Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen (GBS) an der Demutstrasse zugestimmt. Mit den Bauprojekten wird dem strategischen Ziel «Zukunftsfähige Infrastruktur» der Schwerpunktplanung Rechnung getragen.

Schulaufsicht: Abschluss des ersten Aufsichtszyklus

Ende 2019 wurde der erste vierjährige Aufsichtszyklus durch die neugeschaffene Abteilung Aufsicht und Schulqualität des Amtes für Volksschule abgeschlossen. Wo der Kanton die Schule regelt, muss er von Verfassung wegen auch eine Aufsicht ausüben. Der Erziehungsrat kontrolliert damit einerseits die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und generiert andererseits Steuerungswissen für die Schulentwicklung unter dem Dach der nationalen Bildungskoordination. Zu diesem Zweck wurden Dokumente aus den Bereichen Personal, Unterricht, Planung und Führung auf deren Inhalt und Richtigkeit geprüft. Die Befunde sind mehrheitlich positiv: Die Gemeinden halten sich an das Recht, Korrekturen betreffen in erster Linie kleinere Mängel. Die ausgesprochenen Massnahmen dazu werden loyal akzeptiert und entsprechend umgesetzt. Zudem setzte der Erziehungsrat in zwei separaten Bereichen Schwerpunkte für die Erkenntnisgewinnung (Umsetzung Lektionentafel Lehrplan Volksschule 2017 und Bezugspersonen in Klassen 2018).

Im kommenden Aufsichtszyklus 2020 bis 2023 ist das lokale Qualitätskonzept von besonderem Interesse, das die Schulträger auf der Grundlage der Weisungen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Volksschule erstellt haben.

Neues Beurteilungsreglement für die Volksschule

Im Juni 2019 hat der Erziehungsrat das neue Reglement über Beurteilung, Promotion und Übertritt in der Volksschule verabschiedet. Es bringt Anpassungen an den neuen, seit 2017 angewendeten Lehrplan und tritt am 1. August 2020 in Vollzug. Das Reglement definiert eine schlanke und zeitgemässe rechtliche Grundlage für alle Beurteilungstätigkeiten. Am augenfälligsten ist der Übergang vom Semester zum Jahreszeugnis in der Primarschule. Neu geregelt werden daneben die Promotion, das Übertrittsverfahren in die Oberstufe sowie die Beurteilung des Arbeits-, Lern- und Sozialverhaltens.

Projekt «TAN» ist abgeschlossen

Im Jahr 2019 konnte an den Gymnasien ein Programm für mehr Praxisbezug und Interdisziplinarität im naturwissenschaftlichen Unterricht abgeschlossen werden. Eine interne Evaluation hat ergeben, dass das Programm mit dem Namen «TAN – Technik und Angewandte Naturwissenschaften» die gesteckten Ziele fast durchwegs erreicht hat. So konnte namentlich ein verstärktes Interesse der Schülerinnen und Schüler an naturwissenschaftlichen Fragestellungen und eine höhere Zahl an Eintritten in entsprechende Studiengänge belegt werden. Damit leistet «TAN» einen wichtigen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels und trägt dem strategischen Ziel «Innovative Bildung und Forschung» der Schwerpunktplanung Rechnung.

«Mit Beginn des Schuljahres 2019/20 wurden an den St. Galler Gymnasien Massnahmen zur Stärkung des Fachs Französisch eingeleitet.»

Französisch am Gymnasium wird gestärkt

Mit Beginn des Schuljahres 2019/20 wurden an den St. Galler Gymnasien Massnahmen zur Stärkung des Fachs Französisch eingeleitet. Im Zentrum steht ein angepasster Lehrplan, der mehr Gewicht auf das Mündliche legt, verbunden mit einer leichten Erhöhung der Anzahl Lektionen. Daneben sollen das Freifachangebot für Französisch ausgeweitet sowie Sprachaustausche und Sprachaufenthalte im französischen Sprachgebiet gefördert werden.

Zehn neue Berufe

Auf den Lehrbeginn im Sommer 2019 wurden zehn veränderte Berufsausbildungen implementiert. Per 1. Januar 2020 werden 15 weitere Berufe in neuer oder abgeänderter Form ausgebildet. Die schnellen technologischen Veränderungen in der Berufswelt bringen neue Anforderungen an die Fachkräfte und beeinflussen die Berufsentwicklung. Werden Berufe überarbeitet, stellt das Amt für Berufsbildung zusammen mit den Berufsverbänden sicher, dass die Umsetzung nach den neuen Rahmenbedingungen an allen drei Lernorten (Lehrbetrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse) erfolgt.

«OST – Ostschweizer Fachhochschule» in Startposition

Das Jahr 2019 war entscheidend für den Zusammenschluss der drei Fachhochschulen FHS St. Gallen, HSR Rapperswil und NTB Buchs zur interstaatlich getragenen «OST – Ostschweizer Fachhochschule». Die Regierung verabschiedete



Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller neuer HSG-Rektor

Am 14. Januar 2019 wählte der Universitätsrat Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller zum Nachfolger von Prof. Dr. Thomas Bieger. Bernhard Ehrenzeller, ab Februar 2020 im Amt, ist Ordinarius für Öffentliches Recht an der HSG und Direktor des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis. Er war unter anderem massgeblich beteiligt an der neuen Hochschulgesetzgebung des Bundes (HFKG).

im März die Mitgliedschaft des Lead-Kantons St. Gallen, der Kantonsrat stimmte dieser im Juni einstimmig zu und in der Volksabstimmung vom 17. November erzielte die Vorlage 82 Prozent Ja-Stimmen. Der organisatorische und personelle Aufbau der «OST» ging weiter. Die zweite Führungsebene (Departementsleitende) wurde besetzt, und die Regierung wählte die sieben St. Galler Mitglieder des Hochschulrates sowie den Präsidenten. Der Kantonsrat genehmigte diese Wahlen in der Novembersession. Operativer Start der neuen «OST» ist der 1. September 2020. Damit wird dem strategischen Ziel «Innovative Bildung und Forschung» der Schwerpunktplanung Rechnung getragen.

Revision des Universitätsgesetzes und neuer Rektor

Im Februar 2019 fiel der Startschuss zur Revision des Gesetzes über die Universität St. Gallen (HSG). Projektteams und der Projektlenkungsausschuss, bestehend aus Mitgliedern der Regierung, Vertretungen der Verwaltung sowie der



Die neue Marke in der Bildungslandschaft ab 1. September 2020.

HSG, haben bis Ende Jahr einen Entwurf zu den Eckpunkten des Gesetzes ausgearbeitet. Nach einer universitätsinternen Vernehmlassung im ersten Quartal 2020 wird der Revisionsentwurf erarbeitet. Die Revision soll den Erfolg der HSG als führende Wirtschaftsuniversität langfristig sicherstellen.

«Die Revision des Universitätsgesetzes soll den Erfolg der HSG als führende Wirtschaftsuniversität langfristig sicherstellen.»

Leistungssport und Berufsbildung

Das achte Forum Nachwuchsförderung Ostschweiz/Fürstentum Liechtenstein fand am 1. März 2019 bei der Firma Bühler AG in Uzwil statt. Der Schwerpunkt lag bei der Berufsausbildung für Leistungssportlerinnen und -sportler. Für eine erfolgreiche Sportkarriere spielt neben einem leistungssportfreundlichen Lehrbetrieb auch die Berufsfachschule eine zentrale Rolle. Das Berufs- und Weiterbildungs-

zentrum Wil-Uzwil hat dazu auf Beginn des Schuljahres 2018/2019 ein Pilotprogramm Leistungssport eingeführt.

Freiwilliger Schulsport trägt Früchte

Am 22. Mai 2019 fand der fünfzigste Schweizerische Schulsporttag mit rund 2500 Teilnehmenden in Basel statt. In zwölf Sportarten kämpften die 437 qualifizierten Teams um den Titel des Schweizer Schulsportmeisters. Mit dabei waren 31 Teams aus dem Kanton St. Gallen, die mit fünf Siegen und acht weiteren Podestplätzen Erfolge feiern konnten.

Ausblick 2020

Die IT-Bildungsoffensive wird 2020 weiter vorangetrieben. Der operative Start der ersten Projekte ist für August 2020 geplant. Derweil werden die Leitprinzipien und Grundzüge zur Revision des Universitätsgesetzes Mitte Januar 2020 in eine erste universitätsinterne Vernehmlassung geschickt. Die Ergebnisse werden anschliessend eingearbeitet und die Grundzüge der Revision der Regierung Ende April 2020 vorgelegt. Schliesslich möchte der Erziehungsrat eine Gesamtsicht zur Weiterbildung der Lehrpersonen erstellen. Im Vordergrund stehen unter anderem eine Flexibilisierung und Personalisierung der Angebote. Weiterbildung soll verstärkt als Instrument zur Personalentwicklung verstanden werden.



Michael Auer neuer Präsident des Hochschulrates

Der Betriebsökonom HWV wurde von der Regierung gewählt. Er bekleidete langjährig Managementfunktionen bei Raiffeisen Schweiz und ist seit Februar 2019 selbstständiger Berater. Auer war in den Jahren 2004 bis 2014 Vizepräsident des Hochschulrates der FHS St. Gallen.



Prof. Dr. Daniel Seelhofer Rektor der «OST»

Die designierte Trägerkonferenz wählte den 46-jährigen Ostschweizer und Dr. oec. HSG. Seelhofer leitete zuvor den Bereich International Business an der ZHAW School of Management and Law in Winterthur und war Mitglied der Geschäftsleitung.



lic. oec. HSG Carlo Höhener Verwaltungsdirektor der «OST»

Die designierte Trägerkonferenz wählte den Betriebswirtschaftler zum Verwaltungsdirektor. Er ist seit April 2004 Verwaltungsdirektor der FHS St. Gallen und Mitglied der Hochschulleitung. Er war u. a. massgeblich an der Realisierung des Fachhochschulzentrums St. Gallen beteiligt.



Mit dem Projekt Klimagarten 2085 lud die HSR dazu ein, Klimaszenarien selbst zu erleben und mehr über die Auswirkungen des Klimawandels zu erfahren.
(Bild: Urs Matter, HSR)

Hochschule für Technik Rapperswil

2019 begann für die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) die erste Phase des zweiten mehrjährigen Leistungsauftrags (2019–2022). Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden blieb mit 1523 stabil und auf hohem Niveau. Besonders erfreulich ist die positive Entwicklung bei den Bachelor-Neueintretenden.

Die Digitalisierung der Lehre wurde weiter vorangetrieben. Mehrere Module wurden mit Blended-Learning-Angeboten ergänzt und die digitale Prüfung in verschiedenen Modulen erfolgreich realisiert.

Anhaltende Projekterfolge in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung zeigen sich nicht nur im Umsatz, sondern auch in zahlreichen nationalen und internationalen Auszeichnungen in den Bereichen Innovation und Kunststoff. Zu nennen ist etwa der «Materialica Design and Technology Award» für ein Verfahren, das aus Plastikabfall aus den Meeren hochwertiges Kunststoffgranulat produziert. Oder der «German Innovation Award» für «hipress», die weltweit stärkste Kunststoff-Geothermiesonde.

Die HSR lancierte 2019 mehrere neue Kompetenzzentren: Mit dem Kompetenzzentrum für «Building Information Modeling» (BIM) soll die Forschung und Entwicklung von BIM im Bauwesen und in der Landschaftsarchitektur in der Schweiz gefördert werden. Das Kompetenzzentrum für Medizintechnik (MedTech Lab) bündelt die gewachsenen technischen Kompetenzen der HSR bei medizinischen Innovationen. Das Klimacluster vereint das Wissen um die sozialen, technischen, ökonomischen, planerischen und ökologischen Aspekte der Treibhausgasreduktion und der Anpassung an den Klimawandel. Dadurch wird eine Lehrberatungsplattform geschaffen. Weiter in Vorbereitung ist die Ausweitung des Informatikangebots an zusätzlichen Standorten sowie die Einführung der Wirtschaftsinformatik im Rahmen der IT-Bildungsoffensive.



Studierende auf dem Campus der Universität.
(Bild: HSG)

Universität St. Gallen

Im Jahr 2019 konnte die Universität St. Gallen (HSG) ihren Ruf als führende Wirtschaftsuniversität Europas bestätigen. Im Financial Times Business School Ranking belegt sie wiederum den vierten Platz. Mit der erstmaligen AMBA-Programm-Akkreditierung gehört die HSG neu auch zur kleinen Gruppe der Universitäten, die über die drei wichtigsten Akkreditierungen für Business Schools, die sogenannte Triple Crown, verfügen.

Die Studierendenzahlen sind 2019 nachhaltig gewachsen. Der Abschluss der ersten mehrjährigen Leistungsauftragsperiode war positiv. Per Herbstsemester 2019 waren 8872 Studierende aus 83 Staaten (Vorjahr 8669) immatrikuliert. Der Frauenanteil lag bei 35,7 Prozent. Das Geschäftsjahr war auch von umfassenden Arbeiten zur Governance und Compliance der HSG geprägt. Im Berichtsjahr wurde die Revision des Universitätsgesetzes gestartet und die Implementierung des substanziell weiterentwickelten Internen Steuerungs- und Kontrollsystems (IKS) fortgesetzt.

Auf strategischer Ebene konnten wichtige Projekte wie das Mittelbaukonzept oder die Reform des BWL-Bachelorprogramms realisiert werden. Auch die Grossprojekte entwickelten sich planmässig. So resultierten 2019 sehr positiv verlaufene Volksabstimmungen zur kantonalen IT-Bildungsoffensive und zum Bauprojekt Campus Platztor. Im Bereich der Informatikausbildung konnten Grundsatzentscheide zur Studienarchitektur und zur Einführung des Masterprogramms (Herbstsemester 2021) und des Bachelorprogramms (Herbstsemester 2022) gefällt werden. Ebenfalls erfolgte der Spatenstich zum «Learning Center», das im Rahmen einer grossen Fundraising-Kampagne durch Spenden finanziert und durch die HSG-Stiftung erstellt wird.

Die Arbeiten zum Joint Medical Master – in Kooperation mit der Universität Zürich und dem Kantonsspital St. Gallen angeboten – verliefen 2019 planmässig, sodass im Herbst 2020 die medizinische Masterausbildung erstmals in St. Gallen angeboten wird.



Umsetzung der ITBO durch die Pädagogische Hochschule mit Aufbau des Kompetenzzentrums Digitalisierung & Bildung.
(Bild: PHSG)

Pädagogische Hochschule St. Gallen

Mit der institutionellen Akkreditierung gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz konnte die PHSG 2019 einen wichtigen Erfolg feiern. Einen wegweisenden Entscheid zur organisatorischen Ausrichtung hat der Hochschulrat gefällt: Mit einer geschärften Themenfokussierung sollen sich die Fachbereiche stärker dem vierfachen Leistungsauftrag der Hochschule widmen und so die Schnittstellen zwischen Lehre, Forschung, Weiterbildung und Dienstleistung reduzieren. Die Umsetzung startet voraussichtlich 2020.

2019 ist die PHSG in die zweite, mehrjährige Leistungsauftragsperiode gestartet, die bis Ende 2022 dauert. Der dazu verfügbare jährliche Kantonsbeitrag liegt mit 37,6 Millionen Franken etwa auf demselben Niveau wie in der Periode 2016 bis 2018. Die Zahl der Studienanmeldungen ist zum dritten Mal in Folge gestiegen. Für die Studiengänge Kindergarten- und Primarstufe und Sekundarstufe I haben sich 425 Personen (plus 5 Prozent) angemeldet.

Auch die Weiterbildungen sind gefragt: Über 10 000 Teilnehmende wurden an 534 Weiterbildungen gezählt. Neu bietet die PHSG im Bereich der Berufsbildung die SVEB-Module (Schweizerischer Verband für Weiterbildung) an und ist mit über 60 Personen gestartet.

Die Forschung zur digitalen Transformation und deren Auswirkungen auf Bildungsprozesse wurde intensiviert, und verschiedene Drittmittelprojekte konnten akquiriert werden. Zudem wurden erstmals die Ergebnisse zur nationalen Überprüfung des Erreichens von Grundkompetenzen (ÜGK) in Mathematik und Sprachen veröffentlicht sowie die Resultate zu PISA 2018. An diesen nationalen und internationalen Studien ist die PHSG massgeblich beteiligt.

Zur Umsetzung der IT-Bildungsoffensive baut die PHSG als Lead-Organisation für den Schwerpunkt I (Volksschule, Mittelschulen) das «Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung» auf. Der Projektauftrag wurde von der Regierung im Oktober 2019 verabschiedet.

5. Finanzdepartement



Regierungsrat Benedikt Würth
Vorsteher Finanzdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Das war das Zustandekommen des St. Galler Steuerkompromisses. Das ist für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Meilenstein.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Der Steuerabzug für Versicherungsprämien wird um 800 Franken erhöht, der Fahrkostenabzug um 600 Franken, die Familienzulagen werden um 30 Franken erhöht, die Kita-Förderung wird verstärkt und das Volumen für die individuelle Prämienverbilligung ausgeweitet. Dazu haben wir sichergestellt, dass der Kanton St. Gallen weiterhin über eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung verfügt, was Wohlstand und Arbeitsplätze sichert.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

2019 wurde der Aufbau der E-Government-Anstalt vollzogen. Dadurch ist es möglich, dass im Kanton St. Gallen «Digital Government» staatsebenenübergreifend entwickelt und gesteuert wird. Damit setzten wir schweizweit den Benchmark. In diesem Zusammenhang muss es auch darum gehen, dass St. Gallen die Spitzenposition im Bereich der Digitalisierung halten und ausbauen kann. Dazu wird nun auch eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Die Staatsbeiträge wachsen tendenziell stärker als die Steuerkraft. Dieses strukturelle Problem ist noch nicht vollständig gelöst und wird auch in den kommenden Jahren eine zentrale finanzpolitische Herausforderung bleiben.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Ende Mai werde ich aus der Regierung ausscheiden. Bis zu diesem Zeitpunkt geht es darum, die wichtigen Vorlagen im Parlament zu beraten und zu verabschieden. Dazu gehören der Aufgaben- und Finanzplan 2021 bis 2023 und der Bericht zu den langfristigen Finanzperspektiven, das Gesetzespaket zur Umsetzung der Reform des Bundesfinanzausgleichs und zur Umsetzungsagenda Finanzperspektiven. Schliesslich ist auch die Spitalstrategie von grosser Bedeutung für den Finanzhaushalt. Darüber hinaus ist es mir ein Anliegen, die erste Phase bei der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie abzuschliessen.

Standort St. Gallen durch Steuerreform STAF gestärkt

Im Finanzdepartement konnte mit der Verabschiedung der Steuerreform (STAF) eine wichtige Reform für den Standort St. Gallen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Umsetzungsagenda Finanzperspektiven steht mit der Verabschiedung der entsprechenden Vorlage an den Kantonsrat zudem kurz vor dem Abschluss. Die Vorlage beinhaltet auch Anpassungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Der erstmals für die Verwaltung erarbeitete Verhaltenskodex bildet einen wichtigen Handlungsrahmen für die Führungskräfte und die Mitarbeitenden.

Die Regierung und der Kantonsrat hatten die Umsetzung der Vorgaben aus der STAF-Vorlage auf kantonaler Ebene frühzeitig aufgegleist. Einerseits boten sie den hiesigen Unternehmen damit Planungssicherheit, indem man die zukünftigen Rahmenbedingungen frühzeitig klärte. Andererseits hatte die Bevölkerung bei der Volksabstimmung zur STAF-Vorlage Klarheit über die innerkantonale Umsetzung. Dies dürfte sehr wesentlich zur grossen Akzeptanz der Vorlage beigetragen haben. Damit wurde ein wichtiger Grundstein für eine nachhaltige Standortpolitik gemäss dem Schwerpunktziel «Zukunftsorientierte Reformen» gelegt.

«Es ist sehr erfreulich, dass für die Umsetzung der Steuerreform STAF im Kanton St. Gallen ein breit abgestützter Kompromiss gelang. Regierung und Kantonsrat konnten damit die Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen und komplexen Umfeld unter Beweis stellen.»

Die kantonale Vorlage umfasste einerseits Anpassungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung, vor allem die Reduktion der Steuerbelastung für juristische Personen mit einer effektiven Gewinnsteuerbelastung von 14,5 Prozent sowie die Einführung der Inputförderung. Als Ausgleichsmassnahmen beschloss man andererseits steuerliche Entlastungen bei den natürlichen Personen sowie eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen. Ausserdem wurden mit dem Kompromiss die Grundlagen für die Stärkung der individuellen Prämienverbilligung und die Kita-Förderung gelegt. Gegen die Gesetzesvorlagen wurden keine Referenden ergriffen.

Am 19. Mai 2019 hat dann auch die Schweizer Stimmbewölkerung die AHV-Steuervorlage (STAF) angenommen.

Strukturelle Reformen gemeinsam mit den Gemeinden vorbereitet

Mit der Gesetzgebungsvorlage im Bereich der Finanz- und der Familienpolitik hat die Regierung dem Kantonsrat Ende 2019 fünf Gesetzesnachträge und die Schaffung eines neuen Gesetzes zur Beratung unterbreitet. Das ist der Abschluss eines länger andauernden Reformprozesses.

Im Zentrum stehen einerseits Anpassungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und andererseits die Förderung der Kinderbetreuung. So haben sich der Kanton St. Gallen und die St. Galler Gemeinden darauf

verständnis, die sich abzeichnenden Mindererträge aus dem Systemwechsel beim Bundesfinanzausgleich gemeinsam zu tragen. Es wurde eine jährliche Gemeindebeteiligung von 24 Millionen Franken vereinbart. Die Mitfinanzierung der Gemeinden wird die Mindererträge aus der Systemumstellung im Bundesfinanzausgleich für den Kanton dämpfen. Die Aufgabenteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton soll durch strukturelle Veränderungen angepasst werden. Dies ermöglicht Effizienzsteigerungen und Synergiegewinne in der Aufgabenerfüllung.

Im Bericht «Langfristige Finanzperspektiven» aus dem Jahr 2015 hatte die Regierung beschlossen, die bedeutendsten Staatsbeiträge in der sogenannten Umsetzungsagenda Finanzperspektiven zu analysieren und zu optimieren. Der Kantonsrat hatte bereits mit dem Budget 2019 die Umsetzung eines ersten Massnahmenpaketes genehmigt. Mit einer Anpassung des Pflegefinanzierungsgesetzes kann auch dieses Teilprojekt abgeschlossen werden. Mit diesen Massnahmen setzt die Regierung das strategische Ziel einer Stabilisierung der Staatsquote gemäss dem Schwerpunktziel «Zukunftsorientierte Reformen» um.

Langfristige Finanzperspektiven und Risiken der Haushaltentwicklung aufgezeigt

Nach der erstmaligen Berichterstattung von Ende 2015 hat die Regierung mit dem Bericht «Langfristige Finanzperspektiven» (LFP) im Jahr 2019 das zweite Mal über den Zeithorizont des Aufgaben- und Finanzplan hinausgehende Informationen zur finanziellen Entwicklung veröffentlicht. Die Langfristprojektion 2023 bis 2029 veranschaulicht die Grundproblematik des Kantonshaushalts. Diese besteht darin, dass der Gesamtaufwand tendenziell ein höheres Wachstum aufweist als der Gesamtertrag. Ab dem Projektionsjahr 2024 ist ein weiteres leichtes Auseinanderdriften zwischen dem Aufwand- und dem Ertragswachstum zu erwarten. Die Entwicklung auf der Aufwandseite ist vor allem bedingt durch die Fortsetzung des hohen Wachstums bei den Staatsbeiträgen.

Im Zentrum der Handlungsempfehlungen der Regierung stehen insbesondere die Steuerungsmöglichkeiten bei den Staatsbeiträgen sowie den kantonalen Beteiligungen. Die Regierung strebt einen Ausgleich zwischen Aufwand und Ertrag an und erachtet für die Erreichung dieser Zielsetzung weder zusätzliche Sparpakete noch Steuererhöhungen als erstrebenswert. Ausgabenseitige Disziplin und Massnahmen sind in diesem Zusammenhang weiterhin unumgänglich.

Wichtig ist für die Regierung, dass zur Diskussion stehende strukturelle Reformen wie die Weiterentwicklung der Spitalstrategie oder die Massnahmen zur Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton konsequent umgesetzt werden. Für die kommenden Jahre wird dies eine bedeutende Herausforderung darstellen.

Verhaltenskodex für die Staatsverwaltung erarbeitet

In den letzten Jahren hat sich die Einstellung der Bevölkerung in Bezug zu möglichen Interessenkonflikten geändert. Die Erwartungen an korrektes Handeln sind gestiegen. Stichworte sind Interessenskonflikt, Korruption, Spesenentschädigungen oder Beschaffungswesen. Mit dem Verhaltenskodex für das Staatspersonal will erreichen, dass ein gemeinsames Verständnis darüber entsteht, was korrektes Verhalten ist. Die Regierung hat den Verhaltenskodex im Herbst 2019 verabschiedet.

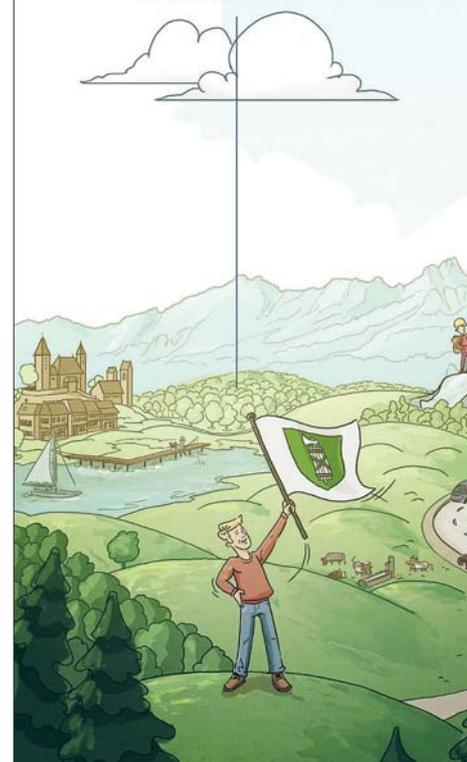
Verhaltenskodex

Unsere Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Ö...
Dieses erarbeiten wir uns täglich, indem wir uns k...
Wir sind verantwortungsbewusst und handeln na...
Kantons. Insbesondere halten wir uns an die folge...
Personalrecht basieren.

1. Loyalität

Wir erfüllen unsere Treuepflicht und wahren die Interessen des Kantons.

- Wir halten uns an das Recht und an unsere Aufträge.
- Wir erfüllen unsere Aufgaben persönlich, sorgfältig und gewissenhaft.
- Wir handeln wirtschaftlich und nachhaltig, dabei schonen wir die Ressourcen.
- Wir vermeiden es, uns persönlich zu bereichern oder uns anderweitig Vorteile zu verschaffen.



«Die öffentliche Hand steht heute stärker im Fokus der Gesellschaft. Der Verhaltenskodex gibt der Regierung, den Führungskräften und den Mitarbeitenden einen Handlungsrahmen, an dem sie sich bei heiklen Situationen orientieren können.»

Der Verhaltenskodex hilft den Führungskräften und Mitarbeitenden der Staatsverwaltung auf allen Stufen, heikle Situationen bei der Vergabe von Aufträgen, bei Geschäften mit nahestehenden Personen, bei Nebenbeschäftigungen, im Umgang mit Einladungen oder Geschenken, bei Spesen oder im Umgang mit vertraulichen Informationen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Kanton St.Gallen

Integrität und Ehrlichkeit in den Kanton sind unser höchstes Gut. Wir handeln korrekt und angemessen verhalten. Wir handeln nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne des öffentlichen Interesses und den zentralen Grundsätze, die auf dem kantonalen



2. Professionalität

Wir handeln fachlich und menschlich kompetent.

- Wir gehen untereinander und mit Dritten respektvoll und anständig um.
- Wir bleiben auch in herausfordernden Situationen gefasst.
- Gegenüber unseren Kundinnen und Kunden handeln wir sachbezogen, dossierfest und im Rahmen unseres Auftrags dienstleistungsorientiert.
- In unserem Arbeitsumfeld legen wir Wert auf eine gute Zusammenarbeit und achten und unterstützen einander. Wir respektieren gegenseitig unsere persönliche Integrität.
- Wir vermeiden Willkür, Bevorzugung und Herabsetzung. Diskriminierendes Verhalten tolerieren wir in keiner Hinsicht.

3. Unabhängigkeit

Wir vermeiden Interessenkonflikte oder legen sie offen.

- Wir prüfen regelmässig, ob unsere Privatinteressen und Privatbeziehungen zu Interessenkonflikten in unserer amtlichen Funktion führen oder führen könnten.
- Wenn ja, informieren wir unsere Vorgesetzten.

4. Integrität

Wir widerstehen Druck und lassen uns nicht bestechen.

- Wir sind uns bewusst, dass Korruption oft subtil mit der Förderung des Wohlwollens durch kleine Geschenke und Gefälligkeiten beginnt, ohne dass unmittelbar eine Gegenleistung verlangt wird. Stellen wir Beeinflussungs- oder Druckversuche fest, informieren wir die Vorgesetzten.

5. Vertraulichkeit

Wir gehen sorgfältig mit Daten und Informationen um.

- Vorbehaltlich des Amtsgeheimnisses und des Datenschutzes sind wir in unserem Handeln transparent und offen.
- Wir wahren das Amtsgeheimnis und geben keine Informationen preis, die nach ihrer Natur oder nach besonderer Vorschrift vertraulich sind.
- Wir schützen die Daten, die wir bearbeiten oder bearbeiten lassen.



Tipps zur Umsetzung im Alltag

Bei Unsicherheit helfen diese Fragen zur Selbstkontrolle:

- Ist mein Handeln korrekt?
- Würden meine Familie und Freunde mein Verhalten als anständig empfinden?
- Welcher Eindruck könnte in der Öffentlichkeit durch mein Handeln entstehen?

Im Zweifelsfall gehen wir zu unseren Vorgesetzten.

Wenn das nicht möglich oder nicht zielführend ist, melden wir Missstände bei der internen Meldestelle.

Kapitalausstattung der SGKB nachhaltig gestärkt

2019 hat die SGKB die von der Generalversammlung beschlossene Kapitalerhöhung erfolgreich abgeschlossen. Durch die Platzierung von 420 240 neuen Namenaktien konnte zugunsten der SGKB ein Bruttoerlös von 176,5 Millionen Franken erzielt werden. Da sich der Kanton St. Gallen nicht an der Kapitalerhöhung beteiligt hat, ist der Anteil der sich im Publikumsbesitz befindenden Aktien auf 49,0 Prozent gestiegen. Der Kanton St. Gallen bleibt gemäss Vorgabe des Kantonalbankgesetzes nach Umsetzung der Kapitalerhöhung mit seiner Beteiligung von exakt 51,0 Prozent Mehrheitsaktionär der SGKB. Der Kantonsrat hatte diesem Vorgehen im Rahmen der Beratung des Budgets 2019 zugestimmt.

Reform Lehrlingsausbildung ausgelöst

Die Regierung erteilte dem Finanzdepartement im Frühjahr 2019 den Auftrag, die Zuständigkeiten in der Berufsbildung in der Kantonsverwaltung zu überprüfen und Vorschläge für Anpassungen zu unterbreiten. Ein Projekt-

team erarbeitete in der Folge Lösungsvarianten. Die Generalsekretärenkonferenz und die Regierung haben sich im Herbst 2019 für die Empfehlungen der Projektgremien für eine konsequente Zentralisierung der Lehrlingsausbildung im Bereich der KV-Ausbildungen ausgesprochen. Demnach sollen die Zuständigkeiten für die KV-Ausbildung dem Personalamt übertragen werden und bei den anderen Berufslehren eine Zentralisierung angestrebt werden, soweit dies möglich und zweckmässig ist.

Für die Umsetzung wird derzeit ein Konzept erarbeitet. Zu berücksichtigen werden bei der Umsetzung auch die Reformen der KV-Berufsbildung sein. Die Umsetzung ist ab Beginn des ersten Lehrjahres 2022 geplant.

Public Corporate Governance: wesentliche Änderungen 2019

Im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichts informiert die Regierung über wesentliche Änderungen sowie bedeutende Vorkommnisse bei den kantonalen Beteiligungen.



Neuer Leiter AFDL: Stefan Schneider

Die Regierung hat im Dezember 2018 Stefan Schneider als neuen Leiter des Amtes für Finanzdienstleistungen gewählt. Stefan Schneider war davor als Leiter Rechnungswesen im Kantonsspital St. Gallen sowie als Leiter Finanz- und Rechnungswesen beziehungsweise als Stellvertreter des Verwaltungsdirektors für die Universität St. Gallen tätig. Er verfügt über einen Fachhochschulabschluss sowie über einen Executive MBA in Business Engineering. Er hat die Amtsleitung Anfang April 2019 übernommen. Die Stelle im Amt für Finanzdienstleistungen musste neu besetzt werden, da der bisherige Stelleninhaber Urs Bernhardsgrütter im Herbst 2018 verstorben war.



Neuer Leiter POE: Thomas Köppel

Die Regierung hat im Mai 2019 Thomas Köppel als neuen Leiter der Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung im Personalamt gewählt. Der bisherige Leiter, Ronald Isler, ging Ende Oktober 2019 in Pension. Thomas Köppel hat sich nach einer kaufmännischen Lehre im Bankbereich zum Bankfachmann und Betriebsausbilder weitergebildet. Zudem hat er an der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Studien in den Bereichen Systemisches Coaching und Human Capital Management absolviert. Er verfügt über eine breite Praxiserfahrung in der Privatwirtschaft.



Der Kanton St. Gallen bleibt nach Umsetzung der Kapitalerhöhung Mehrheitsaktionär der SGKB.

Die Verordnung über die Höhe, Ausrichtung und Ablieferung von Vergütungen im Zusammenhang mit der Einsitznahme in Organe von Organisationen mit kantonaler Beteiligung (Vergütungsverordnung) wird seit dem 1. Juni 2016 angewendet. Mit dem 2019 vorgenommenen Nachtrag erfuhr die Verordnung neben redaktionellen Anpassungen auch eine Präzisierung des Anwendungsbereichs. Zudem wurde eine Regelung betreffend der grundsätzlichen Ablieferungspflicht für Kantonsmitarbeitende aufgenommen, die Einsitz in ein Leitungsorgan nehmen. Ebenfalls wurde eine Anpassung der Taggeldausrichtung sowie der Ausrichtung der festen Vergütung für gewisse Einsitznahmen vorgenommen.

Zeitgleich auf die neue Regierungsamtsdauer 2020 bis 2024 erfolgen die Erneuerungswahlen von Mitgliedern der Organe von Organisationen mit kantonaler Beteiligung. Im Hinblick auf das Wahlgeschäft erfolgten diverse (Vor-) Arbeiten bereits 2019. Neben dem Erlass der Wahlweisungen wurden die sich abzeichnenden vakanten Stellen öffentlich ausgeschrieben.

Als ein Instrument des Beteiligungscontrollings wurde 2019 zum zweiten Mal ein umfassender Strategiebericht zu den finanziell und politisch bedeutsamen Beteiligungen zuhanden der Regierung erstellt. Dieser Bericht zeigt gebündelt führungsrelevante Informationen auf und ermöglicht es damit der Regierung, sich auf strategischer Ebene mit den wesentlichen kantonalen Beteiligungen auseinanderzusetzen.

2019 wurden die Eigentümerstrategien der St. Galler Kantonalbank (SGKB) und der SAK Holding AG aktualisiert beziehungsweise überarbeitet und von der Regierung verabschiedet. Zwei weitere Eigentümerstrategien wurden im Bereich der Gesundheitsorganisationen erarbeitet (Psychiatrieverbunde, Zentrum für Labormedizin). Diese werden voraussichtlich Anfang 2020 von der Regierung verabschiedet werden.

Schliesslich hat am 1. Januar 2019 die «eGovernment St. Gallen digital.» ihren operativen Betrieb aufgenommen. Die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt koordiniert alle E-Government-Belange im Kanton und in den Gemeinden und stimmt diese ab.

Ausblick 2020

Das Projekt «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» ist 2020 mit Hochdruck voranzutreiben. Bei Nichtumsetzung, unvollständiger oder zeitlich verzögerter Umsetzung wären substanziell höhere Kantonsbeiträge an die Spitalunternehmen erforderlich. Der Ressourcenindex des Kantons St. Gallen hat derweil von 78,8 im Jahr 2019 auf 79,5 im Jahr 2020 zugenommen. Die Regierung will auf diesem Weg weitergehen, dazu braucht es standortfördernde Massnahmen auf allen Ebenen. Der Kantonsrat hat in der Novembersession mit Zustimmung der Regierung ein entsprechendes Postulat gutgeheissen. 2020 werden die Arbeiten dazu aufgenommen, sodass der Bericht im Frühling 2021 dem Kantonsrat unterbreitet werden kann.

6. Baudepartement



Regierungsrat Marc Mächler
Vorsteher Baudepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

2019 war das Jahr der erfolgreichen Volksabstimmungen. Mit dem Ja der Stimmbevölkerung dürfen wir den Campus Platztor in St. Gallen und den Campus Wattwil realisieren. Auch die Gebäude der gewerblichen Berufsschule im Riethüsli in St. Gallen können wir nach dem Erfolg an der Urne sanieren und erweitern. Gefreut habe ich mich auch über das Ja zum Klanghaus Toggenburg. Zu guter Letzt unterstützten Rorschach und Goldach im November 2019 an der Urne den neuen «AutobahnanschlussPlus».

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Konkret profitieren alle Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie das Lehrpersonal von den Neubauten und Sanierungen im Bildungsbereich. Das Lehren und Lernen kann in attraktiven Räumen stattfinden. Das Projekt «AutobahnanschlussPlus» in Rorschach wird die Zentren von Rorschach und Goldach vom Verkehr entlasten. Gleichzeitig setzen Kanton und Gemeinden Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr um. Schliesslich erhält das Toggenburg mit dem Klanghaus einen einzigartigen Ort für den Klang.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Auch im Baudepartement waren die Themen Energie und Klima omnipräsent. Ein Erfolg war sicher, dass der Kantonsrat einen Sonderkredit von 10 Millionen Franken gesprochen hat, um den Ersatz von Gas- und Ölheizungen finanziell zu unterstützen. Mit den zusätzlichen Geldern des Bundes können wir in den Jahren 2020 bis 2023 insgesamt 30 Millionen Franken zusätzlich in erneuerbare Energien investieren.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Die Nachfrage nach Energiefördermitteln nahm stark zu. Das ist auf den ersten Blick erfreulich. Jedoch mussten wir wegen der hohen Nachfrage sehr rasch und mit einem speziellen Verfahren mehr Fördermittel beim Kantonsrat beantragen. Dank der Zustimmung des Kantonsrates stehen nun aber für die Jahre 2019 und 2020 zusätzliche kantonale Mittel in der Höhe von 9,4 Millionen Franken zur Verfügung.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Die Themen Energie und Klima bleiben auf der Agenda. Das neue Energiegesetz berät der Kantonsrat in der Februar- und Aprilsession. Die Charta zum Metropolitanraum Bodensee wurde am 19. Februar 2020 von den Beteiligten unterzeichnet. Damit kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Ausserdem bereiten wir 2020 zwei Nachträge zum Planungs- und Baugesetz vor.

Das Klimajahr

Das Jahr 2019 stand im Zeichen der Themen Energie und Klima. So verabschiedete die Regierung das neue Energiegesetz zuhanden des Kantonsrates. Weiter arbeitete das Baudepartement am Energiekonzept 2021 bis 2030. Im November 2019 stimmte der Kantonsrat einem Sonderkredit von 10 Millionen Franken für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen zu.

Im neuen Energiegesetz geht es vor allem um energetische Bauvorschriften. Für Neubauten sehen die neuen Vorschriften vor, erprobte und klimafreundliche Technologien bereits beim Bau einzusetzen, anstatt später nachzurüsten. Bei bestehenden Gebäuden greift das neue Gesetz, wenn Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eine Heizung ersetzen. Betroffen sind vor allem Häuser, die vor den 1990er-Jahren gebaut und seither nie energetisch erneuert wurden.

Mit dem Energiekonzept 2021 bis 2030 legt der Kanton Ziele und Instrumente fest, um den Energieverbrauch zu reduzieren, den CO₂-Ausstoss zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Das Konzept will auch im Bereich Mobilität und Verkehr ansetzen, wo nach wie vor grosses Potenzial besteht. Die Regierung hat 2019 den Projektauftrag für das Konzept verabschiedet.

Der Klimawandel hat uns längst erreicht: Die Durchschnittstemperaturen sind gestiegen und die Wahrscheinlichkeit für heftige Niederschläge und Hitzetage hat zugenommen. Die Regierung erteilte im Sommer 2019 den Auftrag, eine Strategie zur Anpassung zu erarbeiten. Sie soll aufzeigen, wie der Kanton auf den bereits spürbaren Klimawandel reagieren kann. Vor allem sollen Synergien und Zielkonflikte zwischen den Aktivitäten der Fachämter der kantonalen Verwaltung erkannt werden. Die Strategie wird bis Ende 2020 erarbeitet. Damit trägt das Baudepartement dazu bei, das Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» zu erfüllen.



Mit dem neuen Energiegesetz sollen Gebäude klimafreundlicher und energieeffizienter werden.



Mit dem Klanghaus entsteht im Toggenburg eine einzigartige Klangwerkstatt für Proben, Kurse und Aufführungen.

Mehr Mittel für die Energieförderung

Die Nachfrage nach Energiefördergeldern hat 2019 stark zugenommen. Gefördert wurden beispielsweise Sonnenkollektoren, der Ersatz von elektrischen und fossilen Heizungen durch Wärmepumpen oder die Dämmung der Gebäudehülle. Aufgrund der grossen Nachfrage beantragte die Regierung dem Kantonsrat einen Sonderkredit von 9,4 Millionen Franken. In der Septembersession 2019 stimmte der Kantonsrat dem Antrag zu.

Ausserdem bewilligte der Kantonsrat in der Novembersession 2019 einen Sonderkredit von 10 Millionen Franken. Mit den zusätzlichen Geldern des Bundes kann der Kanton St. Gallen in den Jahren 2020 bis 2023 insgesamt 30 Millionen Franken in erneuerbare Energien investieren. Dank des geplanten Ersatzes von rund 6000 fossilen Heizungen bis 2023 könnten die CO₂-Emissionen ab 2024 dauerhaft um etwa 34 000 Tonnen je Jahr vermindert werden.

Vier Erfolge an der Urne

Vier kantonale Bauvorhaben kamen 2019 an die Urne. Das Stimmvolk nahm alle Vorlagen an. Mit dem Bau des Campus Platztor erhält die Universität St. Gallen den dringend benötigten Raum. Der heutige Standort am Rosenberg ist nur für rund 5000 Studierende ausgelegt. Heute sind über 8600 Studierende an der HSG eingeschrieben.

Im Juni 2019 hiess das Stimmvolk den Bau des Klanghauses gut. Mit dem Klanghaus entsteht im Toggenburg ein musikalisches und architektonisches Zentrum für die Naturtonmusik. Die ausgezeichnete Akustik des Holzbaus soll Musikerinnen

und Musiker aus nah und fern für Proben, Kurse und Aufführungen anziehen.

«Mit dem Campus Platztor und dem Campus Wattwil investiert der Kanton St. Gallen in den nächsten Jahren mehr als 300 Millionen Franken in seine Bildungsstätten.»

Das Ja des Stimmvolks im November 2019 ermöglicht es, den Campus Wattwil zu realisieren. Die Kantonsschule wird direkt neben der Berufsschule neu gebaut. Gleichzeitig erneuert und erweitert der Kanton das Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg. Mit den beiden Bauvorhaben entsteht ein in der Schweiz einzigartiger Campus, auf dem beide Schulen Teile der Infrastruktur wie die Aula oder die Mensa gemeinsam nutzen.

Schliesslich hiess das Stimmvolk die Sanierung und Erweiterung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums an der Demutstrasse in St. Gallen gut. Das Gebäude der Berufsschule ist seit fast 45 Jahren im Einsatz und dringend sanierungsbedürftig. Auf dem Areal soll auch ein neuer Schultrakt entstehen. Damit können zwei andere Schulstandorte aufgehoben und an der Demutstrasse integriert werden.

Mit dem Neubau aus Holz verfügt die Landwirtschaftsschule in Salez wieder über zeitgemässe Räume und genügend Platz.



Mit der Realisierung der vier Vorhaben trägt das Baudepartement dazu bei, die Ziele «Zukunftsfähige Infrastruktur», «Innovative Bildung und Forschung» und «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» aus der Schwerpunktplanung der Regierung zu erfüllen.

Modern und einfach zugleich

Nach rund zwei Jahren Bauzeit eröffneten das Bau-, das Volkswirtschafts- und das Bildungsdepartement im Mai 2019 den Neubau für die Landwirtschaftsschule in Salez. Einerseits ist der Neubau ein moderner Holzbau. Andererseits setzte das Baudepartement bei der Technik auf das Prinzip Lowtech: einfache Funktionen, einfache Bedienung, einfache Wartung. Anstelle einer automatischen Lüftung können die Nutzerinnen und Nutzer die Lüftung selbst bedienen. Mit dem Grundsatz «weniger ist mehr» sind nicht nur Einsparungen beim Bau, sondern auch nachhaltige Einsparungen in Betrieb und Unterhalt möglich. Der Neubau leistet einen Beitrag zu den Schwerpunktzielen «Zukunftsfähige Infrastrukturen» und «Innovative Bildung und Forschung».

Metropolitanraum Bodensee nimmt Fahrt auf

Der Metropolitanraum Bodensee umfasst einen Wirtschafts- und Lebensraum mit rund 750 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr als 400 000 Beschäftigten. Dazu gehören im Kern die vier Agglomerationsräume Rheintal einschliesslich Bregenz und Lindau, St. Gallen-Bodensee, Werdenberg-Liechtenstein und Wil. Alle Regionen stehen im Wettbewerb um Ansiedlungen, Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte. Um die Kräfte zu bündeln, wurden in

einer gemeinsamen Charta Ziele, Strategie und Organisation für eine verstärkte Zusammenarbeit festgehalten. Die beteiligten Akteure aus Wirtschaft und Politik unterzeichneten die Charta am 19. Februar 2020 in Bregenz. Der Metropolitanraum Bodensee soll auch im Raumkonzept Schweiz aufgenommen werden. Dies stärkt die Stellung der Ostschweiz bei regionalpolitischen Diskussionen und politischen Entscheidungen in Bern. Der Metropolitanraum Bodensee unterstützt das Schwerpunktziel «Funktionale Räume».

Pufferstreifen – auch 2019 zahlreiche Verstösse

Zusammen mit den Gemeinden kontrollierte der Kanton in 25 Gemeinden, ob beim Bewirtschaften von Landwirtschaftsland die Pufferstreifen, also die Abstände zu Gewässern, Hecken, Feld- und Ufergehölzen oder Waldrändern, eingehalten werden. Dabei stellten sie total 72 Verstösse fest. Vielfach wurden innerhalb der Pufferstreifen nicht nur Gülle oder Mist ausgebracht, sondern auch unerlaubtes Material wie Siloballen, organischer Dünger oder Grüngut gelagert. Wegen Verstössen gegen die Vorschriften wurden 2019 Direktzahlungen von rund 56 000 Franken gestrichen. Der Kanton unterstützte die Gemeinden 2018 und 2019 bei ihren Kontrollaufgaben. Die Gemeinden sind aufgefordert, die Kontrollen weiterzuführen. Der Kanton schlägt den Gemeinden vor, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Pufferstreifen von einer Kontrollorganisation unterstützen zu lassen. Die Kontrollen tragen dazu bei, das Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» zu erfüllen.

Abfälle vermeiden und verwerten

Der Kanton St. Gallen hat seine Abfallplanung aktualisiert und für den Zeitraum von 2020 bis 2025 in einem umfangreichen Bericht festgehalten. Die Hauptziele ergeben sich aus den Grundsätzen der Abfallbewirtschaftung in der Schweiz: Abfälle werden vermieden, Kreisläufe werden geschlossen und die umweltgerechte Entsorgung ist sichergestellt. Die Abfallplanung 2020 legt Schwerpunkte in mehreren Bereichen der Abfallwirtschaft fest. Bei den Siedlungsabfällen geht es darum, die korrekte Finanzierung der Entsorgung sicherzustellen. Die Kapazitäten der Kehrichtverbrennungsanlagen sind langfristig und bedarfsgerecht zu planen und festzulegen. Für Bauten sollen vermehrt Recyclingbaustoffe verwendet werden. Damit können mineralische Bauabfälle wie zum Beispiel Ziegelsteine in den Kreislauf zurückfliessen.

Gemeinden unterstützen

«AutobahnanschlussPlus»

Die Stimmbevölkerung in der Stadt Rorschach und der Gemeinde Goldach sagte im November 2019 Ja zum Projekt «AutobahnanschlussPlus». Das Projekt umfasst einen neuen Autobahnanschluss, eine neue Kantonsstrasse zum See und zahlreiche Begleitmassnahmen. Der Verkehr soll künftig auf die neue Kantonsstrasse verlagert und schnellstmöglich auf die Autobahn geführt werden. Dies entlastet die Zentren von Rorschach und Goldach vom Verkehr. Gleichzeitig planen Kanton und Gemeinden eine Vielzahl an Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr. Mit der Realisierung dieses Strassenbauvorhabens trägt das Projekt dazu bei, das Schwerpunktziel «Zukunftsfähige Infrastruktur» zu erreichen.

«Mit dem Projekt «AutobahnanschlussPlus» sollen separate und sichere Verkehrswege für Fussgänger, Autos, Velos und den öV entstehen.»

Velobrücke Buchs–Vaduz eröffnet

Im Juni 2019 eröffnete der Verein Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein die neue Fuss- und Velobrücke zwischen Buchs und Vaduz. Träger des Vereins sind die sechs Werdenberger und elf Liechtensteiner Gemeinden, die Gemeinde Sargans sowie der Kanton St. Gallen und das Fürstentum Liechtenstein. Die Brücke besteht aus Beton, Stahl und Edelstahl und hat eine Spannweite von 152 Metern. Mit der neuen Brücke über den Rhein entstand eine schnelle, direkte und ungefährliche Verbindung für den Fuss- und



Die neue Velobrücke zwischen Buchs und Vaduz schafft eine sichere und direkte Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr (Daniel Schwendener, Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein).



Erste Visualisierungen lassen erahnen, wie das Portal des Autobahnanschlusses in Rorschach aussehen könnte.



Veloverkehr. Der Kanton St. Gallen beteiligte sich mit werkgebundenen Beiträgen von 1,14 Millionen Franken an den Gesamtkosten von rund 4,6 Millionen Franken. Dieses Projekt dient dem Schwerpunktziel «Zukunftsfähige Infrastrukturen».

Bestvariante für den Zubringer Güterbahnhof festgelegt

Das Bundesamt für Strassen Astra, die Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden, die Stadt St. Gallen und die Gemeinde Teufen haben sich 2019 auf eine Bestvariante für den Zubringer Güterbahnhof in der Stadt St. Gallen geeinigt. Der Zubringer Güterbahnhof setzt sich gemäss Bestvariante aus dem Tunnel Feldli und einem unterirdischen Kreislauf zusammen, von dem der Tunnel Liebegg und die Anschlüsse an die Stadt abgehen. Der Tunnel Feldli schafft eine Verbindung zwischen der Autobahn und dem Güterbahnhof. Im Areal Güterbahnhof mündet der Tunnel Feldli in den unterirdischen Kreislauf. Vom Kreislauf sind Aus- und Einfahrten in die Geltenwilenstrasse und die Oberstrasse vorgesehen. Weiter soll der Tunnel Liebegg zwischen der Liebegg und dem unterirdischen Kreislauf das städtische Verkehrsnetz und die Quartiere vom Durchgangsverkehr entlasten. Zusammen mit dem Bau der dritten Röhre durch den Rosenberg und der Pannenstreifenumnutzung zwischen St. Fiden und Neudorf bildet der Zubringer Güterbahnhof das Gesamtprojekt Engpassbeseitigung St. Gallen des Bundesamtes für Strassen Astra. Die Realisierung des Zubringers Güterbahnhof trägt zur Erreichung des Schwerpunktziels «Zukunftsfähige Infrastruktur» bei.

Ausblick 2020

Die Themen Energie und Klima prägen auch das Jahr 2020. Der Kantonsrat behandelt in der Februar- und Aprilsession 2020 das neue Energiegesetz. Neben dem Energiegesetz erarbeitet der Kanton 2020 ein neues Energiekonzept. Mit dem Energiekonzept 2021 bis 2030 legt der Kanton Ziele und Instrumente fest, um den Energieverbrauch weiter zu reduzieren, den CO₂-Ausstoss zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Der Kanton St. Gallen verstärkt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Am 19. Februar 2020 unterzeichnen die beteiligten Akteure aus Wirtschaft und Politik die gemeinsame Charta für den Metropolitanraum Bodensee. Auch die Zusammenarbeit des Kantons St. Gallen mit der Stadt St. Gallen und Helvetia Versicherungen wird konkreter. Die Partner beabsichtigen, am Standort Union/Blumenmarkt eine gemeinsame Bibliothek zu errichten. Der Architekturwettbewerb für das Projekt «Neue Bibliothek» startet im ersten Halbjahr 2020. Nach dem Inkrafttreten im Oktober 2017 wird das Planungs- und Baugesetz 2020 in zwei Teilrevisionen überarbeitet.

7. Sicherheits- und Justizdepartement



Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und
Justizdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Auf den 1. März 2019 ist die «Neustrukturierung der Asylverfahren» in Kraft gesetzt worden. Ich durfte die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe, die dieses Riesenprojekt entwickelte und auch weiterbegleitet, zusammen mit Staatssekretär Mario Gattiker präsidieren. Die bis zu diesem Zeitpunkt teilweise Jahre dauernden und unwürdigen Asylverfahren können mit der Neustrukturierung im Interesse aller Beteiligten deutlich verkürzt und professionalisiert werden. Durch die Einsetzung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten für alle Asylsuchenden sind faire und rechtsstaatlich korrekte Verfahren trotz Verkürzung weiterhin garantiert.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Mit der Verkürzung der Verfahren kann bei jenen Asylsuchenden, die ein Bleiberecht in der Schweiz erhalten, wesentlich früher mit der Arbeitsintegration begonnen werden. Wenn damit erst nach Jahren begonnen wird, funktioniert es nicht. Damit können künftig wesentlich mehr Asylsuchende wirtschaftlich selbstständig werden und ohne Sozialhilfe leben. Dies entspricht auch einem Gebot der Menschenwürde. Schliesslich können mit der Neustrukturierung auch erhebliche Kosten gespart werden.

Wo konnte Ihr Departement sonst noch Akzente setzen?

Mit dem XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz werden die Instrumente gegen häusliche Gewalt ausgebaut: Wegweisung, Rückkehr- und Rayon-Verbote können neu auch bei Stalking ausgesprochen werden. Das Bedrohungs- und Risikomanagement bei häuslicher Gewalt wird ausgebaut. Neu sollen zudem auch extremistische Veranstaltungen verboten werden können.

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Die Totalrevision des Feuerwehrgesetzes war ein «Chnorz». Trotz Einbezug aller Stakeholder ist es zu Verzögerungen gekommen, die in der Sache nicht notwendig waren. Wir werden die Kommunikation in derart komplexen Projekten in der Zukunft wohl noch intensiver gestalten müssen.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Wir werden die präventive Arbeit der Kantonspolizei noch einmal verstärken. Wir werden darüber hinaus die interkantonale Zusammenarbeit unter den Kantonspolizeikörpern und den Staatsanwaltschaften in der Ostschweiz überdenken und verstärken müssen. Unser föderales System wird auf neue Herausforderungen in der Cyber-Crime und Wirtschaftskriminalität sowie in der organisierten Kriminalität nur dann adäquat reagieren können, wenn nicht mehr alle Kantone alles selbst machen. Spezialisierung ist gefordert. Die Sicherheitslandschaft Ostschweiz muss dazu neu gestaltet werden.

Sicherheit beginnt mit Prävention

Die Schwerpunktplanung der Regierung strebt ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem an. Dazu gehören nicht nur das Aufdecken, Beurteilen und Bestrafen, sondern auch das Verhindern strafbarer Handlungen sowie das Erkennen krimineller Entwicklungen. In Zeiten von insgesamt rückläufigen Zahlen in der Kriminalstatistik und bei weitgehend ruhiger Asylsituation stand das Jahr 2019 im Sicherheits- und Justizdepartement im Zeichen der Präventionsarbeit. Diese wird auch die Zukunft prägen.

In der polizeilichen Arbeit zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab. Früher galt oft die resignative Feststellung: «Solange nichts passiert ist, können wir nichts machen.» Die Leitlinie polizeilichen Handelns ändert sich vermehrt zu: «Solange nichts passiert ist, können wir noch etwas machen.» Nach diesem Grundsatz hat die Kantonspolizei St. Gallen, gestützt auf gute Erfahrungen anderer Polizeikorps, eine neue Abteilung mit dem Namen Bedrohungs- und Risikomanagement aufgebaut. Ihre Hauptaufgabe ist es, zielgerichtet schwere Gewalttaten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Bedrohungs- und Risikomanagement: Gewaltschutz proaktiv angehen

Sei es bei häuslicher Gewalt oder Stalking, bei allgemeinen Drohungen, in Konfliktsituationen mit Eskalationspotenzial, bei extremistischen oder sonstigen auffälligen Personen – in all diesen Fällen soll ein proaktiver Gewaltschutz zum Tragen kommen. Damit wird, im Sinn des Schwerpunktzels «Umfassende Sicherheit», die Gewaltprävention professionalisiert und gestärkt.

«Das wichtigste Instrument ist die sogenannte Gefährderansprache, bei der mit potenziellen Risikopersonen proaktiv und auf freiwilliger Basis das Gespräch gesucht wird.»

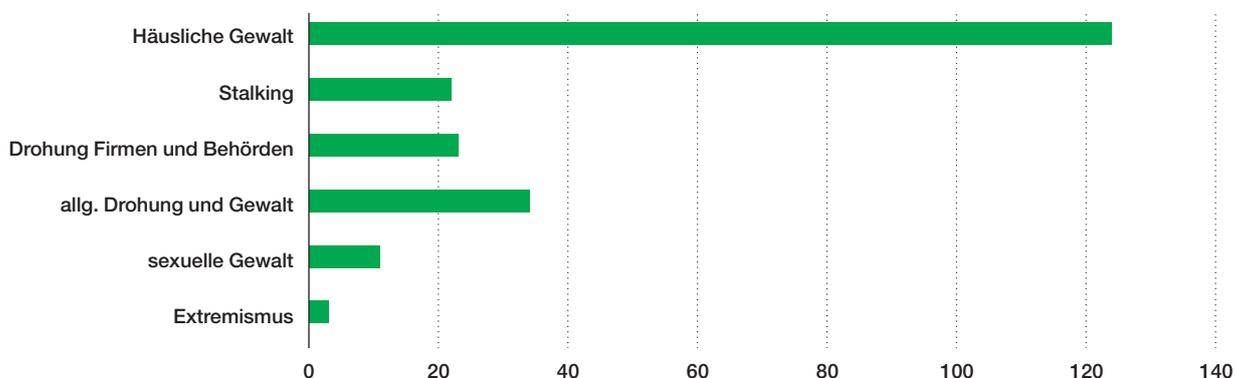
Das vierköpfige Team des Bedrohungs- und Risikomanagements besteht aus erfahrenen Polizistinnen und Polizisten. Sie arbeiten nach der «3-E-Strategie», also dem Erkennen, dem Einschätzen und dem Entschärfen von Risikosituationen. Das wichtigste Instrument ist die sogenannte Gefährderansprache, bei der mit potenziellen Risikopersonen proaktiv und auf freiwilliger Basis das Gespräch gesucht wird. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv, da die Gesprächsbereitschaft der kontaktierten Personen bei fast 100 Prozent liegt.

Die Begleitung von möglichen Risikopersonen sowie die Vernetzung mit Beratungsstellen, sozialen Diensten, der Opferhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, dem Frauenhaus und weiteren Partnerorganisationen dienen dazu, erkennbare Risikofaktoren zu minimieren und Gefährdungssituationen zu entschärfen, bevor sie eskalieren. Auch die Kontaktaufnahme mit gefährdeten Personen hat sich bewährt und als sehr wichtig erwiesen. Bedrohte oder gefährdete Personen sind häufig in einer Ausnahmesituation und ihr subjektives Sicherheitsgefühl fällt oftmals ins Bodenlose. Psychische Beeinträchtigungen oder Angstzustände, die bis zu Krankheiten oder Kündigungen führen können, sind häufig feststellbar. Die polizeiliche Begleitung und Beratung dieser Personen führt dazu, dass sie sich wieder sicherer und ernst genommen fühlen.

Die stark gestiegenen Fallzahlen von 37 im Jahr 2017 auf 217 im vergangenen Jahr zeigen das grosse Bedürfnis nach dieser professionellen Abteilung. Ab Februar 2020 wird das Team durch eine forensische Rechtspsychologin verstärkt,

Bedrohungs- und Risikomanagement:

Statistik 2019



Das neue Team des Risiko- und Bedrohungsmanagements:
(v. l. n. r.) Peter Gantner, Sara Bühlmann, Janine Schönholzer,
Manuel Niederhäuser (Leiter).

die langjährige Erfahrung im Bereich von Gewalt- und Sexualstraftätern mitbringt. Zweifelsohne wird damit eine weitere Qualitätssteigerung in der präventiven polizeilichen Gewaltschutzarbeit erreicht werden können.

Sicherheitsverbundübung 2019: langanhaltende Terrorlage bewältigen

Zum zweiten Mal nach 2014 fand im November 2019 eine gesamtschweizerische Sicherheitsverbundübung (SVU) statt. Ziel der 52-stündigen Übung war es, die Strukturen, die Organisation und die Abläufe des Sicherheitsverbunds Schweiz zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Der Sicherheitsverbund Schweiz bündelt alle sicherheitspolitischen Instrumente des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Er erleichtert die Konsultation und die Koordination von Entscheidungen, Ressourcen und Massnahmen von Bund und Kantonen im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Die SVU 19 vom November 2019 sollte insbesondere zeigen, wie die föderale Schweiz eine länger andauernde Terrorbedrohung bewältigen kann. Dabei mussten die über siebzig mitwirkenden Stäbe, Bundesstellen, Kantone, Städte und kritischen Infrastrukturen zeigen, ob sie einsatzbereit und durchhaltefähig sind und wie sie in einer angespannten Lage zusammenarbeiten. Das Szenario beinhaltete Cyber-Attacken, Angriffe auf Personen des öffentlichen Lebens und auf kritische Infrastrukturen, erpresserische Forderungen sowie effektive und drohende Anschläge. Diese Lage forderte besonders Polizei, Gesundheitswesen, Informatik, Kommunikation, technische Dienste, Feuerwehr und Zivilschutz.

«Das Szenario der SVU 19 beinhaltete Cyber-Attacken, Angriffe auf Personen des öffentlichen Lebens und auf kritische Infrastrukturen, erpresserische Forderungen sowie effektive und drohende Anschläge.»

Das Übungsszenario im Hinblick auf die SVU 19 setzte bereits im April 2018 ein. Es eskalierte schweizweit kontinuierlich und wurde den Teilnehmenden gestaffelt in vier Lageberichten von April 2018 bis September 2019 unterbreitet. In den sechs Monaten zwischen den jeweiligen Berichten konnten im Kanton St. Gallen das Sicherheits- und Justizdepartement, die Kantonspolizei und der Kantonale Führungsstab jeweils ihre Planungen und Strategien anpassen, die notwendigen Massnahmen planen und sich

Sicherheitspolizeiliche Einsätze der Kantonspolizei 2015–2019

	2015			2016			2017			2018			2019		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona Lakers	6485	772	28	882	105	3	2092	249	7	4250	506	8	3041	362	6
FC St. Gallen	2461	293	12	2024	241	10	2058	245	11	2243	267	11	2150	256	12
FC Wil	1764	210	9	2629	313	6	2890	344	7	1789	213	5	2461	293	6
FC Vaduz	2965	353	14	865	103	5	0	0	0	84	10	1	176	21	1
Länderspiele AFG Arena	0	0	0	227	27	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	521	62	3	1982	236	3	1176	140	1	0	0	0	0	0	0
Jahrestotal	14196	1690	66	8609	1025	28	8216	978	26	8366	996	25	7828	932	25

h Stunden MA Mitarbeitende E Einsätze

auf die Lageentwicklung vorbereiten. Auf dem Höhepunkt der Übung liess sich die Regierung im Verwaltungsschutzbau über die Situation und die getroffenen Massnahmen unterrichten.

Die Übung brachte wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die interkantonale Bewältigung dieser komplexen Notlage. Die Strategie des Kantons beruhte vornehmlich auf Massnahmen des Schutzes von Personen und Objekten, präventiven Massnahmen im Rahmen von Ermittlungen und Cyber-Schutz, der Kommunikation sowie der Bewältigung der Auswirkungen von Ereignissen. Während sich die Kantonspolizei durch Verzichtplanung personelle Ressourcen zur Bewältigung der Terrorbedrohung verschaffte, hat sich der Bevölkerungsschutz in Zusammenarbeit mit der Armee mithilfe von Eventualplanungen und vorbehaltenen Entschlüssen auf eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten vorbereitet.

Aufgrund der ersten Erkenntnisse der SVU 19 kann festgehalten werden, dass sowohl die schweizweite Zusammenarbeit der Polizeikörper trotz der föderalistischen Strukturen wie auch die Kooperation der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes innerhalb der Region Ostschweiz gut funktionieren. Es zeigte sich aber auch, dass eine koordinierte, zeitgerechte und sachgemässe Kommunikation von zentraler Bedeutung ist, was namentlich in der Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Bundes ein gewisses Verbesserungspotenzial offenlegte. Der Abschlussbericht des Bundes, in dem die aus der Übung gewonnenen Erkenntnisse vorgestellt werden, wird voraussichtlich Mitte 2020 veröffentlicht.



Konzentrierte Arbeit bei der Lagebesprechung im Führungsraum während der SVU 19.

Gesetz über den Feuerschutz: Vorbereiten ist besser als Löschen

Das bisherige Gesetz über den Feuerschutz ist über fünfzig Jahre alt. Die Rahmenbedingungen im Brandschutz und im Feuerwehrewesen sind daher nicht mehr zeitgemäss. Sowohl die Regeln der Baukunst als auch die Anforderungen an die Feuerwehren haben sich in dieser Zeit stark verändert. Die Regierung erachtete deshalb die Zeit als reif, dem Kantonsrat ein neues Gesetz über den Feuerschutz vorzulegen.

Das totalrevidierte Gesetz soll Strukturen und Verfahren vereinfachen. So erhalten die Gemeinden weitgehende Organisationsautonomie im gesamten Feuerschutzbereich, und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird



Der Kanton ist neu für die Grundausbildung aller Angehörigen der Feuerwehr zuständig.

© by Chris Mansfield/Leo Bösinger

von Doppelpurigkeiten entlastet. So ist beispielsweise der Kanton neu für die Grundausbildung aller Angehörigen der Feuerwehr zuständig. Im baulich-technischen Brandschutz erfolgt eine Anpassung an die liberalisierten schweizerischen Brandschutzvorschriften. Im Feuerwehrewesen wird das Milizsystem gestärkt, gleichzeitig aber auch die Flexibilität für die Angehörigen der Feuerwehr erhöht. Für besonders teure Einsatzgeräte wie zum Beispiel Autodrehleitern kann die Regierung Stützpunkte bilden.

Bei der Gesetzesberatung verlangte der Kantonsrat anlässlich der ersten Lesung, den Grundsatz der Verhältnismässigkeit bei brandschutztechnischen Massnahmen im Gesetz zu verankern. In einer Nachtragsbotschaft ergänzte und erläuterte die Regierung den Gesetzesentwurf und konkretisierte die vom Kantonsrat gewünschten offenen Punkte. Damit war der Weg frei für die Verabschiedung des neuen Gesetzes über den Feuerschutz in der Novembersession 2019. Es wird am

1. Januar 2021 in Vollzug treten. Bis dahin ist noch das ausführende Verordnungsrecht zu erlassen und die praktische Einführung, insbesondere die Umsetzung des Stützpunktkonzepts in Absprache mit den Gemeinden, vorzubereiten.

Interkantonale Strafverfolgung: Föderalismus überwinden

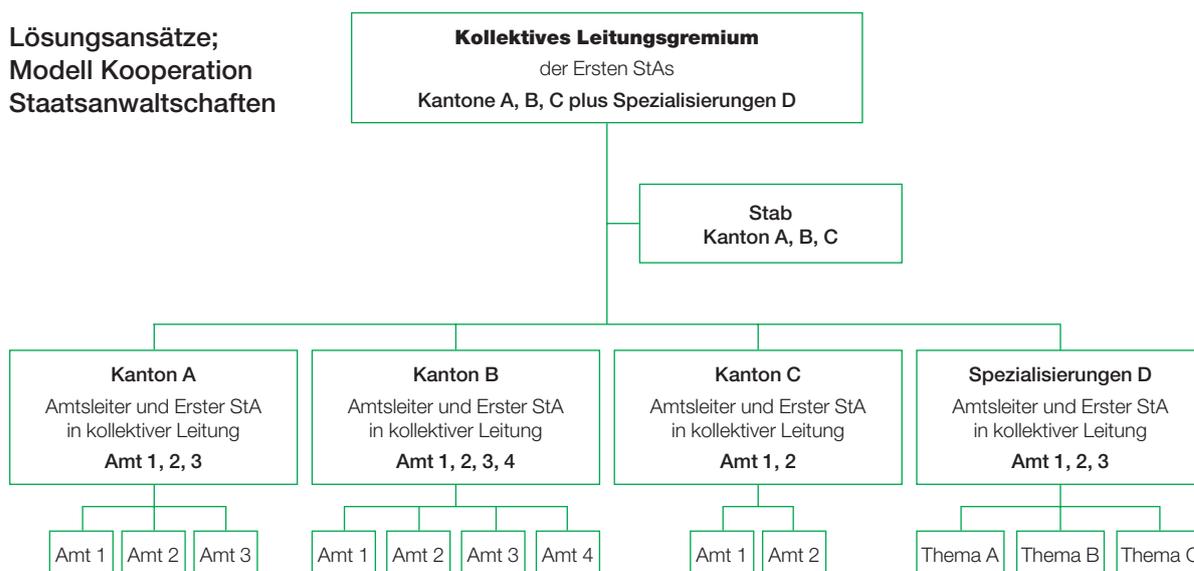
In der Strafverfolgung zeigt die jüngere Vergangenheit, dass sich die Staatsanwaltschaften mit immer komplexeren Verfahrensstrukturen, steigender Internationalität, wachsendem Ermittlungsaufwand sowie einer unübersichtlicheren und volatileren Gesetzeslandschaft konfrontiert sehen. Die Entwicklung wird nicht innehalten, sondern sich beschleunigen, wobei der grosse Treiber die zunehmende Komplexität der Straftaten und der Verfahren ist. Zwar haben die Kantone ihre Strukturen in der Strafverfolgung professionalisiert und Spezialisierungen mit Blick auf komplexe Phänomene eingerichtet. Die föderative Struktur der Schweiz und die Kleinräumigkeit führen indessen dazu, dass kleinere Kantone diese Entwicklungen nicht mehr mitgehen können, da sie die Ressourcen für die notwendigen Spezialisierungen nicht bereitstellen können. Zudem ist der Arbeitsmarkt gerade mit Blick auf gewisse Spezialisierungen (Wirtschaftsdelikte, Cyber-Kriminalität, Sozialversicherungsbetrug) ausgetrocknet.

Damit die Täterschaften diese «Lücken» nicht ausnützen können, muss über die Organisationsstruktur von Funktionen, die eine hohe Spezialisierung oder eine teure Infrastruktur erfordern, nachgedacht werden. Eine Konzentration über die Kantonsgrenzen hinaus erscheint zwingend: Das grössere Fallvolumen bringt mehr Erfahrung und generiert Wissen. Der Wissensaustausch innerhalb der Spezialisierung wird direkter und umfassender. Die Verfügbarkeit von Spezialistinnen und Spezialisten wächst, und teure technische Infrastruktur wird besser ausgelastet. Mit der Attraktivität spezialisierter Arbeitsbereiche entstehen neue Laufbahnmöglichkeiten und es steigt die Chance, kompetente Fachkräfte zu finden. Auch kann die nationale und internationale Anbindung einfacher erfolgen.

«Die Regierung will die Strafverfolgung bei komplexen Fallstrukturen durch eine gewisse Zentralisierung, ereignisbezogene Lösungen, Netzwerkverbindungen oder vertragliche Lösungen fokussieren.»

Im Sinn der Schwerpunktziele «Funktionale Räume» und «Umfassende Sicherheit» unterstützt die Regierung die

**Lösungsansätze;
Modell Kooperation
Staatsanwaltschaften**



Bestrebungen der St. Galler Staatsanwaltschaft, die Strafverfolgung bei komplexen Fallstrukturen in Konkordats- oder anderen funktionalen Räumen durch eine gewisse Zentralisierung, ereignisbezogene Lösungen, Netzwerkverbindungen oder vertragliche Lösungen zu fokussieren. Dabei sind die Angst vor Machtverlust, ein vorgeschobener Minderheitenschutz, eine unsachliche Interpretation des Föderalismus oder Zweifel an der grundsätzlichen Machbarkeit unbegründete Widerstände, die auf der Idee beruhen, dass es ja bis jetzt auch funktioniert hat.

Ein künftiges Modell für die skizzierte Neuorganisation zeigt die Grafik. Es handelt sich im Wesentlichen um eine dem Organisationsmodell des Kantons St. Gallen nachgebildete Struktur, die gleichsam eine Ebene höher transponiert wird.

Ausblick 2020

Mit dem Bericht «Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» (40.19.04) hat die Regierung im Sinn des Schwerpunktziels «Umfassende Sicherheit» die Grundlagen für die entsprechende Thematik geschaffen und auch eine Anlaufstelle als «single point of contact» bezeichnet. Nach der parlamentarischen Beratung 2020 werden die Massnahmen zu evaluieren und zu etablieren sein. Die Verstärkung der präventiven Polizeiarbeit, auch in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen, wird Gegenstand eines XIV. Nachtrags zum Polizeigesetz sein, der 2020 einer breiten Vernehmlassung unterstellt wird. Und schliesslich wird die Regierung im ersten Halbjahr 2020 eine kantonale Cyber-Schutz-Strategie verabschieden, welche die Rollen und Aufgaben der Regierung im Bereich des Cyber-Schutzes aufzeigen wird (entsprechend den Schwerpunktzielen «Umfassende Sicherheit» und «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung»).

Ausländerbestand steigt weiter

Ausländerbestand im Kanton St. Gallen

	2017	2018	2019
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	118284	119834	122375
– davon: EU-28/EFTA (Freizügigkeitsabkommen)	68297	69562	71464
– davon: Drittstaaten	49987	50272	50911
Grenzgänger (gemäss Grenzgängerstatistik)	9113	9146	9200
Grenzgängerbewilligungen	11504	11545	11689

Integrationsvereinbarungen Kanton St. Gallen

	2017	2018	2019
Geführte Integrationsgespräche	537	585	913
Total abgeschlossene Integrationsvereinbarungen, davon:	510	568	868
IntV Familiennachzug	250	276	852
IntV mit vorläufig aufgenommenen Personen	239	278	0
IntV mit Brückenpersonen	1	3	0
IntV mit bereits anwesenden Drittstaatsangehörigen	20	11	16

Zwangsmassnahmen Kanton St. Gallen

	2017	2018	2019
Eingrenzungen	16	15	136
Ausgrenzungen	18	20	14
Ausschaffungen nach AIG (ohne Dublin)	286	266	214
Ausschaffungen nach AsylG (ohne Dublin)	49	52	24
Dublin-Ausschaffungen (Asyl und AIG)	86	98	51
Total Ausschaffungen	421	416	289

8. Gesundheitsdepartement



Regierungspräsidentin
Heidi Hanselmann
Vorsteherin Gesundheitsdepartement

Was war Ihr berufliches Highlight im Jahr 2019?

Ein besonderer Augenblick war die Wahl zur Präsidentin der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK. Viele Fragen zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen müssen auf nationaler Ebene angegangen werden. Die GDK ist dabei eine wichtige Stimme. Die Kosten dürfen nicht nur verschoben, sondern müssen wirksam gedämpft werden, das heisst, die Finanzierungssystematik muss überdacht werden. Ein weiterer Fokus liegt auf der Stärkung der koordinierten Versorgung und der Sensibilisierung der Bevölkerung für psychische Gesundheit. Diesem Thema habe ich denn auch mein Präsidialjahr als Regierungspräsidentin gewidmet.

Wie profitierte die Bevölkerung davon?

Als Gesundheitsdepartement haben wir einen Erste-Hilfe-Kurs für die psychische Gesundheit lanciert. Der Kurs passt ausgezeichnet zum Motto meines Präsidialjahres «Wie geht's dir?». Diese Frage wird im Alltag oft als Floskel benutzt. Wenn man aber interessiert nachhakt, kann ein offener Austausch über psychische Gesundheit gelingen. Die ersten Kurse waren ein voller Erfolg, sodass sie nun regelmässig angeboten werden.

Wo konnte das Departement sonst noch Akzente setzen?

Gegen Ende des Jahres fanden wichtige Gespräche zwischen den Ostschweizer Kantonen (AR, AI, GR, GL und SG) statt. Aufgrund derer können wir nun eine Absichtserklärung für eine gemeinsame Spitalplanung unterschreiben. Mit dem revidierten Hundegesetz wiederum ist es uns gelungen, die Gemeinden mit einem einheitlichen Vollzug bei auffälligen und gefährlichen Hunden zu entlasten. Erfreuliche Schritte sind auch die Aufnahme des Geburtshauses St. Gallen auf die Spitalliste und die neue Homepage «St. Gallen impft».

Was hätte im Jahr 2019 besser funktionieren können?

Die Diskussionen rund um die Weiterentwicklung der Spitalstrategie und die Stabilität der Zugverbindungen zwischen St. Gallen und Bern.

Wo wollen Sie im Jahr 2020 Schwerpunkte setzen?

Anfang 2020 soll mit unseren Nachbarkantonen eine Absichtserklärung unterzeichnet werden, die einen Projektauftrag für eine gemeinsame Spitalplanung zur Folge haben wird. Dies ist ein wichtiger Schritt für die ganze Ostschweiz. Ein weiterer Fokus liegt auf der Stärkung der koordinierten Versorgung im Kanton St. Gallen und auf dem Abschluss der Weiterentwicklung der Spitalstrategie. Denn damit erhalten die Mitarbeitenden in den Spitälern endlich wieder Sicherheit.

Gesundheitsversorgung sorgfältig weiterentwickeln

Das Jahr 2019 brachte viel Neues für die Gesundheitsversorgung im Kanton: einen Erste-Hilfe-Kurs für die psychische Gesundheit, eine Impf-Homepage, die online ging, und schliesslich das Geburtshaus St. Gallen, das auf die Spitalliste aufgenommen wurde und sehr erfolgreich gestartet ist. Zudem hat die Regierung im Projekt «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» die Botschaft mit dem Konzept «4plus5» in die Vernehmlassung geschickt.

Der Lenkungsausschuss zur Weiterentwicklung der Spitalstrategie hat im letzten Jahr 17 Mal getagt. Parallel dazu wurden Gespräche mit den betroffenen Anspruchsgruppen geführt, sind Gutachten erstellt und Berechnungen durchgeführt worden. Ein Team aus Expertinnen und Experten hat die vielen Fragen von Regierung, Kantonsrat, Parteien, Standortgemeinden und der Ärzteschaft beantwortet und einen umfassenden Bericht mit Entscheidungsgrundlagen erstellt.

«Die Weiterentwicklung der St. Galler Spitalstrategie war 2019 eine der grossen Herausforderungen. Das Thema wird die St. Galler Politik auch 2020 beschäftigen.»

Der Lenkungsausschuss liess alternative Nutzungskonzepte für die Standorte Rorschach, Altstätten, Walenstadt, Wattwil und Flawil entwickeln, und der Spitalverwaltungsrat vertiefte das Grobkonzept. Nach eingehender Prüfung aller Varianten entschied sich die Regierung für das sogenannte Konzept «4plus5». Dieses weist vier Spitalstandorte und fünf regionale Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) auf. Die GNZ gewährleisten einen durchgehenden Notfall-

betrieb während 24 Stunden und an 365 Tagen im Jahr und verfügen über ein kleines Bettenangebot für stationäre Kurzaufenthalte.

Diesen Botschaftsentwurf schickte die Regierung im Oktober 2019 in die Vernehmlassung. Auf Grundlage der Vernehmlassungsantworten nahm die Regierung in einigen Themenfeldern massgebliche Anpassungen der Vorlage vor und leitete sie Ende Februar 2020 dem Kantonsrat zu. Dieses Projekt des Gesundheitsdepartementes leistet einen Beitrag zur Erfüllung der Schwerpunktziele «Zukunftsfähige Infrastruktur» und «Zukunftsorientierte Reformen».

Papierröhrli mit unerwünschten Inhaltsstoffen

Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen AVSV hat 2019 verschiedene Papiertrinkhalme auf unerwünschte Inhaltsstoffe aus Papier und Bedruckung sowie auf Eigengeschmack getestet. Dabei hat sich gezeigt, dass die Hälfte der Papiertrinkhalme Eigengeschmack auf das Getränk übertragen, und zwar in einem Ausmass, das lebensmittelrechtlich zu beanstanden ist. Bei fast zwei Drittel der Trinkhalme war zudem die Papierqualität ungenügend. Zudem zeigte sich bei der Hälfte der Proben, dass minimale Bestandteile der Bedruckung in das Getränk gelangen. Die gesundheitlichen Risiken dieser Bestandteile sind bis dato nicht bekannt. Dementsprechend kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten gefährden.

Die Importeure und Hersteller dieser Trinkhalme sind informiert worden. Sie mussten darlegen, wie künftig qualitativ sicherere Papiertrinkhalme produziert werden können. Für zwei Produkte musste nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen gar ein Verkaufsverbot ausgesprochen werden.

Die Schweinepest rückt näher

Die Afrikanische Schweinepest ASP zählt zu den hochansteckenden Tierseuchen und betrifft sowohl Wild- wie auch Hausschweine. Seit einigen Jahren ist die Seuche in Osteuropa auf dem Vormarsch und könnte auch die Schweiz erreichen. Der Bund hat deshalb Anfang September 2019 Weisungen erlassen, die das Vorgehen festlegen, wenn in der Schweiz erstmals infizierte Wildschweine gefunden werden. Für die Umsetzung der Weisungen ist im Kanton St. Gallen das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen AVSV zuständig. Um gegen eine allfällige Ausbreitung der ASP auf Kantonsgebiet gewappnet zu sein, hat das Amt in einem Workshop die Umsetzung der Massnahmen anhand eines fiktiven Ausbruchs der Krankheit durchgespielt. Am Workshop waren auch die St. Galler Jagd-, Forst- und Landwirtschaftsbehörden, der St. Galler Bauernverband, die Transportbranche, Schweineproduzenten, Vermarktungs- und Beratungsorganisationen und das zuständige Bundesamt beteiligt.

«Da die Schweinepest eine grosse Gefahr darstellt, sind Vorbereitungen für den Ausbruch der Krankheit bereits getroffen worden.»

Bei einem Ausbruch der Krankheit in der Schweiz werden beispielsweise Wildtierpassagen gesperrt, Jägerinnen und Jäger suchen den Wald nach weiteren toten Tieren ab. Tierhalterinnen und -halter müssen die Zäune kontrollieren, damit ihre Schweine keinen Kontakt zu Wildschweinen bekommen.

Die ASP wird von Tier zu Tier übertragen und kann für Schweine tödlich enden. Weil das Virus lange ansteckend bleibt, kann der Erreger auch über Geräte, Lastwagen oder weggeworfene Fleischwaren übertragen werden. Für den Menschen ist die Krankheit nicht gefährlich. Der Mensch ist aber massgeblich für die Verbreitung der Seuche verantwortlich (Reisen, Jagdtourismus, Einführen von Proviant aus von ASP betroffenen Ländern).

Trinkhalme aus Kunststoffalternativen wie Papier sind im Trend.



Einblick in den interdisziplinären Workshop mit Kantonstierarzt Albert Fritsche.

Geburtshaus St. Gallen: neues Angebot schliesst Lücke

2011 schloss das Geburtshaus Artemis in Steinach. Seither gab es in der Ostschweiz kein Geburtshaus mehr mit stationärem Angebot. Im Kanton St. Gallen konnten Frauen nur noch im Spital oder zu Hause gebären.



Das neu eröffnete Geburtshaus in St. Gallen bietet schwangeren Frauen eine Alternative zur Geburt im Spital.
(Bild: Geburtshaus St. Gallen, Thomas Egger)

Vier Hebammen gründeten deshalb das Geburtshaus St. Gallen und stellten im Herbst 2018 den Antrag, das Geburtshaus auf die Spitalliste zu nehmen. Das Gesundheitsdepartement prüfte das neue Angebot, die Regierung bewilligte den Antrag und setzte das Geburtshaus per 1. April 2019 auf die Spitalliste. Das bedeutet, dass die

Geburt und der anschliessende Wochenbettaufenthalt im Geburtshaus vollumfänglich von der Krankenkasse bezahlt werden.

Das Geburtshaus richtet sich an gesunde schwangere Frauen, die sich eine natürliche, interventionsarme Geburt



Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann kümmert sich um das psychische Wohlbefinden der St. Galler Bevölkerung.

Präsidentialjahr von Heidi Hanselmann: psychische Gesundheit im Fokus

Jede zweite Person erkrankt im Laufe ihres Lebens mindestens einmal an einer psychischen Erkrankung. Fast alle Menschen kennen in ihrem persönlichen Umfeld Personen, denen es psychisch nicht gut geht oder denen es eine Zeit lang nicht gut gegangen ist.

Wie der Körper kann auch die Psyche gestärkt und gepflegt werden. Heidi Hanselmann hat ihr Präsidentialjahr darum der psychischen Gesundheit gewidmet und stellte es unter das Motto «Wie geht's dir?». Dies in Anlehnung an die gleichnamige Kampagne, die im Auftrag von Gesundheitsförderung Schweiz von den Deutschschweizer Kantonen und Pro Mente Sana durchgeführt wird.

Heidi Hanselmann hat in ihrem Präsidentialjahr Gemeinden besucht und Anlässe durchgeführt mit dem Ziel, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und sie für die psychische Gesundheit zu sensibilisieren.

wünschen und bei denen ein Risiko für Geburtskomplikationen vorgängig ausgeschlossen werden kann. Auch das Wochenbett können die Frauen gemeinsam mit ihren Partnern im Geburtshaus verbringen. Das Geburtshaus liegt in unmittelbarer Nähe des Kantonsspitals und des Ostschweizer Kinderspitals. Dies ist wichtig, damit Frauen bei allfälligen Komplikationen rasch verlegt werden können.

«Die vielen Babys, die im Geburtshaus das Licht der Welt erblicken, zeigen, dass dieses Angebot einem Bedarf entspricht.»

Das neue Angebot stösst auf grossen Zuspruch. Ursprünglich haben die Gründerinnen mit 80 Geburten im ersten Geschäftsjahr gerechnet. Nun haben in den ersten neun Monaten bereits über 140 Babys im Geburtshaus das Licht der Welt erblickt. Um den Ansturm zu bewältigen, sind bereits zusätzliche Hebammen angestellt worden.

Erste Hilfe für die Psyche

Das Gesundheitsdepartement lancierte 2019 den ersten Erste-Hilfe-Kurs für die psychische Gesundheit im Kanton St. Gallen. Der Kurs ist vergleichbar mit Nothelferkursen für körperliche Beschwerden. Das Konzept der sogenannten Ensa-Kurse basiert auf dem australischen Programm «Mental Health First Aid» und wurde Anfang 2019 von Pro Mente Sana für die Schweiz adaptiert. Das Wort «ensa» bedeutet «Antwort», es stammt aus einer der über 300 Sprachen der australischen Ureinwohner.

Die erste Ausgabe des Kurses wurde Kadermitarbeitenden des Kantons angeboten, denn Vorgesetzte übernehmen eine wichtige Rolle, wenn es um das Erkennen von psychischen Problemen geht. Weil das Interesse am Kurs sehr gross war, wird das Angebot in der kantonalen Verwaltung nun regelmässig durchgeführt. Auch die Bevölkerung soll profitieren. Ab August 2019 wurden die «ensa»-Kurse auch für die Öffentlichkeit angeboten. Sie vermitteln Basiswissen zu verschiedenen psychischen Problemen und Krisen. Den Teilnehmenden wird ausserdem aufgezeigt, wie man Menschen, denen es nicht so gut geht, ansprechen und unterstützen kann. Dieses Kursangebot trägt zum Schwerpunktziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung» bei.

Impf-Homepage

«Wir machen das – St. Gallen impft!»

Infektionskrankheiten wie Masern, Keuchhusten oder Starrkrampf können für die Betroffenen schwere Folgen haben. 2019 sind in der Schweiz mehr als 200 Menschen an Masern erkrankt. Das sind fast sechs Mal so viele wie im Vorjahr (Stand 8. Oktober 2019). Zwei der mit Masern erkrankten Menschen sind an den Folgen der Infektion gestorben.

Der Kanton St. Gallen engagiert sich schon lange für eine gute Durchimpfung der Bevölkerung. Denn Impfungen gehören zu den wirksamsten und kostengünstigsten medizinischen Präventionsmassnahmen. Laut einer aktuellen Studie des Bundesamts für Gesundheit bekundet jedoch jede fünfte Person Schwierigkeiten damit, Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Impfen zu treffen. Gemäss der Studie ist es wichtig, die Bevölkerung vermehrt über die Grundlagen des Impfens zu informieren.

«Es ist wichtig, den Menschen aufzuzeigen, weshalb ein guter Impfschutz im Interesse aller ist.»

Genau hier setzt www.sg-impft.ch an: Gemeinsam mit Partnern aus der Ostschweiz hat das Amt für Gesundheitsvorsorge des Kantons St. Gallen im September eine Infor-

mationsseite für alle Interessierten aufgeschaltet. In kurzen Videoclips gibt Impfexpertin Dr. med. Anita Niederer-Loher, Kinder- und Jugendärztin und Infektiologin, einfache und verständliche Antworten auf die häufigsten Fragen rund um das Thema Impfen. Weitere Aktivitäten wie City-Screens, Videos in öffentlichen Verkehrsmitteln und den sozialen Medien sind geplant, um die Bevölkerung auf das Thema aufmerksam zu machen. Mit der Umsetzung der Kampagne erfüllt das Gesundheitsdepartement das Schwerpunktziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung».

Ausblick 2020

Der politischen Prozess zur Weiterentwicklung der Spitalstrategie geht 2020 weiter. Im Frühling wird sich der Kantonsrat mit der Botschaft befassen. Voraussichtlich im Herbst sollen dazu verschiedene Abstimmungen stattfinden. Ein Fokusthema wird die Stärkung der koordinierten Versorgung sein. Koordinierte Versorgung führt zu Behandlungsplänen über die ganze Behandlungskette und damit auch zu tieferen Kosten. Im Kanton St. Gallen gibt es bereits einige erfolgreiche Projekte. Damit sich der Ansatz flächendeckend durchsetzt, sollen weitere regionale Projekte gefördert werden. Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen startet eine Kampagne zur Qualität von Tattoo-Farben. Es nimmt in der zweiten Jahreshälfte bei Importeuren von Tattoo-Farben und in Tätowierstudios Farbproben und untersucht diese auf verbotene Stoffe und Verunreinigungen. Das Amt für Gesundheitsvorsorge unterstützt 2020 die Einführung eines Darmkrebs-Screenings für Männer und Frauen zwischen 50 und 70 Jahren.



Der Kanton St. Gallen, die kantonale Ärztesgesellschaft und weitere Partner informieren auf der Website www.sg-impft.ch über das Impfen.

St. Galler Interessen aktiv vertreten

Der Kanton St. Gallen durfte 2019 mehrere Erfolge verzeichnen, was seine Interessensvertretung auf nationaler und überkantonaler Ebene betraf. Insbesondere in Gesundheitsthemen konnten wichtige Eckpunkte gesetzt werden. Aber auch auf dem internationalen Parkett war der Kanton präsent und knüpfte wichtige Beziehungen.



Von Bedeutung bleibt für den Kanton St. Gallen das Geschäft der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen der Krankenversicherung (EFAS), das im Herbst 2019 vom Nationalrat behandelt wurde. Krankenversicherer und Kantone sollen ambulante und stationäre Leistungen nach den gleichen Regeln finanzieren. Für diesen Systemwechsel muss das Bundesgesetz über die Krankenversicherung angepasst werden.

Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK), die die Interessen der Kantone gebündelt vertritt, lehnt den Vorschlag des Nationalrats klar ab und fordert, dass die einheitliche Finanzierung auch die Pflegeleistungen von Spitex und Pflegeheimen miteinschliesst. Die GDK ist zusammen mit der Konferenz der Kantone (KdK) überzeugt, dass eine Kostendämpfung nur dann möglich ist, wenn die Finanzierung über die ganze Behandlungskette einheitlich erfolgt. Der Kanton St. Gallen engagiert sich durch die Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes, die auch Präsidentin der GDK ist, gemeinsam mit der KdK, die wiederum von Regierungsrat Benedikt Würth präsidiert wird, an vorderster Front für die Umsetzung von EFAS.

«Das Thema der kostendeckenden Vergütungen in den Kinderspitälern wurde auch am Sessionsbesuch der Ostschweizer Regierungskonferenz thematisiert.»

Gemeinsames Lobbying für Kinderspitäler

Im Berichtsjahr reichten die Kantone St. Gallen und Thurgau eine Standesinitiative ein. Mit dieser forderte der Kanton St. Gallen, das nationale Parlament solle für kostendeckende Vergütungen in den Kinderspitälern sorgen. Das Ostschweizer Kinderspital als eigenständiges Zentrums-spital mit dem Einzugsgebiet St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Fürstentum Liechtenstein ist von dieser Problematik stark betroffen.

Das Thema der kostendeckenden Vergütungen in den Kinderspitälern wurde auch am Sessionsbesuch der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) thematisiert. Das Lobbying zeigte Wirkung. Die Gesundheitskommission des Ständerats lancierte aufgrund der Kantonsinitiativen eine eigene Motion, die vom Bundesrat verlangte, sicherzustellen, dass die Tarife kostendeckend sind. Der Bundesrat stimmte der Motion zu und will prüfen, wie er dem Anliegen in eigener Kompetenz nachkommen kann. Zudem thematisierte die ORK das EFAS-Thema sowohl im Rahmen des ORK-Sessionsbesuchs als auch im Rahmen des Treffens der ORK mit den vier Präsidien der Bundesratsparteien.

Im Berichtsjahr beleuchtete die ORK im Rahmen ihres Sessionsbesuchs in Bern zudem die Entwicklungen rund um Agroscope und den Forschungsstandort Tänikon im Kanton Thurgau sowie die Auswirkungen des Einkaufstourismus auf die Ostschweizer Grenzkantone.

Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes

Der Kanton St. Gallen hat sich bei der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes erfolgreich auf Bundesebene eingesetzt. Mit der Revision wird das Gesetz zum Bevölkerungsschutzsystem modernisiert. Es wird gezielter auf die heutigen Gefahren und Risiken ausgerichtet. Der Kanton St. Gallen plädierte insbesondere dafür, die Schutzraum-Ersatzbeiträge weiterhin auch für die Finanzierung von Ausbildungsaufgaben zu verwenden. Die Vorlage wurde nach der Intervention des Kantons St. Gallen wie auch weiterer Kantone bei der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates von den eidgenössischen Räten im Sinn des Kantons verabschiedet.

Innovationspark Ost

Der Kanton St. Gallen bereitete im vergangenen Jahr die Bewerbung als Standort des Netzwerks Innovationspark Schweiz vor. Dieser wird von der Stiftung Switzerland Innovation getragen, an welcher der Bund beteiligt ist. Der Innovationspark Ost will in der Region die Wirtschaft und die Wissenschaft vernetzen und somit die Innovation fördern. Auf dem Campus Lerchenfeld in St. Gallen soll der Innovationspark eine hochstehende Entwicklungs-, Labor- und Arbeitsinfrastruktur bieten, die Forschungsteams von



Regierungsrat Marc Mächler (rechts) mit Ministerpräsident Markus Söder (vierter von links), sowie mit Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern aus dem Alpenraum anlässlich des Alpendialoges in Herrenchiemsee (Bayern).

Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen für gemeinsame Innovationsprojekte nutzen können. In einer ersten Phase liegt der Fokus auf den Bereichen Gesundheit, Digitalisierung sowie der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Im Dezember machte sich eine Delegation der Stiftung vor Ort in St. Gallen ein Bild und die Rückmeldungen zeigten, dass das Dossier grossen Zuspruch findet. Die Etablierung eines Innovationsparks im Kanton St. Gallen wäre ein wichtiger Schritt, den Kanton wie auch die Ostschweiz als Forschungs- und Wirtschaftsstandort zu stärken.

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und ihr Präsident Benedikt Würth, gleichzeitig Vorsteher des Finanzdepartementes des Kantons St. Gallen, waren im Berichtsjahr weiterhin stark in die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) über ein neues Rahmenabkommen involviert. Der Bundesrat anerkannte die von den Kantonen identifizierten Problemfelder Lohn- und Arbeitnehmerschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie. Für den Kanton St. Gallen mit seiner exportorientierten Wirtschaft ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt von zentraler Bedeutung.

Neu lancierte die KdK ein Projekt zur Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen. Ziel des Projekts ist es, die Zuständigkeiten klar entweder den Kantonen oder dem Bund zuzuweisen, um so die

Handlungsspielräume und die Leistungserbringung zu erhöhen. Im Fokus stehen dabei die Aufgabenbereiche der individuellen Prämienverbilligung, der Ergänzungsleistungen, des regionalen Personenverkehrs und der Finanzierung der Bahninfrastruktur. Zudem möchte man ein gemeinsames Monitoring der Kostenentwicklungen und der Mehr- und Minderbelastungen für Bund und Kantone entwickeln. Die Kantone sind auf allen Ebenen in der Organisation vertreten. Ein Zwischenbericht wird für Anfang 2021 erwartet, der Schlussbericht für 2022.

Verstärkung der Wahrnehmung der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK)

Die IBK setzt sich gemäss dem neuen Leitbild für eine bessere Wahrnehmung bei (inter-)nationalen Entscheidungszentren ein. Vor diesem Hintergrund fanden am 21. November 2019 politische Gespräche der IBK-Regierungschefs mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten in Bern statt. An den beiden Treffen wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion aufgezeigt, auf die Stärken und Leuchtturmprojekte der Region hingewiesen sowie auf die Herausforderungen eingegangen.

Die Gespräche waren inhaltlich ergiebig. Als Ergebnis ist unter anderem eine Dialogplattform auf ausserministerieller



Botschafter Philipp Stalder, Botschafterin Siri Walt, Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann und Botschafter Christian Schönenberger.

Ebene zwischen der Schweiz, Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein angedacht. Im Rahmen dieser Dialogplattform sollen die nationale und die regionale Ebene ihre Kompetenzen und Projekte einbringen und gemeinsam gute Lösungen für das Grenzgebiet rund um den Bodensee erzielen.

«Die Notwendigkeit einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Alpenraum im Bereich Klimaschutz liegt auf der Hand.»

Alpendialog zum Klimaschutz

Am 4. April 2019 lud der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder Regierungsveterinnen und Regierungsveteren aus dem Alpenraum nach Herrenchiemsee (Bayern) zum Alpendialog ein. Der Klimaschutz zum Erhalt der Alpenregion als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum bildete das Schwerpunktthema der Konferenz. Die Alpen bekommen die Auswirkungen der Klimaver-

änderung überproportional zu spüren. So hat sich der Alpenraum doppelt so stark erwärmt wie der globale Durchschnitt. Die Notwendigkeit einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Alpenraum im Bereich Klimaschutz liegt auf der Hand. Der Schutz des alpinen Raums ist eine Aufgabe aller Regionen, die alle Lebensbereiche betrifft. Der Kanton St. Gallen engagiert sich in dieser Thematik auch im Rahmen der Arge Alp.

«Meet the Ambassadors»

Das EDA führte im Rahmen des Projekts «Meet the Ambassadors» zwischen dem 19. August und 6. September 2019 eine Tour de Suisse quer durch alle Landesteile der Schweiz durch, um die schweizerische Aussenpolitik «bi de Lüt» zu vermitteln. Die Botschafterinnen und Botschafter besuchten ihre Heimatkantone, um sich über die Aussenpolitik der Schweiz auszutauschen. Die St. Galler Regierung empfing Botschafterin Siri Walt (Kinshasa), Botschafter Christian Schönenberger (Stockholm) sowie Botschafter Philipp Stalder (Akkra). Der Austausch wurde als wertvoll empfunden, da den Botschafterinnen und Botschaftern einerseits die Anliegen des Kantons aufgezeigt wurden und andererseits informierten sie über die Herausforderungen in der jeweiligen Botschaftertätigkeit.

Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck wird der Stand der Umsetzung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung 2017–2027 dargestellt. Das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben erhöhen die Transparenz und verbessern die Koordination.



Änderungen der Berichterstattung gegenüber dem Vorjahr

Die Regierung hat den Dienst für Politische Planung und Controlling (PPC) in der Staatskanzlei im Sommer 2018 mit der Überarbeitung des Konzepts der Planungs- und Steuerungsinstrumente beauftragt. Wesentliches Ziel der Überarbeitung, die im Jahr 2019 abgeschlossen wurde, war die Fokussierung der Inhalte auf für die Entwicklung des Kantons St. Gallen relevante Kenngrößen. Im vorliegenden Bericht zum Regierungscontrolling wurden im Sinn dieses Ziels bereits einige Änderungen umgesetzt. So wurden für die strategischen Ziele Indikatoren gewählt, die Aussagen zu wesentlichen Entwicklungen des betreffenden Themenfelds abbilden und

wo immer möglich Hinweise zur Situation des Kantons St. Gallen im Vergleich zu ausgewählten Kantonen und dem schweizerischen Durchschnitt geben. Die Tatsache, dass sich die Kantone in zahlreichen Aspekten unterscheiden, beschränkt dabei die Vergleichbarkeit. Hinzu kommt, dass die Wirkungszusammenhänge der strategischen Ziele äusserst komplex und dadurch oft nur begrenzt fassbar und steuerbar sind. Strategische Ziele sind im Unterschied zu operativen Zielen deshalb nicht bzw. nur eingeschränkt messbar. Aus den abgebildeten Indikatoren können jedoch wichtige Erkenntnisse für mögliche Handlungsfelder gewonnen werden (vgl. Ausblick). Für einige strategische Ziele konnte dabei kein geeigneter

Indikator gefunden werden. Im Sinn einer besseren Übersicht und Leseorientierung wurde auch das Layout der Berichterstattung optimiert.

Ausblick

Um die Ergebnisse des Regierungscontrollings noch wirkungsvoller für die Planung und Steuerung der Staats-tätigkeit zu nutzen, werden im Hinblick auf die Überarbeitung der Schwerpunktplanung die Indikatoren des Regierungscontrollings in einem weiteren Überarbeitungsschritt noch einmal überprüft, um ausgehend von den Ergebnissen dieser Indikatoren mögliche Handlungsfelder und entsprechende Empfehlungen aufzeigen zu können.

Monitoring zu den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung

Mit der Schwerpunktplanung 2017–2027 legte die Regierung die Akzente für die kommenden Jahre fest. Vier Schwerpunkte und zwölf strategische Ziele zeigen auf, welche Themen fokussiert angegangen werden sollen. Im Rahmen des Geschäftsberichts erfolgt eine Berichterstattung, in der ergriffene Massnahmen und Tätigkeiten beschrieben und die Entwicklungen, wo möglich, anhand ausgewählter Indikatoren dargestellt werden.

1 Strukturen optimieren

1.1 Strategisches Ziel «Funktionale Räume»

Der Kanton St. Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient in funktionalen Räumen. Die von der Bevölkerung im Alltag wahrgenommenen Auswirkungen von Gebietsgrenzen sind klein.

Leistungen der Departemente

Der Kanton St. Gallen hat seinen Richtplan an die Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG) angepasst. Im Zentrum stand die Anpassung des kantonalen Richtplans 2019. Die Genehmigung durch den Bund wird

im zweiten Quartal 2020 erwartet. Das Richtplankapitel «Verkehr» wurde überarbeitet und soll im Jahr 2020 einer breiten Vernehmlassung und Mitwirkung unterstellt werden. Mit der Erarbeitung einer Landschaftsentwicklungsstrategie wird eine wichtige Grundlage für die Gesamtüberarbeitung der Richtplankapitel «Natur und Landschaft» sowie «Versorgung und Entsorgung» geschaffen. Nach Kenntnisnahme der neuen Gesamtverkehrsstrategie durch den Kantonsrat im Herbst 2018 wird diese nun umgesetzt und soll dabei die funktionalen Räume abbilden.

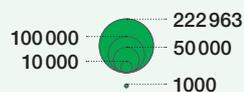
Erläuterungen zum Indikator «Funktionale Räume»

Der Vergleich der Pendlerbeziehungen zwischen den einzelnen Gemeinden im Jahr 1990 und im Jahr 2014 zeigt, dass 2014 deutlich mehr grosse Pendlerströme den Raum St. Gallen durchzogen als noch 1990.

Funktionale Räume:

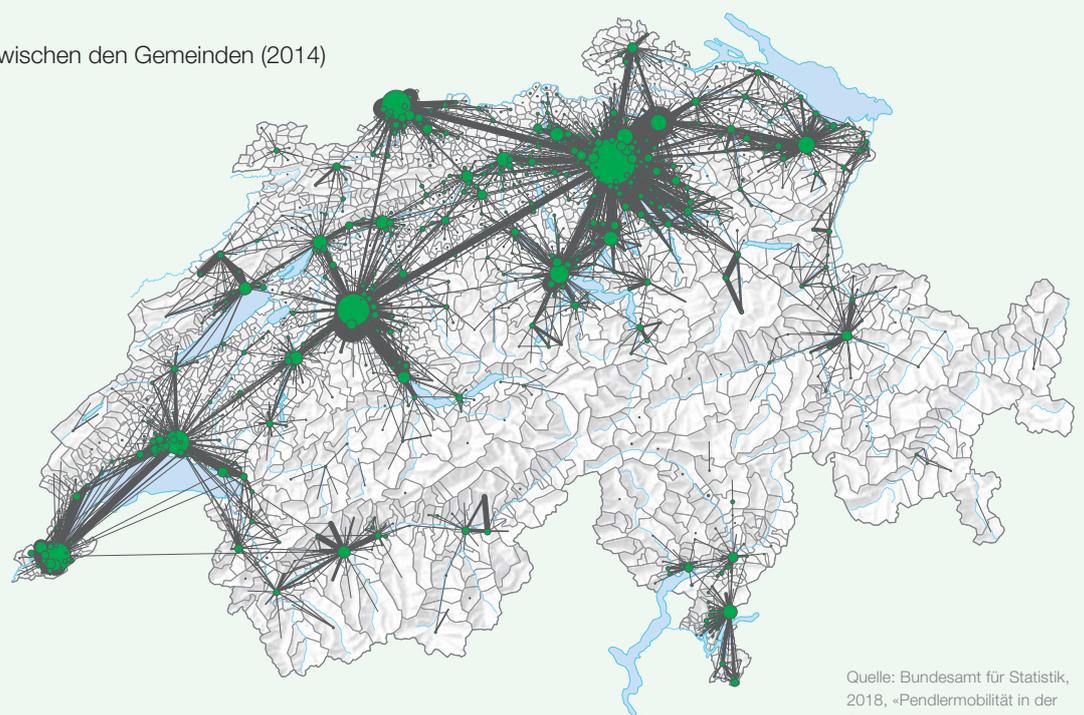
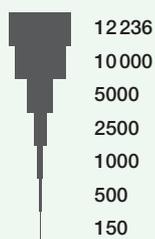
Wichtigste Pendlerströme zwischen den Gemeinden (2014)

Anzahl Zupendler/innen¹
in die Gemeinde



¹ Ohne Grenzgänger/innen aus dem Ausland

Anzahl Arbeitspendler/innen
(Summe beider Richtungen)



Quelle: Bundesamt für Statistik, 2018, «Pendlermobilität in der Schweiz 2016».

1.2 Strategisches Ziel «Zukunftsfähige Infrastruktur»

Der Kanton St. Gallen verfügt über eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige und moderne Infrastruktur. Diese ermöglicht der Bevölkerung die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Leistungen der Departemente

Im Rahmen des 17. Strassenbauprogramms wurden die Wirtschaftlichkeit der Erhaltungsmassnahmen überprüft und Potenziale zur Kostensenkung identifiziert. Neu- und Ausbauvorhaben erfolgen nach Massgabe der gesamtwirtschaftlichen Zweckmässigkeit, wobei die Wirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt berücksichtigt werden. Das Projekt Verkehrsmanagement konnte in die nächste Entwicklungsstufe gebracht und die Weiterentwicklung initiiert werden. Neben der Umsetzung der Agglomerationsprogramme der ersten bis dritten Generation wurden jene der vierten Generation (2024–2027) gestartet. Die Erarbeitung einer Güterverkehrsstrategie hat begon-

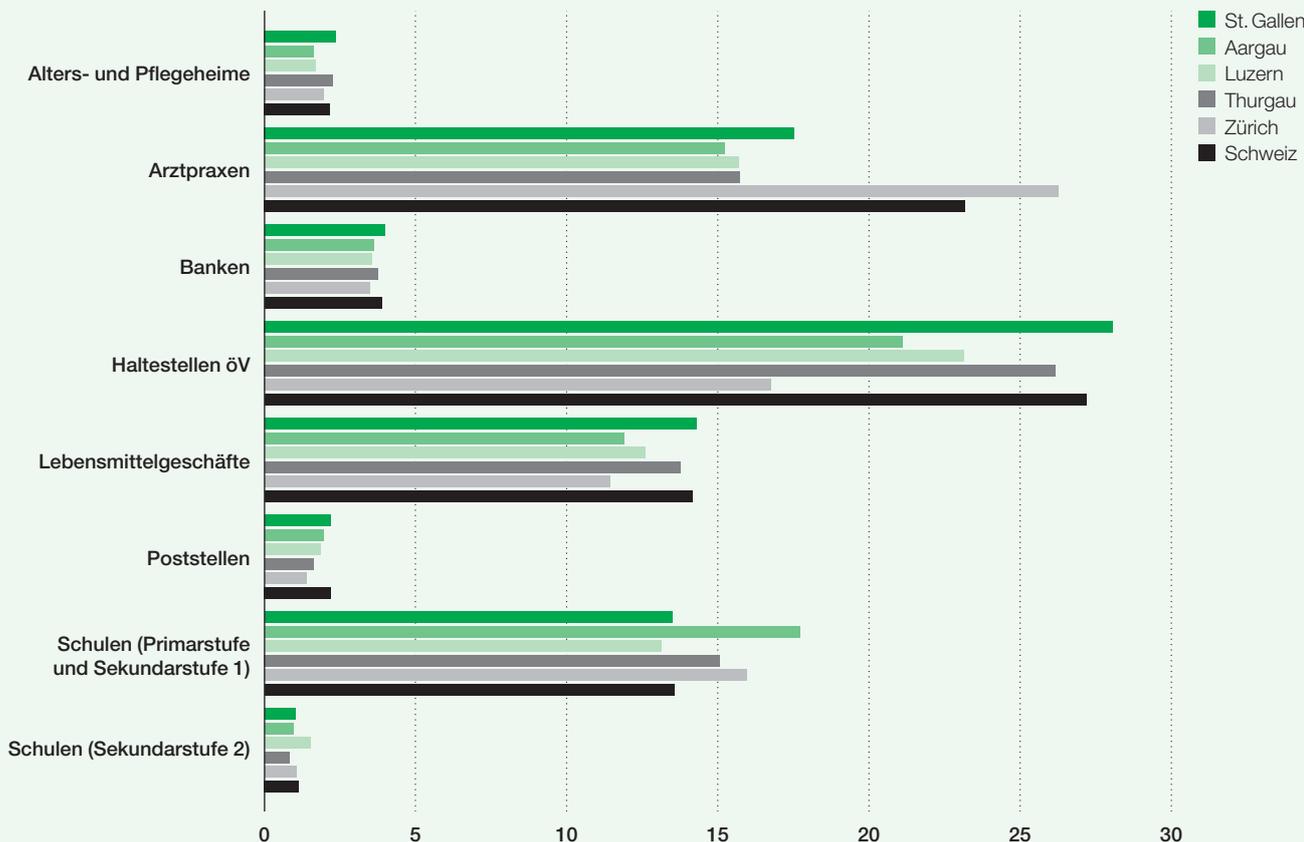
nen. Der Erweiterungsbau Regionalgefängnis Altstätten ist in Arbeit. Zum Bau des Klanghauses Toggenburg sowie zu den Neubauten Bibliothek und Staatsarchiv läuft die Planung.

Erläuterungen zum Indikator «Versorgungssituation»

Die im Kanton St. Gallen zur Verfügung stehende Anzahl Dienstleistungsstätten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner liegt bei den berücksichtigten Dienstleistungen grundsätzlich im gesamtschweizerischen Mittel. Einzige Ausnahme bilden Arztpraxen, die im Kanton St. Gallen deutlich weniger häufig vorhanden sind als im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Versorgungssituation:

Anzahl Dienstleistungsstätten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Kantonsvergleich (2015)



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Darstellung.

2 Ressourcen entfalten

2.1 Strategisches Ziel «Innovative Bildung und Forschung»

Der Kanton St. Gallen verfügt über herausragende, breit vernetzte und innovative Bildungs-, Wissens- und Forschungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft eng verflochten sind und die benötigten Fachkräfte ausbilden.

Leistungen der Departemente

Nachdem die Bevölkerung der IT-Bildungsoffensive zugestimmt hatte, wurde die Umsetzung mit mehreren Projekten gestartet. In einem dieser Projekte werden ab dem Jahr 2022 mit der MEM-Branche lernortübergreifende, personalisiert-kompetenzorientierte Bildungsverläufe pilotiert. Die Entwicklung digitaler Lernfördersysteme und das Projekt «Gymnasium der Zukunft» schreiten voran. Die drei Fachhochschulen FHS St. Gallen, NTB Buchs und HSR Rapperswil wurden zur OST – Ostschweizer Fach-

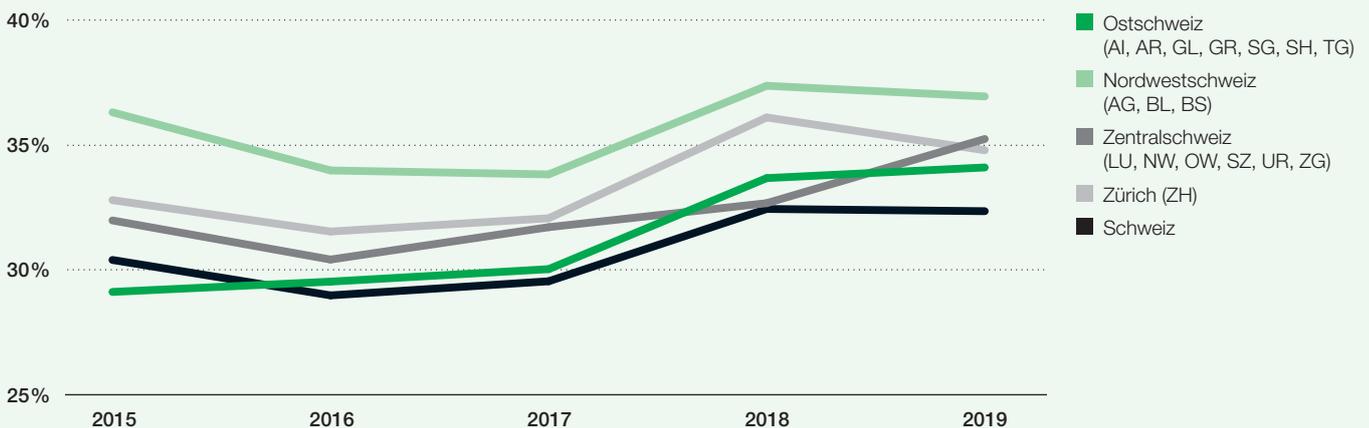
hochschule zusammengeschlossen, die im September 2020 den Betrieb aufnehmen wird. Neben der Bildung der OST hat die Bevölkerung dem Campus Wattwil für Berufsfachschule und Kantonsschule, der Erneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen und dem Campus Platztor für die Universität zugestimmt. Das Bewerbungsdossier zum Innovationspark Ost wurde Anfang Juli 2019 eingereicht. Die Vorprüfung sollte bis Frühling 2020 abgeschlossen sein. Parallel laufen Gespräche mit Unternehmen mit dem Ziel, die künftige Trägerschaft des Innovationsparks Ost zu etablieren.

Erläuterungen zum Indikator «Fachkräftemangel»

Der Anteil der personalsuchenden Betriebe des zweiten und dritten Wirtschaftssektors, die Schwierigkeiten oder keinen Erfolg beim Finden von qualifizierten Arbeitskräften haben, steigt in der Ostschweiz seit dem Jahr 2016 kontinuierlich an. Im Jahr 2019 betrug er rund 34 Prozent und liegt damit rund zwei Prozent höher als der gesamtschweizerische Durchschnitt von rund 32 Prozent.

Fachkräftemangel:

Anteil der Betriebe des zweiten und dritten Wirtschaftssektors mit Schwierigkeiten oder keinem Erfolg beim Finden von qualifizierten Arbeitskräften im Vergleich der Grossregionen (Jahresdurchschnittswerte, 2015–2019)



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnung und Darstellung.

2.2 Strategisches Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme»

Der Kanton St. Gallen verfügt über widerstandsfähige Ökosysteme, die sich den Klimaveränderungen anzupassen vermögen. Die Biodiversität ist reichhaltig.

Leistungen der Departemente

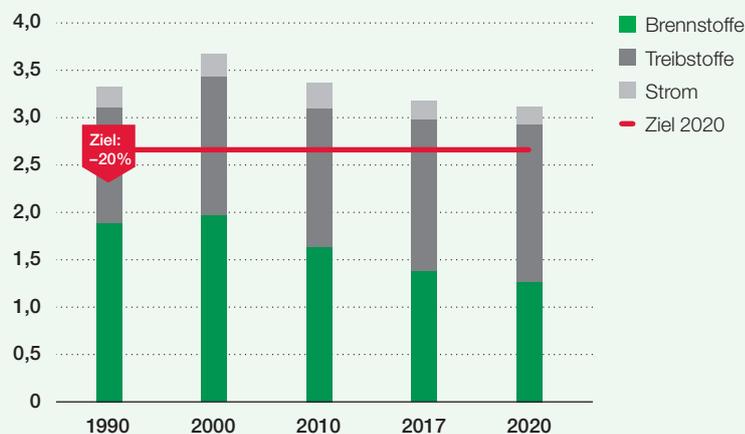
Der VI. Nachtrag zum Energiegesetz soll im Jahr 2020 vom Kantonsrat beraten werden und kann frühestens ab Herbst 2020 vollzogen werden. Das Projekt zur Erarbeitung einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel hat begonnen und verläuft planmässig. Die Massnahmen der Biodiversitätsstrategie 2018 bis 2025 wurden konkretisiert und erste Arbeiten umgesetzt. So wurden eine Artwertanalyse erstellt, Pflegekonzepte für Meliorationsgewässer erarbeitet, der Zustand der wichtigsten Biotope erhoben und erste Artenförderungsmaßnahmen umgesetzt. Die Kontrolle der Einhaltung der Pufferstreifen beim Düngen neben Gewässern wurde verstärkt und Sanktionen wurden erlassen. In den letzten Jahren konnten die Emissionen in die Luft an flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan bei Grosse mittlen aus Industrie und Gewerbe kontinuierlich reduziert werden.

Erläuterungen zum Indikator «CO₂-Emissionen»

Der Kanton St. Gallen setzt sich in seinem Energiekonzept das Ziel, die jährlichen CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Die Zwischenbilanz zeigt: Seit dem Höchststand im Jahr 2000 (rund 3,7 Millionen Tonnen CO₂) sinken die CO₂-Emissionen deutlich.

CO₂-Emissionen:

CO₂-Emissionen im Kanton St. Gallen in Millionen Tonnen im Rückblick (1990, 2000, 2010, 2017) und im Ausblick (2020)



Quelle: Amt für Wasser und Energie des Kantons St. Gallen, 2019, Bericht zum Umsetzungsstand 2017 des Energiekonzepts des Kantons St. Gallen.

2.3 Strategisches Ziel «Neue Arbeitswelt»

Der Kanton St. Gallen schafft Rahmenbedingungen für neue, flexible und individuelle Arbeitsmodelle und nimmt als grösster Arbeitgeber im Kanton diesbezüglich eine Vorbildrolle ein. Im Kanton St. Gallen ist die soziale Sicherheit für alle gewährleistet. Das Arbeitskräftepotenzial wird ausgeschöpft, die Arbeitslosigkeit sowie die Sozialhilfequote sind tief und das Sozialsystem langfristig finanzierbar.

Leistungen der Departemente

Die Arbeiten im Vorprojekt «New Work» wurden aufgenommen. In den Bereichen Infrastruktur und Raum, Technologie sowie Mensch und Organisation wurden konzeptionelle Überlegungen und Pilotvorhaben mit Blick auf die künftige Gestaltung von Arbeitsprozessen begonnen. Der Schlussbericht des Vorprojekts wird in der ersten Jahreshälfte 2020 vorgelegt.

Der erarbeitete Entwurf zum Gesetz über Beiträge für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung sieht vor, dass für die Förderung der Betreuung Kantonsbeiträge von fünf Millionen Franken eingesetzt werden. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

Im Anschluss an den Wirkungsbericht Behindertenpolitik wurde ein Pilotprojekt in der kantonalen Verwaltung gestartet mit dem Ziel, vermehrt Nischenarbeitsplätze zu bilden und zu vermitteln.

Erläuterungen zum Indikator «Arbeitsmarktsituation»

Während die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2017 sowohl im Kanton St. Gallen als auch schweizweit konstant zurückgeht, bewegt sich die Sozialhilfequote kaum. Im Jahr 2018 betrug die Arbeitslosenquote im Kanton St. Gallen rund 2 Prozent (Schweiz: 2,5 Prozent), die Sozialhilfequote rund 2,2 Prozent (Schweiz: 3,2 Prozent). Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die eine Kurzarbeitsentschädigung entrichtet wurde, weist einen rückläufigen Trend aus, wobei die Zahl im Kanton St. Gallen im Jahr 2018 erstmals wieder anstieg.

Arbeitsmarktsituation:

Arbeitslosen- und Sozialhilfequote in Prozent (linke Skala) sowie Anzahl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die eine Kurzarbeitsentschädigung entrichtet wurde (rechte Skala), im Vergleich (Jahresdurchschnittswerte, 2014–2018)

St. Gallen



Schweiz



Quelle: Bundesamt für Statistik und Staatssekretariat für Wirtschaft, eigene Darstellung.

2.4 Strategisches Ziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung»

Der Kanton St. Gallen sorgt für Rahmenbedingungen, die einen gesundheitsfördernden Lebensstil begünstigen und soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheit verhindern. Die Gesundheitskosten sind vergleichsweise moderat sowie langfristig finanzierbar und mehr Menschen sind gesund oder haben trotz chronischer Krankheiten eine hohe Lebensqualität.

Leistungen der Departemente

Mit Fokus auf die psychische Gesundheit wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel, die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren. Das Gesundheitsdepartement lancierte den ersten Erste-Hilfe-Kurs für psychische Gesundheit im Kanton St. Gallen. Im September 2019 wurde die Homepage www.sg-impft.ch aufgeschaltet, die Informationen rund um das Thema bereitstellt. Für die Gemeinden wird ein Instrument zur Bedarfserhebung und Strategieentwicklung im Bereich der frühen Förderung

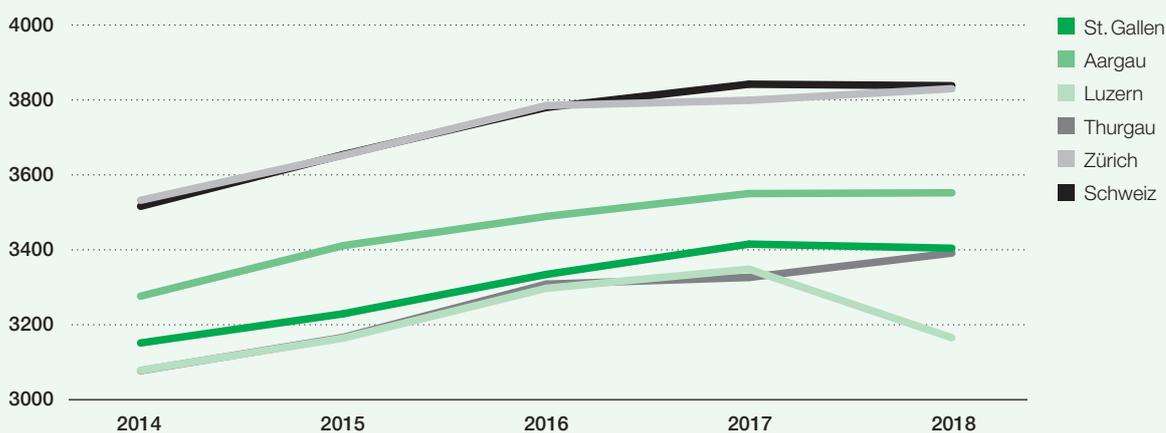
entwickelt. Die Plattform «find-help» mit Angeboten für die Arbeit mit Kindern aus belasteten Familien wurde online geschaltet. Unter dem Vorsitz des Kantons St. Gallen begannen die Arbeiten im Projekt «Sturzprävention in der Gesundheitsversorgung». Vom Amt für Umwelt wurden risikobasierte Abnahmen und Kontrollen in störfallrelevanten Betrieben und Betrieben mit erheblicher Umweltrelevanz durchgeführt, Güllegruben und Entwässerungssysteme kontrolliert und saniert sowie die Einhaltung der Grenzwerte bei Mobilfunkantennen geprüft.

Erläuterungen zum Indikator «Gesundheitskosten»

Während die Gesundheitskosten in allen beobachteten Kantonen sowie im gesamtschweizerischen Durchschnitt zwischen 2014 und 2017 stetig anstiegen, stagnierten bzw. sanken sie im Jahr 2018 in den meisten Kantonen (besonders deutlich im Kanton Luzern). Im Kanton St. Gallen betragen die Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung im Jahr 2018 3404 Franken je versicherte Person gegenüber 3415 Franken im Jahr 2017.

Gesundheitskosten:

Durchschnittliche Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Franken je versicherte Person im Kantonsvergleich (2014–2018)



Quelle: Schweizerisches Gesundheitsobservatorium, eigene Darstellung.

3 Sozialen Frieden sichern

3.1 Strategisches Ziel «Demografische Entwicklung»

Im Kanton St. Gallen wird Generationensolidarität gelebt: Junge Menschen haben eine gute Perspektive, die ältere Generation kann sich aktiv in Gesellschaft und Wirtschaft einbringen. Der Anteil der verschiedenen Altersgruppen an der Bevölkerung ist ausgewogen.

Leistungen der Departemente

Die Regierung hat die Vernehmlassung zum V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung eröffnet, mit welchem die Kostenaufteilung bei der Pflegefinanzierung präzisiert und die Abrechnung der Pflegekosten vereinfacht werden. Sie hat zudem den IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz zuhanden des Kantonsrates verabschiedet, mit dem Angebote des betreuten Wohnens auch für Personen zugänglich gemacht werden sollen, die Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV beziehen. Im Rahmen eines

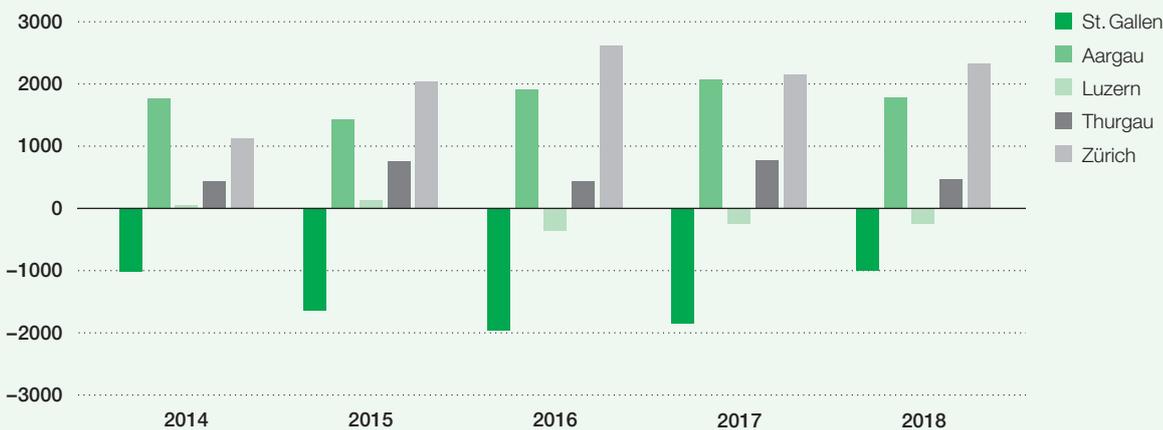
Projekts wird an der Realisierung eines schweizweit innovativen Controllinginstruments gearbeitet, das die Modellierung der Entwicklung der verschiedenen Staatsbeiträge an AHV- und IV-Beziehende erlauben soll. Im Projekt «Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik» wird ein Grundlagenpapier erarbeitet, welches das bestehende Altersleitbild aus dem Jahr 1996 ersetzt.

Erläuterungen zum Indikator «Interkantonale Wanderung»

Der Kanton St. Gallen weist über den gesamten Beobachtungszeitraum einen negativen Wanderungssaldo auf, was bedeutet, dass mehr unter 65-Jährige in andere Kantone abwanderten als zuwanderten. Die Kantone Aargau, Thurgau und Zürich weisen im Vergleich dazu seit dem Jahr 2014 einen durchwegs positiven Wanderungssaldo aus.

Interkantonale Wanderung:

Wanderungssaldo der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 0 bis 64 Jahren im Kantonsvergleich (2014–2018)



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnung und Darstellung.

3.2 Strategisches Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration»

Im Kanton St. Gallen gestalten die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfen gemeinsam die Gesellschaft in wohlwollender Offenheit und gegenseitiger Anerkennung. Einheimische und Zuziehende fühlen sich wohl.

Leistungen der Departemente

Das zweite kantonale Integrationsprogramm (KIP II) für die Jahre 2018–2021 wird umgesetzt. Mit dem Bund wurde zudem eine Zusatzvereinbarung zum KIP II zur Umsetzung der «Integrationsagenda Schweiz» abgeschlossen. Einerseits stehen dem Kanton damit mehr finanzielle Mittel für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen zur Verfügung. Andererseits verpflichtete sich der Kanton damit u. a. zur Verfolgung der fünf übergeordneten Wirkungsziele, zur Gewährleistung einer durchgehenden Fallführung als auch zu einer umfassenden Berichterstattung.

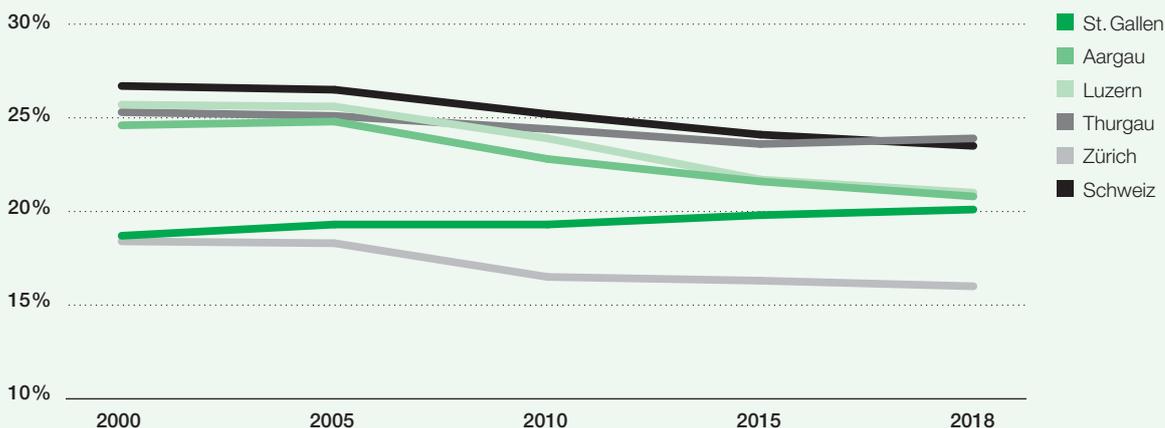
In der neuen Bibliotheksstrategie 2019–2022 bleibt es das Ziel, die Bibliotheken als Lern-, Arbeits- und Begegnungsorte für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu stärken und die Kooperation und Vernetzung der Bibliotheken im Kanton zu fördern. Ziel ist insbesondere die Förderung des interkulturellen und fremdsprachigen Angebots der Bibliotheken. Für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen wurde ein Gedenk Anlass durchgeführt und ein Zeichen der Erinnerung in St. Gallen (Gedenkbrunnen) realisiert.

Erläuterungen zum Indikator «Segregationsindex»

Die räumliche Segregation bzw. Entmischung der ausländischen und schweizerischen ständigen Wohnbevölkerung geht schweizweit betrachtet seit dem Jahr 2000 zurück. Im Kanton St. Gallen unterliegt die räumliche Segregation im Zeitverlauf einem leichten Aufwärtstrend, ist jedoch in allen Jahren weniger stark ausgeprägt als im Schweizer Durchschnitt, was bedeutet, dass sich die ausländische Bevölkerung gleichmässiger über alle Gemeinden des Kantons verteilt als im Schweizer Durchschnitt.

Segregationsindex:

Anteil der ausländischen Staatsangehörigen, die das Gemeindegebiet wechseln müssten, damit alle Gemeinden in einem Kanton einen identischen Ausländeranteil aufweisen würden (2000, 2005, 2010, 2015, 2018)



Quelle: Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen, eigene Darstellung.

3.3 Strategisches Ziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung»

Im Kanton St. Gallen existiert ein vielfältiges, angemessenes und identitätsstiftendes kulturelles Angebot; das kulturelle Erbe wird erhalten. Die gemeinsame Identität der Bevölkerung zeigt sich an der Beteiligung im politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess sowie im gesellschaftlichen Engagement.

Leistungen der Departemente

Ein vielfältiges Kulturschaffen und ein attraktives Kulturangebot in allen Regionen des Kantons, die Überlieferung des kulturellen Erbes sowie ein zeitgemässes Staatsarchiv und eine leistungsfähige neue Bibliothek sind die kulturpolitischen Ziele der Regierung. Wie die Vernehmlassung zur ersten kantonalen Kulturförderstrategie 2020–2027 gezeigt hat, stossen diese Ziele auf breite Akzeptanz. Dies verdeutlichen bereits die Volks-Ja zu zwei grossen Kulturbauvorhaben, zum Neubau des Klanghauses Toggenburg

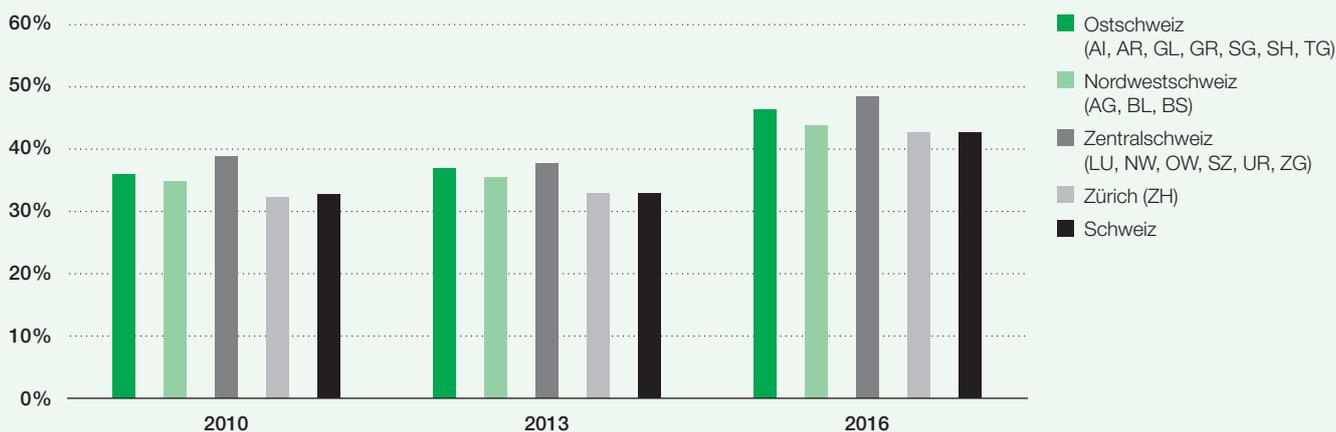
und zur Erweiterung und Erneuerung des Theaters St. Gallen in den Jahren 2018 und 2019. Die Strategie wurde vom Kantonsrat in der Februarsession 2020 genehmigt. Das Projekt «Neue Bibliothek St. Gallen», mit dem ein Zusammenschluss der Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen zu einem zentralen Bildungs- und Kulturort am Standort Blumenmarkt inmitten der Kantonshauptstadt vorgesehen ist, wurde weiter bearbeitet. Der Architekturwettbewerb wird im Jahr 2020 ausgeschrieben. Im neu eröffneten Ausstellungssaal des Stiftsarchivs werden seit Frühling 2019 die grössten Schätze des Stiftsarchivs und der St. Galler Klosterplan präsentiert.

Erläuterungen zum Indikator «Freiwilligenarbeit»

Die Beteiligung an Freiwilligenarbeit ist in allen beobachteten Grossregionen zwischen 2010 und 2016 steigend. In der Ostschweiz engagierten sich im Jahr 2016 rund 47 Prozent der über 14-Jährigen freiwillig, was über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von rund 43 Prozent liegt. Den höchsten Anteil weist die Zentralschweiz aus.

Freiwilligenarbeit:

Anteil der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, der sich an Freiwilligenarbeit beteiligt, im Vergleich der Grossregionen (2010, 2013, 2016)



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Darstellung.

3.4 Strategisches Ziel «Umfassende Sicherheit»

Im Kanton St. Gallen besteht ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem. Die Bevölkerung und die Unternehmen bewegen sich in der realen und virtuellen Welt frei und sicher.

Leistungen der Departemente

Die Umsetzung des Berichts Polizeiliche Sicherheit wird weitergeführt. In den Polizeiregionen Bodensee-Rheintal und Fürstenland-Neckertal ist der Umbau zur mobilen Einsatzpolizei bereits erfolgt und hat zu deutlich erhöhter Polizeipräsenz und einer Halbierung der Einsatzdauer geführt. Am meisten wird die Sicherheit der Bevölkerung gefördert, wenn Straftaten präventiv verhindert werden. Der Prävention bei der Polizeiarbeit wird daher ein grösserer Stellenwert beigemessen; entsprechend sind die jährlichen Fallzahlen im Bedrohungs- und Risikomanagement gestiegen.

Eine effiziente Strafverfolgung von Cyber-Kriminalität ist wichtig, gewährleistet aber bei Weitem nicht die Sicherheit im Cyber-Raum. Deshalb wird eine Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken erarbeitet.

Das Migrationsamt verfügte 335 Widerrufe von Aufenthaltsbewilligungen und vollzog 289 Wegweisungen.

Im Justizvollzug werden verhängte Sanktionen zeitgerecht und konsequent vollzogen, wobei die Aspekte des risikoorientierten Sanktionenvollzugs (ROS) weiterhin stark berücksichtigt werden.

Erläuterungen zum Indikator «Sicherheit»

Die Anzahl registrierter Straftaten nach Strafgesetzbuch je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner sinkt seit dem Jahr 2014 kontinuierlich, wobei zuletzt wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen war. Im Jahr 2018 wurden im Kanton St. Gallen rund 37 Straftaten nach Strafgesetzbuch je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert. Die Aufklärungsquote der Straftaten nach Strafgesetzbuch weist eine steigende Tendenz auf. Die Unfallzahlen im Strassenverkehr sind im Jahr 2018 zum zweiten Mal nach 2017 leicht gestiegen. Sie betragen im Jahr 2018 etwas mehr als fünf Unfälle je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Sicherheit:

Anzahl Straftaten nach Gesetzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung (linke Skala) und davon aufgeklärte Straftaten in Prozent sowie Anzahl Strassenverkehrsunfälle und Verletzte je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung (rechte Skala) im Kanton St. Gallen (2014–2018)



Quelle: Kantonspolizei St. Gallen, «Polizeiliche Kriminalstatistik» der Jahre 2015, 2016, 2017 und 2018 sowie «Verkehrsunfallstatistik 2018», eigene Berechnung und Darstellung.

4 Zukunft proaktiv gestalten

4.1 Strategisches Ziel «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung»

Im Kanton St. Gallen besteht ein Umfeld, in dem die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Daraus fliessende Effizienzgewinne werden realisiert und die Wertschöpfung gesteigert. Die Arbeitskräfte werden befähigt, sich in neuen Aufgaben- und Tätigkeitsfeldern zu betätigen.

Leistungen der Departemente

Mit dem IT-Reformpaket 2019 sollen die wirksame und wirtschaftliche Verwaltungstätigkeit durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) sowie die flächendeckende Verfügbarkeit von E-Government-Dienstleistungen zum Nutzen der Bevölkerung und der Wirtschaft gefördert werden. Die E-Government-Anstalt nahm ihre Arbeit auf, womit ein wirkungsvolles Gefäss für eine aktive und koordinierte Gestaltung der Digitalisierung auf den Ebenen Kanton und Gemeinden besteht. Das Gesetz über E-Government ist am 1. Januar 2019 in Vollzug getreten, das Geoinformationsgesetz am 1. Juni 2019.

Das E-Government-Kooperationsgremium hat den gemeinsamen Projektantrag von Gemeinden und Kanton zur Erarbeitung eines digitalen Baubewilligungs- und Plan-genehmigungsverfahrens freigegeben, welches das digitale Einreichen, Bearbeiten und Beurteilen von Baugesuchen zum Ziel hat.

Die Vorarbeiten zur Umsetzung der IT-Strategie 2016+ wurden mit der Verabschiedung des Projektauftrags zur Anpassung der IT-Organisation abgeschlossen. Bedeutende Anstrengungen werden unternommen, um den Disziplinen Prozessmanagement und Architekturmanagement ein grösseres Gewicht zu geben.

Mit dem Vorprojekt «Digitalisierungsstrategie» werden die Grundlagen gelegt, um das weitere Vorgehen im Bereich Digitalisierung gezielter und wirkungsvoller steuern zu können.

In der IT-Bildungsoffensive wird ein Schwergewicht auf den sinnhaften und gewinnbringenden Umgang mit den digitalen Mitteln gelegt. Als erstes grösseres Vorhaben nach den Regeln für E-Government-Entwicklungen wurde von Gemeinden und Kanton ein Projekt für eine gemeinsame Schulverwaltungssoftware in der Volksschule lanciert.

4.2 Strategisches Ziel «Zukunftsorientierte Reformen»

Der Kanton St. Gallen packt Reformen zukunftsorientiert an und optimiert laufend seine Prozesse und Strukturen. Die finanzielle Lage des Kantons entwickelt sich positiv, die Staatsquote bleibt stabil und die Steuerkraft wird gestärkt.

Leistungen der Departemente

Im Zuge der Realisierung des Projekts «Umsetzungsagenda Finanzperspektiven» hat die Regierung eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die auch Reformen an der Schnittstelle zwischen Kanton und Gemeinden umfasst (Anpassung der Aufgabenzuordnung).

Die Neugestaltung der Spitalstrukturen ist von zentraler Bedeutung. Die Regierung präsentierte einen Lösungsansatz mit vier Spitalstandorten und fünf regionalen Gesundheits- und Notfallzentren. Mit dem Projekt für die zukunftsgerichtete Ausgestaltung der Spitalstrukturen wird ein wichtiger und zwingend notwendiger Beitrag für ein nachhaltig finanzierbares Gesundheitssystem geleistet.

Die Umsetzung der Steuerreform STAF leistete einen wichtigen Beitrag für ein attraktives steuerliches Umfeld;

Verbesserungen ergeben sich ab dem Jahr 2020 für die natürlichen und die juristischen Personen.

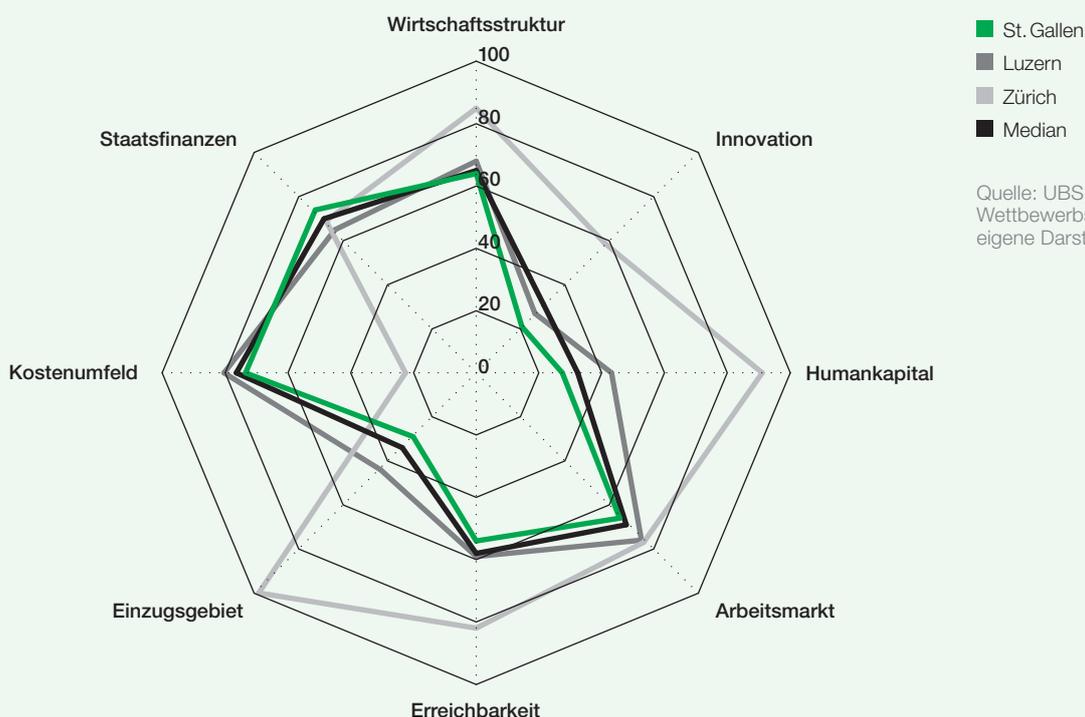
Mit dem Vorprojekt «New Work» werden die erforderlichen Arbeiten geleistet, um den Weg in Richtung neue Arbeitsformen vorzuspüren. Dabei stehen nicht nur die Faktoren «Raum» und «Technologie» im Vordergrund. Vielmehr geht es auch darum, die Perspektiven «Mensch und Organisation» einzubeziehen. In den Polizeiregionen Bodensee-Rheintal und Fürstenland-Neckertal ist der Umbau zur mobilen Einsatzpolizei erfolgt und führt zur Halbierung der Einsatzdauer und zu deutlich höherer Polizeipräsenz. Die Neustrukturierung des Zivilschutzes auf acht Regionen und einem Kantonalen Einsatzelement ist abgeschlossen.

Erläuterungen zum Indikator «Langfristige Wettbewerbsfähigkeit»

Der Kanton St. Gallen rangierte im Jahr 2019 in Bezug auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit auf dem 14. Platz des interkantonalen Wettbewerbsindikators der UBS und weist gemäss UBS solide Wachstumsaussichten auf. Im Vergleich zu den wettbewerbsfähigsten Kantonen schnitt der Kanton St. Gallen im Jahr 2019 v. a. in den Bereichen Innovation, Humankapital und Einzugsgebiet unterdurchschnittlich ab.

Langfristige Wettbewerbsfähigkeit:

Kantonaler Wettbewerbsindikator der UBS im Kantonsvergleich (Min.: 0, Max.: 110; 2019)



Quelle: UBS, 2019, «Kantonaler Wettbewerbsindikator 2019», eigene Darstellung.

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2019 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Regierungsprojekte im Blickfeld bleiben. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Projekte aus dem Hochbautenprogramm werden gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Angaben gemäss dem Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Im Jahr 2019 waren 74 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit. Am stärksten involviert war das Baudepartement. Mit 38 Projekten war es für die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich, wobei 23 Vorhaben auf Projekte aus dem Hochbautenprogramm zurückzuführen sind.

Die unten stehende Tabelle gibt Auskunft über Federführung und Mitwirkung. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit wird auch intensiv mit Externen zusammengearbeitet. Dies sind vor allem die Gemeinden bzw. die Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und

Gemeindepräsidenten (VSGP), Nachbarkantone, der Bund oder die Nachbarländer.

Das Hochbautenprogramm umfasst derzeit 23 Bauprojekte. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Mitwirkung der übrigen Departemente und der Staatskanzlei in diesen Bauprojekten. Derzeit befinden sich 16 Projekte in der Projektphase «Bau» und drei in der Phase «Botschaft». Die Phase «Bau» umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme².

Projekte aus dem Hochbautenprogramm; Mitwirkung und Projektphase³

Mitwirkung	Total	Botschaft	Bau
SK	0	0	0
VD	1	0	1
DI	4	1	2
BLD	7	1	6
FD	3	2	1
SJD	8	1	4
GD	4	0	4
Total	27	5	18

² Vergleiche Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV)

³ Zusätzlich befinden sich vier Hochbauprojekte in der Phase Projektskizze bzw. Projektdefinition.

Federführung und Mitwirkung in Projekten der Regierung

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BD	SJD	GD	EXT
Staatskanzlei (SK)	6	–	5	5	5	5	5	5	5	0
Volkswirtschaftsdepartement (VD)	3	0	–	0	1	0	2	0	2	4
Departement des Innern (DI)	5	0	1	–	2	1	1	0	2	6
Bildungsdepartement (BLD)	7	0	1	0	–	3	1	0	1	10
Finanzdepartement (FD)	9	1	1	3	2	–	3	3	2	0
Baudepartement (BD)	38 ¹	1	4	6	9	7	–	10	6	5
Sicherheits- und Justizdepartement (SJD)	5	0	0	4	2	1	1	–	3	6
Gesundheitsdepartement (GD)	1	0	0	0	0	0	0	0	–	0
Total	74	2	12	18	21	17	13	18	21	31

¹ 15 Projekte mit Projektauftrag, 23 Projekte aus dem Hochbautenprogramm

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2019 wurden drei Projekte mit Projektauftrag und ein Hochbauprojekt fristgerecht abgeschlossen:

Federführung	Projekt
SK	Erneuerung sg.ch
SK	Überarbeitung des Konzepts «Planungs- und Steuerungsinstrumente»
BD	H121, Polizeiposten Wil: Erwerb und Neubau
SJD	Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

Drei Projekte wurden mit Verzögerung abgeschlossen, darunter zwei Hochbauprojekte:

Federführung	Projekt
BLD	IT-Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen
BD	H073, Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez
BD	H064, Kantonale Psychiatrische Klinik Wil: Teilsanierung Aufnahmegebäude A01

Projekte in Verzug

Bei 17 Projekten mit Projektauftrag musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. Neun Projekte aus dem Hochbautenprogramm verzögern sich.

Bei Projekten aus dem Hochbautenprogramm ist jeweils angegeben, auf welche Phase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts	Dezember 2020	Zusätzlich erfolgte noch der Einbezug der Postulate 43.19.11 «St. Galler Bio-Offensive» und 43.19.16 «Landwirtschaft: Klima- und Artenschutz umfassend berücksichtigen».
Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten	März 2021	Der Zeitplan wurde mit dem beauftragten externen Fachbüro überprüft. Es zeigte sich, dass für die Konsolidierung mit Gemeinden und Regionen mehr Zeit beansprucht wird. Der Abschluss verzögert sich entsprechend um vier Monate.
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	Juni 2020	Die Einführung wurde aufgrund eines Rechtsstreits zwischen IT-Unternehmen und zahlreichen politischen Gemeinden um ein Jahr auf den Januar 2019 verschoben. Daher verzögert sich der Abschluss des Projekts.
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	Juni 2021	Der Projektabschluss verzögert sich, weil die Arbeiten zur Umsetzung der Strategie komplex und umfassend sind. Im Jahr 2018 hat der Informatikstrategieausschuss zwecks Vorantreiben der Umsetzung einen externen Programm-Manager eingesetzt. Im Laufe des Jahres 2019 kamen die Projektarbeiten planmässig voran. Mit einem Abschluss der Arbeiten ist bis Juni 2021 zu rechnen, dies gilt insbesondere für die Anpassung der IT-Organisation.
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	Dezember 2023	Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen wird fortgesetzt, wobei vor allem die Realisierung von provisorischen Plätzen geprüft wird. Bei einem möglichen Standort im Rheintal hat die Gemeinde ihre ursprüngliche Zusage zurückgezogen. Daneben fanden Gespräche mit der Armee statt, um potenzielle Standorte vertiefter zu betrachten. Weiter sind noch Abklärungen zu kantonseigenen Parzellen im Gang. Der zwischenzeitlich als Provisorium vorgesehene Durchgangsplatz in Thal wurde aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit des Gemeinderates sistiert.
Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen	Juni 2020	Durch die Neuevaluation und anschliessende Neuausrichtung des Projekts im Jahr 2019 ergaben sich weitere Verzögerungen. Das Projekt wird voraussichtlich durch die Regierung im 1. Quartal 2020 abgeschrieben und durch ein neues Projekt ersetzt.
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	Juni 2021	Die Verzögerung ergab sich primär aufgrund fehlender personeller Ressourcen. So konnten wichtige Grundlagen (Teilstrategien Strassen sowie Fuss- und Veloverkehr) nicht fristgerecht erarbeitet werden. Zudem wurden zusätzliche Themen in das Überarbeitungspaket aufgenommen (im Bereich Siedlung), was zu weiteren Verzögerungen führte.
Aufweitung Alpenrhein «Maiefeld/Bad Ragaz»	März 2021	Die Terminabweichung (rund 12 Monate) ergibt sich vor allem aus den zusätzlich beauftragten Abklärungen. Diese werden gemacht, damit Projektrisiken minimiert sowie Projektumsetzung und -akzeptanz in der Bevölkerung verbessert werden können. Die Qualität des Projekts wird dadurch zusätzlich erhöht. Die verlängerte Projektierungszeit führt dazu, dass die Kosten für die Projektierung höher ausfallen werden. Die Regierung hat diesen Mehrkosten bereits zugestimmt.
VI. Nachtrag zum Energiegesetz	Oktober 2020	Die Vernehmlassung des Gesetzesentwurfs im Herbst 2018 ergab gegensätzliche Reaktionen. Die Erarbeitung einer mehrheitsfähigen Vorlage war entsprechend anspruchsvoll.
Umsetzungsgagenda Finanzperspektiven	Dezember 2020	Das Paket II wurde zeitlich mit dem Projekt NFA-Effekte/Gemeinden gekoppelt und um ein Jahr hinausgeschoben.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
eDossier (elektronische Personalakte)	Juni 2020	Die Projektarbeiten verlaufen planmässig; das Projekt war bereits vor dem Start um ein Jahr verschoben worden.
Realisierung und Einführung «Printing»	Juni 2020	Aufgrund von Problemen im Betrieb musste der Rollout teilweise verschoben werden.
Elektromobilität im Kanton St. Gallen	Juni 2020	Der Aufwand wurde nach der Genehmigung des Projektauftrags ausgeweitet. Die Projektleitung musste zudem entgegen des Projektauftrags noch Aufwände für die Botschaft und den Regierungsbeschluss vornehmen. Für die Begleitung des parlamentarischen Prozesses wurden nachträglich die Projektleitung wie auch der externe Fachexperte beauftragt.
Arealstrategien der Psychiatrie St. Gallen Nord und der Psychiatrie-Dienste Süd: Beurteilung unter dem Aspekt der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten an den Standorten Wil und Pfäfers	Januar 2021	Der Terminplan des Projekts ist sehr ambitiös. Der Projektabschluss verzögert sich leicht um einen Monat.
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	Dezember 2024	Die Verschiebung der Endtermine der Parlamentsbeschlüsse lässt sich mit Planungsänderungen im politischen Umfeld begründen (Anpassung an Planungsverfahren der Stadt St. Gallen; Verzögerungen im Teilprojekt «Bau» bzw. neuer Termin für die Parlamentsbotschaften).
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	September 2020	Der Koordinationsaufwand für die Projektgruppe ist höher als erwartet. Unter anderem wurden Vertretungen mehrfach ausgewechselt, was zusätzliche Einarbeitungszeiten nötig machte. An der Erarbeitung des Handbuchs sind auch Institutionen beteiligt, die nicht Teil der Projektgruppe sind. Zudem verlangt die hohe Qualität des Handbuchs mehr Zeit.
JURIS 5	offen	Die Lieferantin hat Lieferschwierigkeiten. Die Einführungsplanung und die Festlegung von Meilensteinen kann derzeit nicht erfolgen, da keine verbindlichen Zusagen seitens der Lieferantin gemacht werden. Die offerierte Einführungsplanung ist für den Kanton St. Gallen nicht akzeptabel. Die Realisierbarkeit des Projekts und verschiedene Szenarien werden geprüft.

Projekte aus dem Hochbautenprogramm in Verzug

Phase	Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Bau	H060, Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	Januar 2021	Das Projekt wurde mit der Projektänderung zum zusätzlichen Ausbau der Kirchenzufahrt (Feuerwehrtzufahrt) erweitert. Der Abschluss dieser zusätzlichen Arbeiten erfolgt voraussichtlich im Januar 2021.
Botschaft	H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	Dezember 2024	Die Bauarbeiten hatten sich aufgrund einer Einsprache eines Nachbarn verzögert. Diese wurde vom Verwaltungsgericht zugunsten des Volkswirtschaftsdepartements und des Baudepartements beurteilt. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichtes beim Schweizerischen Bundesgericht Beschwerde erhoben wird.
Bau	H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	April 2025	Der Terminverzug resultiert einerseits aus den Einsprachen, die behandelt werden mussten, sowie andererseits aus der Tatsache, dass vor Baubeginn Altlasten entsorgt werden müssen, die zuvor nicht bekannt waren. Die Beseitigung dieser Altlasten erfolgt als gemeinsames Projekt zwischen dem Kanton und dem ehemaligen Mieter (Stadt Altstätten). Dies wird zu terminlichen Anpassungen und Mehrkosten führen. Die Dauer der Verzögerung sowie die Höhe der Mehrkosten sind noch nicht bekannt.
Bau	H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	Dezember 2022	Aufgrund unerwarteter personeller Engpässe konnte das Projekt nicht planmässig bearbeitet werden.
Botschaft	H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	August 2022	Infolge der Kostenreduktion durch den Kantonsrat musste das Vorhaben total überarbeitet werden, was zu Terminverschiebungen führte.
Bau	H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	Juli 2022	In der Planungsphase musste infolge Geschäftsaufgabe ein neues Ingenieurbüro gesucht werden.
Projektdefinition	H123, Verwaltungszentrum West: Neubau Einsatz- und Leitzentrale (NEZ)	April 2022	Die Meilensteine verschieben sich durch Änderungen bezüglich Projektvorgehen und Projektumfang. Der Nutzerbedarf ist neu zu prüfen und festzulegen. Die Bauvollendung bleibt mit Bezug im Jahr 2034 im Fahrplan.
Botschaft	H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	April 2023	Weil in Zusammenarbeit mit Stadt und Helvetia Versicherungen ein geänderter Prozess verfolgt wird, befindet sich das Projekt in der Phase Botschaft, die jedoch länger als üblich dauert.
Projektdefinition	H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungsstellen Gemeinde Uznach	April 2021	Aufgrund der Abhängigkeiten unter den beteiligten Dienststellen sind zahlreiche vertiefte Abklärungen notwendig.

Neue Projekte

Im Jahr 2019 wurden folgende 23 (Vorjahr: 10) Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen:

Federführung	Projekt
SK	Weiterentwicklung Materialzentrale
SK	Überarbeitung des Konzepts «Planungs- und Steuerungsinstrumente»
DI	Controlling kantonale Ausgaben zu AHV und IV
BLD	Revision Gesetz über die Universität St. Gallen
BLD	IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Vernetzung von Bildung und Wirtschaft
BLD	IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Universität
BLD	IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung
FD	IKS und Code of Conduct für die Staatsverwaltung
FD	Organisation der Berufsbildung in der Staatsverwaltung
FD	Realisierung und Einführung «Printing»
FD	Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation
FD	Vorprojekt «Digitalisierung im öffentlichen Bereich Kanton St. Gallen: Strategische Analyse und Handlungsempfehlungen»
BD	Energiekonzept Kanton SG 2021–2030
BD	Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt
BD	Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen
BD	Arealstrategien der Psychiatrie St. Gallen Nord und der Psychiatrie-Dienste Süd: Beurteilung unter dem Aspekt der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten an den Standorten Wil und Pfäfers
BD	Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten
SJD	Erarbeitung einer St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken
SJD	Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen (Projekt «NEZ-Technik und Organisation»)

Hochbauprojekte

Federführung	Projekt
BD	H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)
BD	H089, Staatsarchiv, Neubau (Ersatz)
BD	H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungsstellen Gemeinde Uznach
BD	H186, Zentralisierung der Sicherheitspolizei inkl. Interventions-einheit in der Stadt St. Gallen

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit dem Jahr 2019 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Sie verbessert die Transparenz und dient dem Kantonsrat, der Regierung und den Departementen als Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Übersicht gibt Auskunft über den Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, den Vollzugsbeginn sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Vollzugsbeginn

Seit dem Jahr 2019 werden 16 Gesetze neu angewendet. Seit Januar 2020 sind weitere neun Gesetze in Vollzug. Gesetze mit mehreren Vollzugsdaten werden als «In Vollzug» gezählt, wenn sie vollständig in Vollzug sind. Teilvollzüge werden in den jeweiligen Listen (mehrfach) aufgeführt.

Übersicht über die neu angewendeten Gesetze

Federführung	seit 2019 in Vollzug	seit Jan. 2020 in Vollzug	rechtsgültig, noch nicht in Vollzug
SK	4	0	0
VD	0	0	0
DI	3	2	0
BLD	2	2	3
FD	2	2	0
BD	1	0	0
SJD	3	0	1
GD	1	3	0
Total	16	9	4

Folgende 17 Gesetze weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2019 auf:

Federführung	Gesetzesvorhaben
SK	Publikationsgesetz (Rechtsverbindliche Publikation von Gesetzessammlung und Amtsblatt) sGS 140.3
SK	Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Formelle und materielle Aktualisierung und Nachführung Urnenabstimmungsgesetz) sGS 125.3
SK	XI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Berichterstattung zwischenstaatliche Vereinbarungen) sGS 140.1
SK	XII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Einführung eines Regulierungscontrollings) sGS 140.1
DI	V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Revision stationäre Sozialhilfe) sGS 381.1 ⁴
DI	II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Massnahmen-Wirkungsbericht) sGS 912.5
DI	Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften (Anpassung an Kantonsverfassung) sGS 171.0
DI	Nachtrag zum Gemeindegesezt (Einführung Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden) sGS 151.2 ⁵
BLD	XX. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Zweiter, abschliessender Teil der Reform der Oberstufe) sGS 213.1
BLD	VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen (Angebotsweiterung um den Joint Medical Master) sGS 217.11
FD	Gesetz über E-Government (Gesetzliche Rahmenbedingungen E-Government) sGS 142.3
FD	XIII. und XIV. Nachtrag zum Steuergesetz (Verschiedene Anpassungen im Steuergesetz, unter anderem Umsetzung der Motion 42.15.10 «Anpassung Pauschalabzug Krankenkassenprämien») sGS 811.1
BD	Geoinformationsgesetz (Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz) sGS 760.1
SJD	II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (Kantonalisierung des Zivilschutzes) sGS 413.1
SJD	Revision des Übertretungsstrafgesetzes (Vermummungsverbot) sGS 921.1
SJD	Nachtrag zum Datenschutzgesetz (Anpassung an geänderten Schengen-Acquis) sGS 142.1
GD	XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Schaffung gesetzliche Grundlage Palliative Care) sGS 311.1

⁴ Teilvollzug 1. Januar 2019, 1. April 2019 und 1. Januar 2020

⁵ Teilvollzug 1. Januar 2017 und 1. Januar 2019

Seit 10. Februar 2019 rechtsgültig und in Vollzug ist ausserdem folgender Beschluss:

Federführung	Beschluss
BLD	Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive

Im Januar 2020 wurden folgende zehn Erlasse in Vollzug gesetzt:

Federführung	Gesetzesvorhaben/Beschlüsse
DI	V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Revision stationäre Sozialhilfe) sGS 381.1 ⁶
DI	Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen (Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative 29.18.01 «Familien stärken und finanziell entlasten») sGS 371.1
BLD	Beitritt zur Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule (Einheitliche Rechtsgrundlage für die drei Fachhochschulen im Kanton [FHS, HSR, NTB] unter Beibehaltung der Standorte [St. Gallen, Rapperswil und Buchs]) sGS 218.2 ⁷
BLD	XIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule) sGS 140.1
BLD	IX. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule) sGS 951.1
FD	XV. Nachtrag zum Steuergesetz (Umsetzung Steuervorlage 17 im Kanton St. Gallen) sGS 811.1
FD	XVII. Nachtrag zum Steuergesetz (Verschiedene rechtliche Anpassungen, unter anderem aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben) sGS 811.1
GD	II. Nachtrag zum Gesetz über das Zentrum für Labormedizin (Übertragung der Immobilien an das ZLM, Anpassung des Finanzierungsmodells des ZLM) sGS 320.22
GD	VIII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (Anpassung an neue Vorgaben des Bundesrechts, Umsetzung der Motion 42.18.23 «Prämienverbilligung verbessern – Mittelstand entlasten») sGS 331.11
GD	Hundegesetz (Revision des bestehenden Gesetzes) sGS 456.1

⁶ Teilvollzug 1. Januar 2019, 1. April 2019 und 1. Januar 2020

⁷ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. September 2020

Folgende fünf Erlasse sind rechtsgültig, werden aber noch nicht angewendet:

Federführung	Gesetzesvorhaben/Beschlüsse
BLD	Beitritt zur Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule (Einheitliche Rechtsgrundlage für die drei Fachhochschulen im Kanton [FHS, HSR, NTB] unter Beibehaltung der Standorte [St. Gallen, Rapperswil und Buchs]) sGS 218.2 ⁸
BLD	V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Neuordnung der Behörden- und Aufsichtsstruktur bei den Berufsfachschulen) sGS 231.1
BLD	XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Anpassung gesetzliche Bestimmungen über den Erziehungsrat) sGS 213.1
SJD	Revision des Gesetzes über den Feuerschutz (Klare Rechtsgrundlagen im Brandschutz, Aufhebung der ständigen Windwache, Anpassungen an Entwicklungen im Bereich des Feuerwehrwesens) sGS 871.1
SJD	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt des Kantons St. Gallen zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz (Harmonisierung Voraussetzungen zur Erteilung von Betriebsbewilligungen an private Sicherheitsunternehmen)

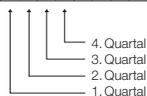
⁸ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. September 2020

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2019 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen wiedergegeben sind. Durch ein Ampelprinzip wird schliesslich die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend		
Staatskanzlei															
Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024	2017	[Projektbarren]								gross	●	●	●	alle Dep.	
Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)	2017	[Projektbarren]							mittel	●	●	●	alle Dep.		
Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems	2017	[Projektbarren]								mittel	●	●	●	alle Dep.	
Erneuerung sg.ch	2017	[Projektbarren]							gross	●	●	●	alle Dep.		
Weiterentwicklung Materialzentrale		[Projektbarren]							klein	●	●	●			
Überarbeitung des Konzepts «Planungs- und Steuerungsinstrumente»		[Projektbarren]							gross	●	●	●	alle Dep.		
Volkswirtschaftsdepartement															
Umsetzung Biodiversitätsstrategie	2018	[Projektbarren]								mittel	●	●	●	BD	
Geldspielgesetzgebung	2018	[Projektbarren]								mittel	●	●	●	GD, Stadt St. Gallen, VSGP	
Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts	2018	[Projektbarren]		[Projektverlängerung]					mittel	●	●	●	BLD, BD, GD, VSGP, Externe		
Departement des Innern															
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	2013	[Projektverlängerung]							gross	●	●	●	Gemeinden		
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	2016	[Projektverlängerung]								gross	●	●	●	BLD, BD, Stadtpräsident, Stadtrat Schule & Sport	
Regioverbund St. Gallen	2017	[Projektbarren]								gross	●	●	●	BLD, Kantonale Bibliothekskommission	
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten		[Projektbarren]							gross	●	●	●	GD, VSGP		
Controlling kantonale Ausgaben zu AHV und IV			[Projektbarren]						klein	●	●	●	VD, FD, GD, SVA, VSGP		
Bildungsdepartement															
Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen	2015	[Projektbarren]								gross	●	●	●	FD, BD, Mitträger TG, AR, AI, SZ, GL, GR, FL, SH	
IT-Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen	2016	[Projektverlängerung]							mittel	●	●	●	VD, FD, Externer		
Joint Medical Master St. Gallen	2016	[Projektbarren]								gross	●	●	●	FD, GD, HSG, KSSG	
Revision Gesetz über die Universität St. Gallen		[Projektbarren]								gross	●	●	●	–	
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Vernetzung von Bildung und Wirtschaft			[Projektbarren]							klein	●	●	●	Verein IT St. Gallen	
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Universität			[Projektbarren]							gross	●	●	●	–	
IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung			[Projektbarren]							2026	gross	●	●	●	–

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ Projekt vorzeitig beendet

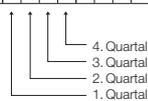


Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

Departemente/Projekte	Start	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
eDossier (elektronische Personalakte)	2016								gross	●	●	●	BLD, BD, SJD, Personalamt, FD-DIP, CC SAP HR, Staatsarchiv
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	2017								gross	●	●	●	–
Umsetzungsagenda Finanzperspektiven	2017								gross	●	●	●	–
Vorprojekt «New Work»	2018								mittel	●	●	●	BD
IKS und Code of Conduct für die Staatsverwaltung									klein	●	●	●	–
Organisation der Berufsbildung in der Staatsverwaltung									klein	●	●	●	–
Realisierung und Einführung «Printing»									gross	●	●	●	–
Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation									gross	●	●	●	alle Dep. inkl. SK
Vorprojekt «Digitalisierung im öffentlichen Bereich Kanton St. Gallen: Strategische Analyse und Handlungsempfehlungen»									mittel	●	●	●	DI, SJD, GD
Baudepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004								mittel	●	●	●	Standortgemeinden
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	2017								gross	●	●	●	VD, DI, FD, VS GP, IG GIS AG
Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)	2015								gross	●	●	●	alle Dep. inkl. SK, swisstopo, Gemeinden
VI. Nachtrag zum Energiegesetz	2017								gross	●	●	●	–
Landschaftsstrategie Kanton St. Gallen	2017								gross	●	●	●	–
Abfallplanung Kanton St. Gallen	2017								gross	●	●	●	–
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	2017								gross	●	●	●	–
Initialisierung Umsetzung Revitalisierungsplanung	2018								gross	●	●	●	–
Aufweitung Alpenrhein «Maiefeld/Bad Ragaz»	2018								gross	●	●	●	–
Elektromobilität im Kanton St. Gallen	2018								mittel	●	●	●	–
Energiekonzept Kanton St. Gallen 2021–2030									mittel	●	●	●	–
Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt									klein	●	●	●	–
Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten									mittel	●	●	●	–
Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen									gross	●	●	●	VD, FD, SJD, GD
Arealstrategien der Psychiatrie St. Gallen Nord und der Psychiatrie-Dienste Süd: Beurteilung unter dem Aspekt der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten an den Standorten Wil und Pfäfers									gross	●	●	●	BLD, FD, KPD-N, KPD-S
Sicherheits- und Justizdepartement													
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	2017								gross	●	●	●	DI, BLD, GD, KESB, VS GP, Gerichte
JURIS 5									gross	●	●	●	DI, Gerichte
Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus	2018								mittel	●	●	●	DI, BLD, GD, SPD
Erarbeitung einer St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken									mittel	●	●	●	–
Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen (Projekt «NEZ-Technik und Organisation»)									gross	●	●	●	FD, BD, GD, DI, Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt St. Gallen
Gesundheitsdepartement													
Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde: Leistungs- und Strukturentwicklung	2018								gross	●	●	●	–

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ Projekt vorzeitig beendet



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

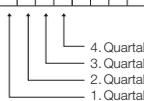
AI	Appenzell Innerrhoden	GD	Gesundheitsdepartement	Ress.	Ressourcen
AR	Appenzell Auser Rhoden	GL	Glarus	SH	Schaffhausen
BD	Baudepartement	GR	Graubünden	SJD	Sicherheits- und Justizdepartement
BLD	Bildungsdepartement	HSG	Universität St. Gallen	SK	Staatskanzlei
CC SAP HR	Kompetenzzentrum SAP HR	IG GIS	Interessengemeinschaft Geografisches Informationssystem	SZ	Schwyz
Dep.	Departemente	KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	TD	Thurgau
DI	Departement des Innern	KPD-N	Psychiatrie St. Gallen Nord	VD	Volkswirtschaftsdepartement
FD	Finanzdepartement	KPD-S	St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd	VSGP	Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten
FD-DIP	Dienst für Informatikplanung	KSSG	Kantonsspital St. Gallen		
FL	Fürstentum Liechtenstein				

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden die Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektphase ¹	Mitwirkend
Baudepartement														
H060, Kantonale Psychiatrische Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008								gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-S
H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	2008								gross	●	●	●	Botschaft	BLD, FD
H073, Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez	2009								mittel	●	●	●	Bau	VD
H064, Kantonale Psychiatrische Klinik Wil: Teilsanierung Aufnahmegebäude A01	2010								gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-N
H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	2013								gross	●	●	●	Bau	FD, SJD
H121, Polizeiposten Wil: Erwerb und Neubau	2012								mittel	●	●	●	Bau	SJD
H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012								mittel	●	●	●	Bau	DI
H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	2012								gross	●	●	●	Bau	BLD
H083, Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor	2012							2027	gross	●	●	●	Bau	BLD
H093, GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012							2030	gross	●	●	●	Bau	BLD
H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014								mittel	●	●	●	Botschaft	SJD
H155, KPD Wil: Errichtung Forensikstation	2016								klein	●	●	●	Bau	GD, SJD
H160, KPDSN Wil: Erneuerung Unterstationen und Werkleitungen auf dem Areal Psychiatrische Klinik Wil	2017								mittel	●	●	●	Bau	GD
H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	2017								mittel	●	●	●	Bau	SJD
H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	2016								mittel	●	●	●	Bau	DI
H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport	2018								gross	●	●	●	Bau	BLD
H072, Campus Wattwil – Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil	2015								gross	●	●	●	Bau	BLD
H079, Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg	2015							2028	gross	●	●	●	Bau	BLD
H123, Verwaltungszentrum West, Neubau Einsatz- und Leitzentrale (NEZ)	2017								gross	●	●	●	Projektdefinition	SJD
H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	2018								gross	●	●	●	Botschaft	DI, FD
H089, Staatsarchiv, Neubau (Ersatz)									gross	●	●	●	Projektdefinition	DI
H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungsstellen Gemeinde Uznach	2017								mittel	●	●	●	Projektdefinition	SJD, Gerichte
H186, Zentralisierung der Sicherheitspolizei inkl. Interventionseinheit in der Stadt St. Gallen									mittel	●	●	●	Projektdefinition	SJD

- (geplante) Projektdauer
- Projektverlängerung
- Projekt vorzeitig beendet
- ▶ Änderung Projektstatus
- Kantonsratsbeschluss
- ★ Volksabstimmung



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

- auf Kurs
- zusätzliche Anstrengung nötig
- Ziel verfehlt

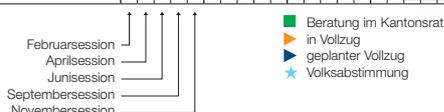
- BLD Bildungsdepartement
- DI Departement des Innern
- FD Finanzdepartement
- GD Gesundheitsdepartement
- KPD-N Psychiatrie St. Gallen Nord
- KPD-S St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd
- SJD Sicherheits- und Justizdepartement
- VD Volkswirtschaftsdepartement

¹ Die Phase «Bau» umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme; vgl. Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV).

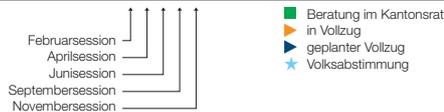
Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2019 angewendet werden. Ersichtlich sind der Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, der (voraussichtliche) Vollzugsbeginn, der Termin einer allfälligen Volksabstimmung sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

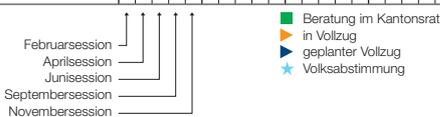
Departemente/Gesetzesvorhaben	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Mitwirkend
Staatskanzlei							
Einführung von E-Collecting im Kanton St. Gallen (Motion 42.18.14)				offen			-
Revision Gesetz über Referendum und Initiative (Motion 42.18.10 Verbindlichere Fristen bei Referenden und Initiativen)				offen			-
XIV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.07 Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht)				offen			-
Publikationsgesetz		■	▶				-
Gesetz über Wahlen und Abstimmungen		■	▶				-
XI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.15.04 Berichterstattung über zwischenstaatliche Vereinbarungen)		■	▶				-
XII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.16.05 Einführung eines Regulierungscontrollings)		■	▶				-
XV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.21 Klare Vorgaben bei der Einmischung der Regierung in Abstimmungskämpfe)				offen			-
Nachtrag zum Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Motion 42.19.02 Keine Doppelmandate auf kantonaler und eidgenössischer Ebene)				offen			-
Volkswirtschaftsdepartement							
Kantonale Geldspielgesetzgebung				■	▶		GD
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (Motion 42.18.24 Massnahmen zur zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung des St. Galler Waldes)				offen			-
Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»				■			-
Departement des Innern							
Nachtrag zum Gemeindegesetz	▶		▶				FD, VSGP, VSGOG, SGV, VSGF
V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz		■	▶	▶			VSGP
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht		■	▶				KESB, VSGP
Gesetz über die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften		■	▶				öffentlich-rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen		■		▶			-
V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung				■	■		-
Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung				■	■	▶	-
III. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung				■	■	▶	-
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung				■	■	▶	-
Gesetzesvorlage zum betreuten Wohnen (IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz)				■	■	▶	-
IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz/Wirksamkeitsbericht 2020				■	▶		FD, VSGP



Departemente/Gesetzesvorhaben	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Mitwirkend
Bildungsdepartement							
Gesamtrevision Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD, HSG
XX. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD, GD, HSG, KSSG
Beitritt zur Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule							SK, FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, SH sowie FL
Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive							SK, VD, FD
Motion 42.18.19 Kindern mit Sprachbehinderungen zu ihrem Recht verhelfen							–
Motion 42.18.09 Bezahlte Stillzeit							FD
Motion 42.19.23 Präsenzverpflichtung beim Mittelschulbesuch							–
IX. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule)							SK, Verwaltungsgericht
XIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule)							SK, FD, BD
Finanzdepartement							
Gesetz über E-Government							E-Government-Kooperationsgremium
XIII. und XIV. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XV. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVI. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVIII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
Baudepartement							
Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz							SK, VSGP
Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz							SK
VI. Nachtrag zum Energiegesetz							SK, VD, FD
Teilrevision Wasserbaugesetz							SK, VD, FD, GVA



Departemente/Gesetzesvorhaben	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Mitwirkend
Sicherheits- und Justizdepartement							
Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Motion 42.18.17 Vergünstigungen von emissionsarmen Fahrzeugen)				offen			BD
Beitritt Konkordat private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz				offen			-
XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz							DI, BLD
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz							FD, GD
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz							GVA
Revision des Übertretungsstrafgesetzes (Motion 42.13.20 Vermummungsverbot)							DI, BLD
Nachtrag zum Datenschutzgesetz							SK, FD
Motion 42.19.09 Steuererleichterung nur für leichte Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antriebssystemen				offen			BD
Motion 42.19.05 Fahrzeuge nach Ökobilanz besteuern				offen			BD
Motion 42.19.01 Predictive Policing				offen			-
Motion 42.19.19 Zuständigkeit für Begnadigungen				offen			-
X. Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter							Kantonsgericht
Gesundheitsdepartement							
Hundegesetz/ Revision							-
XIV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Schaffung gesetzliche Grundlage Palliative Care)							-
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Lebensmittelgesetzgebung; Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Chemikaliengesetzgebung; VI. Nachtrag zum Veterinärsgesetz (Anpassung der kantonalen Ausführungsbestimmungen an das totalrevidierte eidgenössische Lebensmittelgesetz)							-
II. Nachtrag zum Gesetz über das Zentrum für Labormedizin							-
VIII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung							-



AI	Appenzell Innerrhoden	GD	Gesundheitsdepartement	SGV	Schweizerischer Gemeindeverband	VD	Volkswirtschaftsdepartement
AR	Appenzell Auserrhoden	GL	Glarus	SH	Schaffhausen	VSGF	Verein St. Gallischer Finanzverwaltungen
BD	Baudepartement	GVA	Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen	SJD	Sicherheits- und Justizdepartement	VSGOG	Verband St. Gallischer Ortsgemeinden
BLD	Bildungsdepartement	HSG	Universität St. Gallen	SK	Staatskanzlei	VSGP	Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten
DI	Departement des Innern	KSSG	Kantonsspital St. Gallen	SVA	Sozialversicherungsanstalt		
FD	Finanzdepartement	KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	SZ	Schwyz		
FL	Fürstentum Liechtenstein			TG	Thurgau		

Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2019 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 17. März 2020.

Im Namen der Regierung,
Die Präsidentin:

Heidi Hanselmann

Der Staatssekretär:

Canisius Braun

**Regierung des
Kantons St.Gallen**



Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon 058 229 32 60

info.sk@sg.ch
www.sg.ch